

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipfer (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühr),  
bei Aufhebung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Defensbinderhof 50.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreizehnpaltige Beilage oder deren Raum 80 4.

## Unfallversicherungsstatistik.

### II.

Nachweisungen der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften für 1904.

Eine auszugswürdige Zusammenstellung der wichtigsten Zahlen aus den Tabellen der Nachweisungen der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften für das Jahr 1904 haben wir bereits kürzlich gebracht. Wir wenden uns zu einer übersichtlichen Darstellung der Tabellen, die die Nachweisungen der Baugewerks-Vereinsgenossenschaften (einschließlich der Tiefbau-Vereinsgenossenschaft) enthalten.

Diese dreizehn Baugewerks-Vereinsgenossenschaften zählten im Berichtsjahr zusammen 168 421 Betriebe mit 1 500 585 durchschnittlich beschäftigten Betriebsbeamten und Arbeitern, zu denen 2778 freiwillig und 80 973 zwangsweise versicherte Betriebsunternehmer hinzukamen.

Die einzelnen Baugewerks-Vereinsgenossenschaften baran wie folgt:

Baugewerks-Vereinsgenossenschaften	Betriebe	freiwillig versicherte Betriebsunternehmer	zwangsweise versicherte Betriebsunternehmer	Durchschnittlich beschäftigte Betriebsbeamte und Arbeiter
Hamburgische Baugewerks-V.G.	10744	—	—	69969
Norddeutsche Baugewerks-V.G.	20997	280	7104	228596
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.G.	7764	1457	—	112412
Hannoversche Baugewerks-V.G.	18861	—	—	93138
Magdeburgerische Baugewerks-V.G.	6387	—	—	57200
Sächsische Baugewerks-V.G.	11956	484	7056	121836
Thüringische Baugewerks-V.G.	5056	64	5235	39474
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.G.	13841	169	10605	83494
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.G.	23998	328	18852	197025
Württembergische Baugewerks-V.G.	9220	—	12107	38182
Bayerische Baugewerks-V.G.	13286	—	—	92968
Schwedische Baugewerks-V.G.	11592	—	—	70557
Tiefbau-V.G.	15759	41	14	231371

Die Zahl der Vollarbeiter, d. h. derjenigen Arbeiter, auf die je 300 Arbeitstage, je zu 10 Stunden berechnet, entfallen, wird insgesamt mit 1 061 264 angegeben.

Die Lohn- und Beitragsberechnung für die versicherten Personen stellt sich wie folgt:

Baugewerks-Vereinsgenossenschaften	Zufätzlich versicherte Betriebe, Gehälter und die der Versicherung zu Grunde gelegten Beitragsbeiträge u. v. u.	Für die Beitragsberechnung in Anrechnung gebrachte Löhne u. v. u.
Hamburgische Baugewerks-V.G.	62025812	62025812
Norddeutsche Baugewerks-V.G.	302448492	187062992
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.G.	67987955	67987955
Hannoversche Baugewerks-V.G.	65359986	65359986
Magdeburgerische Baugewerks-V.G.	86458635	86458635
Sächsische Baugewerks-V.G.	97170798	97185531
Thüringische Baugewerks-V.G.	26924870	37490660
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.G.	64450837	67845692
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.G.	166909178	174579422
Württembergische Baugewerks-V.G.	31577615	31776190
Bayerische Baugewerks-V.G.	68002290	68002290
Schwedische Baugewerks-V.G.	56165193	56165193
Tiefbau-V.G.	184721488	184721488

Die Gesamtsumme der tatsächlich gezahlten Löhne, Gehälter u. v. u. beläuft sich auf M. 1 064 582 924. Berechnen wir sie auf die 1 500 585 durchschnittlich beschäftigten gewerkschaftlichen Arbeiter und Betriebsbeamten, so erhält man je einen

ein Jahresarbeitseinkommen von rund M. 790. Dem entspricht ungefähr auch die Summe der für die Beitragsberechnung in Anrechnung gebrachten Löhne. Es ist daraus ein sehr zuverlässiger Schluss auf die Höhe der Durchschnittslöhne im deutschen Baugewerbe zu ziehen; sie erreicht noch nicht M. 800. Nimmt man für die Berechnung die Zahl der Vollarbeiter (1 061 264), so erhält man einen Durchschnittslohn von etwas über M. 1000. Aber nach der Behauptung des Unternehmens lässt die Höhe der Löhne im Baugewerbe „nicht zu wünschen übrig“. Die amtliche Nachweisung jedoch über die tatsächlich verdienten Beträge für die Beitragsberechnung in Anrechnung gebrachten Löhne z. z. lässt sich nicht hinwegstreiten. Könnte man die Summe der Gehälter von der der an die Arbeiter gezahlten Löhne trennen, so würde sich zeigen, daß für letztere das Lohnverhältnis ein noch ungünstigeres ist, als sich aus obiger Berechnung ergibt.

An Entschädigungen verausgabten die dreizehn Baugewerks-Vereinsgenossenschaften für Erwerbsunfähigkeit (Kosten des Heilverfahrens, Renten z.) M. 12 389 146 für Tod (Sterbegeld, Renten, Abfindungen) M. 3 240 735.

Für die Unfallberufung wurden, wie früher, so auch im Berichtsjahr wieder nur sehr geringe Summen ausgegeben. Es leisteten:

Baugewerks-Vereinsgenossenschaften	Ueberwachung der Betriebe	Erfolg von Unfallversicherungen	Entschädigung für Erwerbsunfähigkeit	Tod	Summe
Hamburgische Baugewerks-V.G.	26027 52	18	748 37	26783 89	
Norddeutsche Baugewerks-V.G.	44732 92	35 94	2018 25	46787 11	
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.G.	6264 42	—	—	6264 42	
Hannoversche Baugewerks-V.G.	19578 95	495 76	—	20089 71	
Magdeburgerische Baugewerks-V.G.	8190 40	—	—	8190 40	
Sächsische Baugewerks-V.G.	26070 78	67 80	200 20	26338 78	
Thüringische Baugewerks-V.G.	4895 66	67 50	—	4963 16	
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.G.	33230 53	7024 81	80	30285 34	
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.G.	35592 83	75	—	35668 38	
Württembergische Baugewerks-V.G.	11508 43	251 17	—	11759 60	
Bayerische Baugewerks-V.G.	18601 25	26 45	3590	21217 70	
Schwedische Baugewerks-V.G.	91679 17	—	500	29179 17	
Tiefbau-V.G.	63299 95	—	28	63319 95	

Die dreizehn Baugewerks-Vereinsgenossenschaften verausgabten also im Berichtsjahr zusammen M. 328 831 für Unfallverhütung. Das ergibt auf jeden versicherten Betrieb noch nicht ganz M. 2 und jede der durchschnittlich beschäftigten Personen nicht ganz 22 4.

Die Unfalluntersuchung und die Feststellung der Entschädigung hat viel mehr gekostet, als die Unfallverhütung, nämlich M. 564 192.

Zu den laufenden Verwaltungskosten ist zu bemerken, daß die Höhe derselben in jeder Baugewerks-Vereinsgenossenschaft nicht nur von der Zahl der versicherten Personen, sondern auch von der Zahl der Betriebe, der Unfallgefahrlichkeit der betreffenden Berufsgruppe, der räumlichen Ausdehnung der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft, der Art der Organisation und der Verwaltung und von anderen Besonderheiten der betreffenden Baugewerks-Vereinsgenossenschaft abhängt. So erwacht der Norddeutschen, der Sächsischen, der Thüringischen, der Hessen-Nassauischen, der Rheinisch-Westfälischen und der Württembergischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft, sowie der Tiefbau-Vereinsgenossenschaft, daß sie neben der Versicherung der Betriebe auch die der selbstversicherten Gewerbetreibenden übernommen haben, ein erhöhter

Verwaltungsaufwand im Vergleich zu denjenigen Baugewerks-Vereinsgenossenschaften, bei welchen die Versicherung der Selbstversicherten in Gemäßheit des § 18 Abs. 3 des Baunovellengesetzes durch die Versicherungsanstalt stattfindet. In der amtlichen Uebersicht, betreffend die laufenden Verwaltungskosten, sind bei den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften die als Aufschubbetrag zur Berechnung kommenden, nicht ausrechenbaren Anteilskosten der Versicherungsanstalten abgerechnet worden.

Die Ausgaben für die laufenden Verwaltung setzen sich zusammen aus Gehältern, Reisegeldern, Tagelöhnen z. d. Beamten, der Genossenschaftsvorstände, Delegierten und Vertrauensmänner, Pensionen und Unterhaltungen ausgeschiedener Beamter oder deren Hinterbliebenen, Mieten, Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Bureau- und Kassenbedürfnisse (Drucksachen z.), Anschaffung und Unterhaltung des Inventars, Instruktionen- und sonstige Publikationskosten, Porto, Depeschen u. v. m. Alle diese Ausgaben zusammen ergeben für die einzelnen hier in Rede stehenden Baugewerks-Vereinsgenossenschaften folgende Summen:

Hamburgische Baugewerks-V.G.	M. 115018,54
Norddeutsche Baugewerks-V.G.	956789,30
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.G.	115900,64
Hannoversche Baugewerks-V.G.	135931,08
Magdeburgerische Baugewerks-V.G.	62846,85
Sächsische Baugewerks-V.G.	18594,43
Thüringische Baugewerks-V.G.	45366,17
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.G.	118559,73
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.G.	169845,76
Württembergische Baugewerks-V.G.	64009,74
Bayerische Baugewerks-V.G.	123934,01
Schwedische Baugewerks-V.G.	76065,03
Tiefbau-V.G.	27929,85

An laufenden Verwaltungskosten entfallen durchschnittlich im Berichtsjahr:

Baugewerks-Vereinsgenossenschaften	Auf einen versicherten Betrieb	Auf einen Vollarbeiter	Auf je 1000 der versicherten Betriebe	Auf einen im Berichtsjahr zur Verwaltung gelangten Unfall
Hamburgische Baugewerks-V.G.	1,45	1,28	1,04	9,48
Norddeutsche Baugewerks-V.G.	1,51	2,09	1,75	20,38
Schlesisch-Polenische Baugewerks-V.G.	1,38	1,38	1,07	14,33
Hannoversche Baugewerks-V.G.	1,28	1,75	1,52	6,40
Magdeburgerische Baugewerks-V.G.	1,06	1,59	1,67	6,40
Sächsische Baugewerks-V.G.	0,83	1,28	1,76	14,33
Thüringische Baugewerks-V.G.	0,88	1,39	1,64	6,71
Hessen-Nassauische Baugewerks-V.G.	1,23	1,61	1,79	25,70
Rheinisch-Westfälische Baugewerks-V.G.	0,89	1,23	1,16	6,08
Württembergische Baugewerks-V.G.	1,23	1,24	1,27	6,74
Bayerische Baugewerks-V.G.	1,34	1,70	1,34	6,71
Schwedische Baugewerks-V.G.	1,04	1,38	1,31	21,70
Tiefbau-V.G.	1,03	1,78	1,74	14,33

Die höchsten Verwaltungskosten hatte also im Berichtsjahr auf je einen zur Anmeldung gelangten Unfall die Hannoversche.

Die sonstigen Ausgaben setzen sich hauptsächlich zusammen aus den Einlagen in den Reservefonds. Diese Einlagen betragen im Berichtsjahr: Hamburgische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft M. 284 916,17; Norddeutsche M. 662 278,87; Schlesisch-Polenische M. 216 835,26; Hannoversche M. 193 871,03; Magdeburgerische M. 131 640,50; Sächsische M. 285 615,60; Thüringische M. 75 513,70; Hessen-Nassauische M. 176 217,60; Rheinisch-Westfälische M. 415 795,66; Württembergische M. 95 420,12; Bayerische M. 319 822,94; Schwedische M. 155 701,92; Tiefbau- und Baugewerks-Vereinsgenossenschaft M. 275 728,71.

Die Summe aller Ausgaben dieser Baugewerks-Vereinsgenossenschaften war folgende:

Hamburgische M. 1 210 743,93; Norddeutsche M. 4 525 801,76;
Schlesisch-Polenische M. 1 483 456,86; Hannoversche M. 1 328 925,50;
Magdeburgerische M. 727 187,17; Sächsische M. 1 976 000,08;
Thüringische M. 524 762,52; Hessen-Nassauische M. 1 225 818,81;
Rheinisch-Westfälische M. 2 815 216; Württembergische M. 708 883,90;
Bayerische M. 2 883 691,30; Schwedische M. 1 166 741,78; Tiefbau- und Baugewerks-Vereinsgenossenschaft M. 3 196 672,50.

## Politische Umschau.

Der Reichstag erlebte in zweiter Lesung das Flottengesetz, das dem deutschen Volke neue ungeheure Opfer aufbürdet. Abermals sollen Hunderte von Millionen



auf den laufenden Ausgaben aufgewendet werden, um das Ideal der Flottenrüstung und Weltmachtpolitik zu verwirklichen. Wie mit Sicherheit vorausgesehen war, kam die Regierung auf ihre Rechnung. Zentrum, Konservativen, Nationalliberalen und Antisemiten verfahren bei dazu. Die Sozialdemokratie hat, wie früher, so auch jetzt wieder, in richtiger Würdigung der Volksinteressen die besten Forderungen der Regierung abgelehnt. Mit gewohnter Energie und Gründlichkeit unterzog der Abgeordnete Weber in mehreren Reden die Flottenpolitik und alle die Fragen, die sich mit ihr verbinden, einer Kritik. Zutreffend wies er darauf hin, daß uns die gewaltige Stärkung, die unsere Flotte seit zehn Jahren zu Wasser und zu Lande erfahren hat, eine Zunahme an Ansehen, Einfluß und Macht in Europa nicht zu bringen vermöchte. Gegenüber der vom nationalliberalen Abgeordneten Grafen Orla der deutschen Flotte, die Sozialdemokratie müßte sich doch sagen, daß die deutschen Arbeiter den Hauptgewinn aus der Flottenvermehrung haben, bemerkt Weber:

„Wenn dieser Gesichtspunkt für unsere Stellung in der in- und auswärtigen Politik maßgebend sein sollte, müßten wir allerdings jede neue Militär- und Flottenvermehrung mit Zurücksetzen; denn das Geld, das Heeres- und Flottenvermehrung verschlingen, wird zu einem sehr erheblichen Teile in Arbeiten verschiedenster Art umgewandelt, für die deutsche Arbeiter in Frage kommen. Kasernenbau, Stallsbau, Befestigungsarbeiten, Ausrüstungsgegenstände, Munition, Waffen verschlingen alljährlich enorme Summen in unserem Militärhaushalt. Aber es kommt doch nicht nur darauf an, daß Arbeit geschaffen wird, sondern auch, wer die Arbeit zu bezahlen hat. Und das sind nach der jetzigen Methode der Steueraushebung in erster Linie die deutschen Arbeiter. Geht es, es käme eines Tages das goldene Zeitalter, in dem das Krieges Stürme schweigen und die letzten Waffen zur Menschheit und Völkervereinigung im Museum angehaunt werden, glauben Sie, daß die Arbeiter dann schlechter leben müßten? Gerade im Gegenteil! Wir würden dann Kulturarbeit verrichten, Schulen bauen, Kunst und Wissenschaft pflegen, menschenwürdige Wohnungen bauen, die jeder heute für die überhöhte Mehrheit des Volkes noch nicht bestreut, für die Volksgesundheit sorgen, die Verkehrswege ausbauen, kurz — wir hätten soviel Aufgaben, daß die 1200 oder 1800 Millionen Mark, die Sie heute für Arme und Marine ausgeben, unter unserer Herrschaft noch gar nicht reichen würden, um all das Gute zu schaffen. In diesen Fragen der Volksfürsorge können Sie mit uns nicht konkurrieren.“

Bei früheren Flottengesetz-Verhandlungen hatten die sozialdemokratischen Wortführer schon öfter sehr eindringlich betont, daß das Flottengesetz gewissen Interessentengruppen in Industrie und Handel, die sich aus reichen und enorm reichen Leuten zusammenfügen, zum Vorteil gereicht, und daß also, wenn der Patriotismus dieser Leute echt sei, sie die Pflicht auf sich nehmen müßten, die Ausgaben, die die Flotte erfordert, zu tragen; dem Reiche direkte Steuern in entsprechender Höhe zu zahlen. Jetzt nun wurde eine ekkante Probe auf das Exempel gemacht. Die freisinnigen hatten beantragt:

„Zum 1. Oktober 1906 ob ist eine Vermögenssteuer zu erheben von allen deutschen Staatsangehörigen, deren Vermögen und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden den Gesamtwert von 100 000 erreicht. Die Vermögenssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von 100 000 bis 120 000 M. 50 und steigt bei größeren Vermögen bis zu einer Million für jede angefangene 20 000 M. 10; bei Vermögen, die über den Betrag von einer Million Mark hinausgehen, steigt die Steuer für jeden angefangenen Betrag von 20 000 M. 20.“

Dieser Vorschlag ist zwar nur unvollständig, aber er enthält doch den von der Sozialdemokratie stets vertretenen Grundgedanken, daß die Kosten der Flottenvermehrung von den leistungsfähigen Staatsangehörigen zu tragen sind. Deshalb konnten die Sozialdemokraten ihm unbedingt zustimmen. Aber die „patriotische“ Mehrheit lehnte ihn ab. Wo das Interesse des Geldsacks anfängt, da hört eben der „Patriotismus“ unserer Flottenanalysten auf. Das arbeitende Volk mag die Kosten tragen.

In der Debatte über den Marineetat brachte Legien, der sozialdemokratische Abgeordnete für Kiel, die Verhältnisse der Arbeiter auf den kaiserlichen Werften zur Sprache. Er schilderte, wie weit diese Reichsbetriebe noch davon entfernt sind, wahre Arbeiterbetriebe zu sein: Die Arbeiter hatten gehofft, daß am 1. April der neun- und fünfzigste Arbeitstag für sie in Kraft treten würde. Sie fühlten sich zu der Annahme berechtigt, weil eine Umfrage bei den Werften veranlaßt ist, um festzustellen, ob die Arbeiter im Falle der Einführung des Neunhunderttagess lieber geteilte oder ungeteilte Arbeitszeit haben wollten. Leider aber hat der Staatssekretär die Erklärung abgegeben, daß die Frage noch nicht entschieden sei, daß sie noch benützt werden müsse, weil man auch auf die Privatwerften Rücksicht nehmen müsse, und weil die Einführung des Neunhunderttagess eine wesentliche Erhöhung der Baukosten für die Schiffe, der Staatssekretär meinte, um 10 pSt., herbeiführen würde. Es ist natürlich, daß der Hinweis des Staatssekretärs, daß die Regierung auf die Privatwerften Rücksicht nehmen wolle, bei den Arbeitern eine erhebliche Erregung hervorgerufen hat. Es ist eine Bewegung unter allen Werftarbeitern, insbesondere aber unter denen in Kiel und Wilhelmshaven im Gange. Die Arbeiter wollen vor allem auch eine Feuerungsanlage haben, da die Lebensmittelpreise so sehr gestiegen sind. Die Arbeiter haben sich nun durch die Vertreter des Metallarbeiterverbandes an die Werkverwaltung gewandt. Die Herren Oberwerksdirektoren in Kiel und Wilhelmshaven haben jedoch erklärt, daß sie diese Wünsche durch die Vertreter der Organisation der Arbeiter nicht annehmen können. Es sollen Beschwerden der Arbeiter nur an die nächsten Vorgesetzten gerichtet werden, und wenn sie mit deren Entscheidung nicht zufrieden sind, an die höheren Vorgesetzten. Wo Arbeiterausschüsse vorhanden sind, sind Wünsche und Beschwerden allgemeiner Art durch diese zum Ausdruck zu bringen. Aber die Dinge liegen so, daß die Arbeiter zu den Arbeiterausschüssen gar kein Vertrauen haben. Sie können

allgemeine Wünsche vortragen, Beseitigung vorhandener Unzufriedenheiten anregen, Änderung der Arbeitsordnung beantragen, aber in keiner Weise mitbestimmen. Dazu kommt, daß in den Arbeiterausschüssen nur wählbar ist, der das 30. Lebensjahr vollendet und mindestens fünf Jahre auf der Werft gearbeitet hat. Und schließlich behält sich die Werkverwaltung das Recht vor, den Arbeiterausschüssen jederzeit anzukündigen. Unter solchen Umständen können die Arbeiter zu den Arbeiterausschüssen kein Vertrauen haben.

Der Redner fügte hinzu:

„Ich bin überzeugt, daß die Zeit kommen wird, in der die Verwaltung ebenso, wie die Privatbetriebe mit der Verwaltung der Organisation in Verbindung treten wird. Diese Zeit wird um so rascher kommen, wenn unsere Organisationen sich in derselben Weise entwickeln, wie in der letzten Zeit. Wenn dann die Herren von der Werkverwaltung genötigt sein werden, mit den Vertretern der Organisation zu unterhandeln, so werden sich solche Schritte, in denen das Verhandeln abgelehnt wird, recht lächerlich und eigenartig ausnehmen.“

Unter durchaus motivierten schallenden Gelächter der Sozialdemokraten behauptete der Staatssekretär v. Tirpitz: die Frage der Einführung des neunhunderttagess sei „so schwierig“, daß sie sich nicht in einigen Wochen oder Monaten erledigen läßt! Weiter erklärte er:

„Ich werde den Arbeiterausschüssen in wohlwollendster Weise entgegenkommen. Unberufene Einmischung von außen aber wird zurückgewiesen, und zwar von Seiten der Direktion auf meinen Befehl und von mir selbst. Das Vorgehen des Herrn Legien kann nur veranlassen, daß die Marineverwaltung in ihrem Bestreben, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, noch vorrückt.“

Also in Verbindung mit einer Drohung weist der Staatssekretär die Anerkennung der Arbeiterorganisation zurück. Legien antwortete ihm: Die Vorarbeiten für Einführung der neunhunderttagess Arbeitszeit seien leicht erledigt. Aber Sie fürchten den Unwillen der Privatwerften. Die Organisationen anerkennen die Pflicht der Verwaltung. Wenn Sie aber auf Ihrem Standpunkt stehen bleiben, dann werden Sie eins noch an das erinnert werden, was Sie heute gesagt haben. Unsere deutschen Metallarbeiter sind keine Sklaven. Sie werden von ihren Rechten Gebrauch machen und können verlangen, daß ihre gesetzlichen Rechte respektiert werden. Die Verantwortung für die Folgen trifft Sie. Wenn die Verwaltung noch vorrückt mit der Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter vorgehen will, dann werden auch die qualifizierten Arbeiter „noch vorrückt“ vorgehen. Dann wird die Werkverwaltung auch nicht ausreichend qualifizierte Arbeiter bekommen.“

So muß also in Deutschland immer noch darum gekämpft werden, daß die Verwaltungen staatlicher Betriebe die Arbeiterorganisation anerkennen — eine Anerkennung, die in anderen Ländern, England, Frankreich u. a., längst erfolgt ist und gute Früchte getragen hat.

Die Kommission des Reichstages zur Vorbereitung eines Gesetzes über die Pflichten der Arbeiter am Freitag voriger Woche ihre erste Sitzung beendet und dann gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder beschloß, schon am Montag mit der zweiten Sitzung zu beginnen. Die Sozialdemokraten beantragten, zunächst den Interessenten Gelegenheit zur Äußerung zu geben; dann wollte aber die Mehrheit, unter Führung des Herrn Trimborn vom Zentrum, nichts wissen. Im Plenum hatten sich alle Parteien gegen die Regierungsvorlage gewendet, in der Kommission änderte sich dies Bild aber von Sitzung zu Sitzung. Man kann nunmehr schon mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß der Zweite des Gesetzes im Sinne der bürgerlichen Parteien keineswegs auf Schutz gegen Schwindel, Fälschung und Betrug, sondern auf Erhöhung der Löhne, und daß das Gesetz eine Vorarbeit zur Vernichtung des Rechtes von Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen sein soll.

Alle aus Arbeiterkreisen der verschiedensten Richtungen eingelaufenen Petitionen haben um Ablehnung der Vorlage gebeten. Der Garbmaacherverband hingegen hat um Annahme ersucht. Das genügt vorläufig zur Kennzeichnung der Gesetzesvorlage und zur vorläufigen endgültigen Stellung der bürgerlichen Parteien.

Der neutrale Staat. In Magdeburg stehen die Transportarbeiter im Streik. Dies war für die bürgerliche Militärbehörde ein positiver Anlaß, ihre „Tätigkeit“ wieder einmal im besten Lichte erscheinen zu lassen. Es wurden Soldaten dazu kommandiert, für die bedrängten Unternehmer als Streikbrecher zu wirken. Eine Beschwerde bei der Magdeburger Kommandantur hatte keinen Erfolg, da diese selbstverwaltende Militärbehörde die zweijährige Dienstzeit offenbar für zu lang hält und glaubt, die militärische Ausbildung in dieser Zeit auch neben einer gewerblichen Tätigkeit der Soldaten durchführen zu können. Im Streik befinden sich 400 Rüdiger und 100 Wöbbader. Das ganze Vorgehen wird wegen Mangels an Material, ohne das Eingreifen der Militärbehörde müßte der Streik gewonnen werden!

Die deutsche Straffälligkeit versteht sich bekanntlich vorzüglich darauf, in Prozessen, die gegen organisierte Arbeiter gerichtet sind, strafrechtliche Begriffe zu konstruieren, die unvereinbar sind mit dem Rechtsempfinden des Volkes. Jetzt hat sich die Strafkammer des Landgerichts zu Torgau das Verdienst erworben, „schonungslos“, was „Geben“ ist. Der former Jernide war wegen Hausfriedensbruchs zu 100 Geldstrafe verurteilt, weil er das Eisenwerk der Alltagsgesellschaft Rauchhammer besuchte und dann einen wahrheitsgemäßen Artikel über die Zustände auf dem Rauchhammer veröffentlicht hatte. Von einem Meister war er während der Pause herumgeführt. Die Revision gegen das eigentümliche Urteil schwebt noch. Aus den schriftlichen Urteilsgründen hebt der „Vorwärts“ folgende Stelle hervor:

„Seine (des Angeklagten) Absicht war von vornherein die, die auf dem Werk bestehenden Verhältnisse, soweit sie als Mißstände erscheinen konnten, möglichst hervorzuheben und dadurch Unzufriedenheit unter den dort beschäftigten Arbeitern hervorzurufen und Zwietracht zwischen ihnen und dem Arbeitgeber der Alltagsgesellschaft Rauchhammer, die, wie er wußte, gegen einen Anschlag ihrer Arbeiter an den Metallarbeiterverband war, zu erwecken. Um so sehen zu können, wollte er Eintritt in das Werk erlangen.“

Im Urteil wird dann der Artikel, der in ruhiger Weise Mißstände auf dem Werk hervorhob, angeführt, und dann erklärt:

„Der Angeklagte bestreitet zwar, von vornherein die Absicht gehabt zu haben, einen solchen Gegenartikel zu schreiben“. Das sei aber unrichtig. „Die Schlüssel des Artikels der Hinweis auf die Menschenrechte, die ausbrüchliche Aufforderung an die Arbeiter, von dem Rechte der Organisation Gebrauch zu machen, lassen keinen Zweifel über das Wesen und den Zweck des Artikels.“

Die Feststellung des kaiserlichen Gerichts geht also dahin: Gegen ihn, wenn ein organisierter Arbeiter Mißstände im Betriebe irgend eines Unternehmens aufdeckt und die Arbeiter ermahnt, von dem ihnen gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch zu machen! Jetzt fehlt nur noch, daß solches „Geben“ in den Begriff des groben Unfugs gewandelt oder zu einer besonderen Straftat geknüpft wird, wie das Streikpostenstreben, die Aufforderung zum Streik, die Androhung des Streiks u.

\* Eine „objektive“ Behörde ist die Stadtverwaltung von Köln am Rhein. Dort finden seit einiger Zeit jährlich zwei amtliche Arbeitslosenabzählungen unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen statt. Die Gewerkschaften stellen die Zähler, die Stadt zahlt die Kosten und besorgt die statistische Verarbeitung des Materials. Sowohl die vorherigen Gesamtangaben wie nachher das Ergebnis der Abzählung waren unserem Kölner Parteiblatt, der „Rheinischen Zeitung“, bisher von der städtischen Verwaltung jedesmal vorenthalten worden. Die freien Gewerkschaften fanden es unerträglich, daß die mehr oder weniger arbeitseindlichen bürgerlichen Blätter das amtliche Material erhielten, nicht aber das einzige Arbeiterblatt Kölns. Nachdem die Kritik der „Rheinischen Zeitung“ selber und die Wünsche der Gewerkschaften erfolglos geblieben, teilte die Kartellkommission diesmal der städtischen Verwaltung mit, daß die freien Gewerkschaften nur unter der Voraussetzung künftiger noch Zähler stellen würden, daß auch der „Rheinischen Zeitung“ das amtliche Material zugehe. Die städtische Verwaltung schrieb auf den Empfang jener Mitteilung nicht, daß sie die Bedingung der Kartellkommission ablehne. Dieser Lage aber konnte man in der bürgerlichen Presse wieder wie sonst das amtliche Abzählungsergebnis lesen; die „Rheinische Zeitung“ aber, die publizistische Vertreterin der an der Abzählung beteiligten freien Gewerkschaften, war wieder übergangen worden. Die Kartellkommission wird sich unter diesen Umständen an der Abzählung nicht mehr beteiligen.

Das Kölner Gewerkschaftskartell hätte unsere Erachtens seine Mitwirkung schon jetzt davon abhängig machen sollen, es dürfte das Schweigen der Behörde nicht als Zustimmung auffassen, dann wäre ihm die beliebige Ignorierung seiner Wünsche erspart geblieben. Die Stadtverwaltung aber verdient nicht nur, daß die freien Gewerkschaften die aktive Mitwirkung bei künftigen Abzählungen ablehnen, sondern auch, daß sich die Arbeiter weigern, in Zukunft die verlangte Auskunft zu erteilen.

Die Reichstagswahl in Kaiserstücken hat, wie zu erwarten war, mit dem Siege des bürgerlichen Kandidaten geendet. Der Nationalliberaler erhielt 12 084 und der sozialdemokratische Kandidat 9515 Stimmen. Das Zentrum hatte Wahlenthaltung angeordnet, doch haben anscheinend beide Kandidaten Stimmen von Zentrumswählern erhalten. Gewählt ist der Bürgermeister Schmidt in Odenheim.

## Mauerverbrennung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrten, aber die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. \* Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist festzuhalten:

### Deutschland:

#### Hansastädte:

Lübeck (Transportarbeiterstreik);

#### Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperrung über Rathjens, in Hemdingen);

Itzehoe (Streik der Bauarbeiter), Lauenburg

(Sperrung über Basedow), Schleswig (Aussperrung),

Marne (Streik);

#### Mecklenburg:

Schwerin (Sperrung über Ferd. Stango), Goldberg

(Zimmererstreik);

#### Pommern:

Gollnow (Sperrung über Küster), Jarmen (Sperrung über

Brandt und Heideschmidt), Stralsund (Sperrung

über Hasselmann und Albrecht), Lützow (Streik),

Güstrow (Sperrung über H. Schütter), Swine-

münde (Bauarbeiterstreik), Treptow a. d. Tollense

(Aussperrung);

#### Ost- und Westpreußen:

Könitz (Aussperrung), Marienwerder (Streik),

Tilsit (Sperrung über Landmann, Zellstofffabrik);

#### Posen:

Schneidemühl, Posen (Aussperrung);

#### Schlesien:

Rauschwald b. Gölitz (Sperrung über Unternhauer,

Paulo), Waldenburg (Sperrung über die Spiegel-

hütte auf Kolonie Sandberg), Ohlau (Sperrung

über Nippert in Baumgarten);



**Brandenburg:**

**Wittenberge** (Aussperrung), **Spandau** (Sperrung über die Unternehmern Leo und Roks), **Strasburg 1. u. 2. Uckermark** (Sperrung über Döring), **Frauenwalde** (Sperrung über Unternehmern Reuss), **Wittstock d. Dosse** (Sperrung über den Rathausbau).

**Provint Sachsen:**

**Halberstadt** (Massregelung), **Wittenberg, Box. Halle** (Aussperrung), **Bitterfeld** (Sperrung über E. Wiesner), **Menschwitz, Weisspitz, Zeitz** (Bergarbeiterstreik).

**Königreich Sachsen:**

**Leipzig** (Gespart sind die Firmen Marion & Kunze, Bahnhofsbauteil, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klopke in Möckern, Hallesche Strasse, R. Hippe in Leipzig-Anger, Weissenburgerstrasse, Bernhard Schmalz, Eke Bayersche und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse), **Wurzen** (Sperrung über Lehmann in Puchan), **Hirschberg** (Aussperrung), **Grossenhain** (Partieller Streik), **Meissen** (Sperrung über das Kollropwerk).

**Thüringen:**

**Erfurt** (Sperrung über Wagner), **Coburg** (Differenzen), **Eisenach** (Sperrung über Wagner und Schröder), **Gera** (Sperrung über Hirsch), **Arnstadt** (Streik), **Kahla** (Aussperrung).

**Rheinprovinz und Westfalen:**

**Reckahn bei Düsseldorf** (Sperrung über Juck), **Gütersloh** (Aussperrung), **Gerrheim bei Düsseldorf** (Sperrung über die Heyesche Glashütte), **Lütgendorrmund** (Sperrung über die Zechen „Germania“ und „Zollern“), **Ahrweiler-Neuenahr** (Streik), **Düsseldorf** (Fliesenlegerstreik).

**Bayern:**

**Bamberg** (Sperrung über Hartmann), **Münchberg** (Partieller Streik), **Zirndorf** (Streik).

**Hannover, Oldenburg und Lippe:**

**Burgdorf** (Sperrung über Allarding), **Visselhövede** (Sperrung über Cohrs und Köster), **Pymont** (Streik), **Emden** (Zimmererstreik).

**Hessen:**

**Witzenhausen** (Sperrung über Maurermeister Oehm, Grossalmrode).

**Baden-Württemberg:**

**Kaiserslautern** (Sperrung über den Unternehmer Neuhof), **Mundenheim** (Sperrung über die Fabrik Gialini), **Schifferstadt, Bretten** (Streiks).

**Elsass-Lothringen:**

**St. Ludwig** (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg).

Zug von tüchtigen Verbandkollegen nach der Zahlstelle **Notthausen**, Zweigverein **Essen**, erwünscht. Zuzeitende Kollegen wollen vorsprechen entweder beim ersten Vorsitzenden, Kollegen **Gertwinski**, oder beim Kassierer, Kollegen **Kreuter**, um ihnen Arbeitslosigkeit sowie Löhne nachzuweisen wird. Kollege **Gertwinski** wohnt: **Meitenbergstrasse 22**. Das Verbandstafel ist beim **Wirt G. Beerlage**, **Auf der Reide**.

In **Bretten** stehen die Kollegen seit dem 26. März d. J. im Streik. Die Lohnverhältnisse waren dort die denkbar schlechtesten; im vorigen Jahre wurden noch Löhne von 3,20 bis 3,30 pro Tag bei elfstündiger Arbeitszeit bezahlt. Diefem Umfand ist es auch zu verdanken, daß sich die Maurer ihrer Organisation angeschlossen. Bereits im vorigen Jahre wurden Forderungen gestellt, und man erreichte die zehnstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 36 s, aber ohne Vertragsabschluss. Die Herren Unternehmer erklärten damals, man könne betriebs des Vertragsabschlusses in diesem Jahre (1906) miteinander reden. Die Verteuerung aller Lebensmittel hat auch in diesem Jahre bei den Kollegen den Beschluß herbeigeführt, wiederum in eine Lohnbewegung einzutreten. Am 7. Februar wurden die Forderungen eingereicht. Es wurden 44 s pro Stunde sowie der Abschluß eines Vertrages verlangt. Auf zwei Schreiben erhielt die Lohnkommission die Antwort, daß die Herren gewillt seien, 38 s pro Stunde zu bezahlen; aber durch einen Vertrag wollten sie sich nicht binden lassen. Weil nun bei einer Unterhandlung die Unternehmer nicht nur einen ablehnenden Standpunkt einnahmen, sondern auch die Maurer und deren Vertreter in der feigsten Weise beschimpften, beschloffen die Kollegen in einer am 26. März, Morgens 7 Uhr, abgehaltenen Versammlung einstimmig, in den Streik einzutreten. Von 57 in Betracht kommenden Maurern find vier Streikbrecher zu verzeichnen; von diesen ist der jüngste gegen 60 Jahre alt, und find deren Leistungen so minimal, daß die Unternehmer mehr Schaden als Nutzen von der Arbeitsfreibigkeit dieser Menschen haben. Daß dieser Kampf sehr hart wird, ist sicher. Wir wollen deshalb dringend vor Zug nach **Bretten** warnen.

Uns **GutsMuthsburg** wird uns berichtet: Die organisierten Maurer haben mit der Direktion des Kupferwerks einen Rohrtarif abgeschlossen als Erfolg ihrer Lohnbewegung, dessen wesentliche Bestimmungen befehen: zehnstündige Arbeitszeit, Ueberstunden nur in Ausnahmefällen, vom 1. April 1906 bis 1. April 1907 45 s pro Stunde; dann 47, im folgenden Jahre 48 s. Ueberstunden und Sonntagsarbeit 25 pSt. Lohnzusatz. Wöchentliche Lohnzahlung, 14tägige Kündigungsfrist. Der Tarif gilt bis 1. März 1909. Wird er nicht drei Monate zuvor genehmigt, dann läuft er ein weiteres Jahr usw.

Ueber die Lohnbewegung im **Altrial** wird noch berichtet: Die Kollegen haben bereits seit Anfang März in der Bewegung. Die Unternehmer haben die Forderungen zunächst mit Maßregelungen beantwortet. Als der Gewerkschaft die Forderungen vorstellte, erklärte der leitende

Unternehmer **Schöneberg**, die Herren Arbeitgeber fänden ein, daß der Lohn zu gering sei, sie wollten deshalb einige Pfennige auflegen; auch mit dem Arbeitsanfang um 7 Uhr Morgens seien sie einverstanden. Ueberhaupt spielte sich der Herr als der beste Arbeiterfreund auf und schob alle schlechten Zustände im Gewerbe auf die Konkurrenz, die nicht mithelfen wollte bei den notwendigen Verbesserungen. Mittlerweile haben die Arbeitgeber Anschlag an den Deutschen Arbeitgeberbund gesandt und wohl auch gefunden, und wie ihre schriftliche Antwort auf unsere Forderung beweist, auch schon Schule genossen. Wir lassen das Schriftstück, der Wissenschaft halber, hier folgen.

„Die bereinigten Meister von Uhrweilern und Neuenahr geben an die Organisation des christlichen und freien Verbandes der Maurer und Hilfsarbeiter von Uhrweilern und Neuenahr folgende Erklärung ab: 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit fängt auf der Baustelle an. Damit die Leute von auswärts (die unter Umständen eine Stunde zu gehen haben) mit den Betreffenden vom Platz gleichzeitig anfangen können, beginnt die Arbeitszeit um 7 Uhr. Die ländlichen Verhältnisse von Uhrweilern und Neuenahr bedingen es nicht, daß der Feiertag eine Stunde früher Feierabend gemacht wird, in Großstädten ist dieses vielleicht notwendig, hier nicht. Ueberstunden sind 9 Uhr Abends werden alle Tagesstunden ohne Aufschlag berechnet. Für alle Stundenarbeit bei Tag und bei Nacht gilt nur effektive Arbeitszeit, nur die Nachtpause von 12 bis 1 Uhr wird mitbezahlt. Für Leute von auswärts, die mit dem 8 Uhr-Zuge kommen, kann jeder Meister Vereinbarung über Zeit und Lohn treffen, wie er will. Werden die Tage länger, so stellt der Arbeitgeber die Arbeitszeit fest. Bei unseren ländlichen Verhältnissen kommt es vor, daß an einem Tage die Maurer fehlen, an anderen Tage die Sandlanger. Ohne Erlaubnis der Meister darf keiner von der Baustelle bleiben, ohne am Tage vorher den Meister zu fragen, damit derselbe in der Lage ist, die Arbeit anders einzuteilen. Bei Zumberechnungen hat der Betreffende 2 pro Tag für Geschäftsfähigkeit zu zahlen, welche an der Abrechnung gekürzt werden. 2. Lohn. Der Lohn für Maurer und Sandlanger richtet sich nach den Leistungen. Für erstklassige Maurer werden pro Stunde 38 s, für erstklassige Sandlanger 27 s bezahlt. Für Nachstunden werden 25 pSt. Aufschlag gezahlt. Für Arbeiten nach außerhalb wird die einmalige Hin- und Rückfahrt alle 14 Tage bezahlt. Für auswärtige Arbeiten wird die Hälfte des Logis, aber nicht über 1 s bezahlt. 3. Lohnzahlung. Der Lohn wird, wie bisher, alle 14 Tage bezahlt. Wie der Meister den Lohn zahlen will, im Hause oder auf der Baustelle, bleibt ihm selbst überlassen. 4. Kündigung. Kündigung findet nicht statt. Wird ein Mann entlassen, so kann er an demselben Tage seinen Lohn und die Quittungsarte in Empfang nehmen. Der Tag der Entlassung wird angesetzt. Wenn ein Mann von selbst aufhört, so hat er mit der Auszahlung bis zum Lohnstage zu warten und seinen Anspruch auf Bezahlung für den Tag, an dem er aufhört. 5. Die Ueberwachung von Seiten einer Kommission erscheint dem Arbeitgeberverband zwecklos, etwaige Wünsche sind den betreffenden Vorständen mitzuteilen und können dieselben darüber beschließen. 6. Unter den obengenannten Bedingungen sind wir bereit, einen Vertrag mit der Arbeitergewerkschaft innerhalb zehn Tagen, von heute an gerechnet, abzuschließen. Derselbe soll mit dem 24. März 1906 in Kraft treten und Gültigkeit haben bis zum 15. Mai 1907.

Uhrweilern, den 14. März 1906.  
Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Altrial.  
J. U. Steph. Schöneberg, Vorsitzender.

Wir haben den Herren darauf mitgeteilt, daß wir ihr Angebot, weil ungenügend, ablehnen, daß der Lohn von 48 s für Maurer und 38 s für Hilfsarbeiter bei zehnständiger Arbeitszeit unbedingt bezahlt werden müsse. Wir haben auch um mündliche Verhandlung ersucht, um unsere Forderungen zu begründen. Darauf teilte uns der Vorstand des Arbeitgeberverbandes mit, daß sie in einer weiteren Verhandlung Stellung genommen haben, und schickte uns einen neuen Tarif, der Verbesserungen enthalten sollte. Wir haben uns bemüht, diese herauszufinden, aber die Ausbeute war wenig ertragreich. In den Sonntagsstunden will sie jetzt eine halbe Stunde früher Feierabend geben. Für die Strafgebel, die erhoben werden sollen, wollen die Unternehmer eine Kasse bestimmen, die das Geld für „unbillige Zwede“ anlegen soll. (Wievoll für die „Opfer“ der Kirchenrenten in Frankfurt). Der Lohn von 38 s für Maurer und 27 s für Hilfsarbeiter soll als Höchstlohn gelten. Für Nachstunden sollen jetzt 30 pSt. Zuschlag bezahlt werden. Arbeiten außerhalb unterliegen jetzt der freien Vereinbarung. Dieses Konglomerat sollte nun sofort, und zwar am 26. März 1906, in Kraft treten und bis zum 15. Mai 1907 gelten. Nur auf Grund dieses Tarifs waren die Arbeitgeber bereit, mit den Verbänden einen Vertrag abzuschließen. Also in den Hauptpunkten, Lohn und Arbeitszeit, keine Zugeständnisse, im übrigen dieselben beleidigenden Bestimmungen für die Arbeiter, wie im ersten Tarif. Interessant ist auch, daß die Unternehmer den Tarif bis zum 15. Mai 1907, also wenn die Konjunktur vorüber ist, laufen lassen wollen, damit hätten sie für die nächste Bauperiode auch wieder die Gefellen festgelegt. Die Christlichen sind, obwohl nur wenige Maurer bei ihnen organisiert, dafür aber alle Poliere in den Verband hineingemanchiert worden, auch mit Forderungen an die Unternehmer hergegangen. Mit uns gemeinsam vorzugehen, lehnen die Herren ab, angeblich, um nicht in „sozialdemokratischen Geruch“ zu kommen. Sie fordern nur 40 s für Maurer und 32 s für Hilfsarbeiter. Wie die Mitglieder im Altrial werden, werden sie von dieser Forderung nicht abgehen. Es wird sich in den nächsten Tagen zeigen, ob die Colner Führer ehrlich genug sind, den Kollegen im Altrial beizustehen. Der unseren Mitgliedern ist der feste Wille vorhanden, alles daran zu setzen, um die aufgestellten Forderungen auch durchzuführen. Hoffentlich sind diese Bestimmungen von Erfolg. Bemerk sei noch, daß die ganze christliche Gesellschaft, Behörden, Unternehmer, Geistlichkeit und Zentrumverband, darauf hinarbeiten haben, daß uns kein Rufal zur Verfügung steht. Wir müssen unsere ganzen Geschäfte von Mund zu Mund oder durch Mundschreiben übergeben. Trotzdem schreitet die Bewegung fort.

**Gau Erfurt.** Die Lohnbewegung in **Reibrafond** dadurch ihre Erhebung, daß die Unternehmer für Stadtarbeit 38 und für Landarbeit 35 s bemülligen.

**Gau Leipzig.** In **Landberg** bei **Halle** dürfte es am 9. April zum Streik kommen, wenn sich die Unternehmer nicht noch vorher eines Besseren befennen. Drei Unternehmer haben sich schon bereit erklärt, die Forderungen der Gefellen zu bewilligen. Ferner bestehen Differenzen in **Amtenburg**, **Wachen** und **Radewell**, gleichfalls in der Nähe von **Halle**. Für **Zappendorf** und **Umgebung** ist der Stundenlohn durch Vertrag um 5 s erhöht worden. — Die Lohnbewegung in **Bitterfeld** ist durch die Erhöhung des Stundenlohns auf 40 s beendet worden, jedoch ist ein Unternehmer geplatzt, weil er einen Maurer, der Versammlungs-Einladungen verteilte, maßregelte. — Im Streikgebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks werden zweifellos auch für die Bauarbeiter allerlei Schwierigkeiten erwachen. Der Zugung ist darum dort fern zu halten. Vor allem lasse sich kein Verbandsmitglied zu Grubenarbeit berufen!

**Gau Dresden.** In **Großenhain** wollen unsere Kollegen den Lohn von 28–28 s auf 35 s bringen und die Arbeitszeit auf zehn Stunden verkürzen. Am 13. März legten sämtliche Maurer bei den Baumeistern **Niemer** und **Möller** die Arbeit nieder. Die Jnzung, die tut unsere Forderung abgelehnt hatte und sich auch auf eine Unterhandlung gar nicht einließ, bestellte unsere Lohnkommission zum 21. März zu einer Sitzung. In dieser Sitzung boten die Unternehmer vom 1. Juli ab 30 s Lohn. Unsere Kommission verlangte sofort 32 s. Eilige Unternehmer waren nicht abgeneigt, vom 1. Juli 32 s zu bezahlen. Da die Streitenden unmöglich die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen konnten, am 1. Juli, wenn die Bauten in der Hauptstadt fertig sind, die Erfahrung zu machen, daß gar keine Lohnzahlung erfolgt, wurde das Angebot auch fast einstimmig abgelehnt. Als Antwort hatten schon vor der Versammlung die Kollegen beim Obermeister noch die Arbeit niedergelegt. Am Mittwoch, 28. März, fand nun wieder eine Verhandlung statt, in der die Unternehmer für die Städte **Großenhain** und **Radewitz** 32 s und für das Land 30 s Höchstlohn boten. Da die Streitenden die Arbeit nicht aufnehmen, machten die Unternehmer im „Tagesblatt“ bekannt, daß sie tüchtigen Maurern und Zimmerern 32 resp. 30 s zahlen und die zehnständige Arbeitszeit einführen wollten. Und dieses Angebot wurde gegen vier Stimmen abgelehnt. Es wurde beschloffen, den Kollegen freie Hand zu lassen, im Einverständnis mit der Streikleitung einen Lohn durchzusetzen, wie sie ihn für gut befinden. Der Beschluß der Versammlung am 21. März, die Forderung von 35 auf 33 s zu reduzieren, ist somit aufgehoben. Bemerk sei noch, daß zwei Nebner sich dahin ausgesprochen, daß das Angebot eher noch annehmbar wäre, wenn für den ganzen Bezirk ein einheitlicher Lohn von 32 s gezahlt würde. Die Stimmung unter den Kollegen ist sehr gehoben, so daß zu erwarten ist, daß endlich für **Großenhain** bessere Arbeitsbedingungen errungen werden.

**Gau Magdeburg.** In **Wietze** ist die Lohnbewegung erlosch; der Unternehmer **Sprmann** hat in letzter Stunde die minimale Forderung der Kollegen anerkannt. In **Croppenstedt** haben Lohnkommission und Gewerkschaften der zweimal mit den Unternehmern verhandelt. Die Unternehmer stimmten einer Lohnerhöhung von 3 s fürs laufende und von weiteren 2 s fürs nächste Jahr sowie dem Abschluß eines Arbeitsvertrages zu. Als sie jedoch unter schreiben sollten, traten sie den Rückzug an. Den ausgearbeiteten Vertrag wollen sie erst dem Vorstehen des Arbeitgeberverbandes in Halberstadt zur Begutachtung vorlegen, da sie befürchten, durch das Eingreifen des Gewerkschafts überzuleiten worden zu sein.

In **Jerichow** soll bei der Epileptikeranstalt noch ein größeres Verwaltungsgebäude angebaut werden. Diese Gelegenheit wollen die Kollegen nicht unbenutzt vorbeigehen lassen, sie beschließen deshalb, eine Lohnerhöhung von 5 s zu fordern.

In **Osterburg** läuft der Vertrag am 15. April ab. Die vertragsmäßige Kündigungsfrist ist von den Kollegen eingehalten und den Unternehmern nunmehr die Forderung auf 5 s Lohnerhöhung unterbreitet worden.

In **Dueblinburg** haben die Unternehmer die Mindestgrenze des Stundenlohns immer weiter heruntergedrückt. Um dem Einhalt zu tun, haben die Kollegen nunmehr beschloffen, in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband einzutreten, damit eine Regelung der Lohn und Arbeitsbedingungen vorgenommen wird.

In **Kochtau** haben zwei Unternehmer die Forderungen der Kollegen anerkannt, der dritte (**Schmidt**) scheint die Entlohnung der Kochtauer Maurerschaft zum Massenbewußtsein noch nicht zu bemerken. Die Kollegen werden ihm zeigen müssen, daß die Zeit ein für allemal vorbei ist, wo sie nach einem huldvollen Rädeln von ihm bei den Quartalsfeierlichkeiten geizen.

In **Schöndhausen** wollen sich die Unternehmer absolut nicht bequemen, die Forderung der Kollegen anzuerkennen. Der eine hat allerdings 2 s zugelegt; da das den Kollegen nicht genügt, sind sie samt und sonderb ausgerüstet. Wenn auch die leistungsfähigen Kollegen des anderen Unternehmers diesem Beispiel folgen, dann dürfte die Herren, da Zugung nicht zu erwarten ist, bald anderen Sinnes werden.

In **Stendal** haben die Kollegen gemeinschaftlich mit den Zimmerern und Bauarbeitern den Arbeitgeberverband eine Forderung auf 5 s Lohnerhöhung unterbreitet. Die Antwort steht noch aus. Unserer Meinung nach ist da etwas betrüßlich gehandelt worden, doch waren unsere Kollegen durch das Vorgehen der Zimmerer dazu gezwungen.

In **Berchth** haben die Bauarbeiter den Unternehmern eine Forderung ausgestellt. Ob es zum Kampfe kommt, wird sich erst im Mai entscheiden.

In **Magdeburg** sind unsere Kollegen durch den Aufsehtreiter hart in Mitleidenschaft gezogen. Es find schon über 200 Kollegen in die Streiklisten eingetragen. Da die Führer außerst hartnäckig sind, muß damit gerechnet werden, daß die gesamte Bautätigkeit unterbunden wird. Die reisenden Kollegen tunde sehr gut, das Gebiet des **Gaues Magdeburg** bis auf weiteres vollständig zu meiden.



**Von Berlin.** Die Ausperrung in Schöneberg ist durch Verbot der katholischen Fachabteilung zu Gunsten der Unternehmer beendet. Seit einiger Zeit ist es einem vorläufigen Unternehmern gelungen, einige Maurer für diese „Organisation“ zu gewinnen. Während der diesjährigen Unterhandlungen erklärte diese Gruppe so, daß wir es für geraten hielten, mit ihnen in Verbindung zu treten. Nun geschah das Sonderbare, daß diese „Christen“ mit dem Resultat der Verhandlung nicht zufrieden waren, sondern energisch auf weitere Zugeständnisse drängten. Die Führer dieser Leute verpflichteten sich, in einer gemeinsamen Sitzung, im Falle einer Aussperrung oder eines Streiks gemeinsam mit dem Verbande vorzugehen und in allen tatsächlichen Fragen vorher eine Verhandlung herbeizuführen.

Bei Ausbruch der Aussperrung entsandte die Zentrale der Fachabteilung einen Vertreter nach Schneidemühl. Schon am zweiten Tage klagten die Schneidemühler „Christen“, daß ihr Zentralvorstandsmitglied darauf dränge, daß sie sich dem Unternehmern zur Verfügung stellen sollten, wogegen aber die Mitglieder protestierten. Unter Hausvorstandsmitgliedern hielt es darum für angebracht, den Versuch zu machen, mit der Zentrale der Fachabteilung über die Existenz eines Abkommens oder doch eine Verhandlung herbeizuführen. Obwohl der betreffende Herr die Notwendigkeit einzusehen schien, daß im Interesse der um ihre Existenz und Zukunft ringenden Kollegen ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen bei der Organisationsrichtungen notwendig sei, so konnte er sich doch nicht entschließen, etwas Bestimmtes zu versprechen, da er noch auf Anweisungen von Berlin wartete. Die Kollegen von der Fachabteilung aber verhandelten ganz bestimmt, sie würden sich zu keinem Schritt drängen lassen, der das einheitliche Vorgehen in Frage stellen könnte, ja sie würden nach Bewilligung unserer Forderungen nur dann die Arbeit aufnehmen, wenn vorher die Forderungen des Orts befreit hätten.

Aber schon am nächsten Tage sind diese Leute an den Arbeitgeberverband mit der Bitte um Unterhandlung herangetreten; es haben dann die ganze Woche hinter dem Rücken unserer Mitglieder Verhandlungen stattgefunden, die auch am 28. März zu einem Abkommen geführt haben. In einem schriftlichen Vertrag hat sich der Arbeitgeberverband nicht entschließen können. Versprochen ist den Mitgliedern der Fachabteilung, daß das vor der Aussperrung Angebotene, also für dieses Jahr der alte Lohn und für nächstes Jahr 1 1/4 Zulage gewährt werden sollte. Im weiteren ist zwischen Arbeitgeberverband und dieser Arbeiterorganisation der „Christen“ vereinbart worden, daß bei der Aufnahme der Arbeit und bei späteren Anstellungen die Mitglieder der Fachabteilung den Vorzug haben und die Verbandsmittelglieder möglichst zurückgestellt werden sollen. Nachdem dieser Vertrag vollzogen war, sind am nächsten Morgen die „Christen“ zur Arbeit geschickt worden. Da mit den Stämmen der Unternehmern schon 48 Maurer zur Verfügung standen und nun die „Christen“ hinzukamen, war die Zahl der vorher beschäftigten Geleuten wieder erreicht, deshalb wurde den Verbandsmittelgliedern empfohlen, soweit sie noch Arbeit erhalten können, solche anzunehmen. Die Mitglieder der Fachabteilung sind aber die verdräufliche Handlung ihrer Zeitung sehr außer sich empört, sie merken wohl, daß sie als Schutzgruppe der Unternehmern mißbraucht werden.

In Polen ist unseren Kollegen zum 2. April die Aussperrung in Aussicht gestellt worden (sie ist inzwischen auch zur Tatsache geworden). Der Arbeitgeberverband verlangt die Verlängerung des alten Vertrages auf weitere zwei Jahre. Drei Organisationen der Maurer (Zentralverband, Verband der christlichen Bauhandwerker und Christ-Dunkersch Gewerkschaft) hatten sich bereit erklärt, den alten Vertrag auf ein Jahr zu verlängern. Inzwischen hat eine vierte Arbeiterorganisation, der polnische Verband, mit den Unternehmern den alten Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. Da diese Organisation nur 20 bis 30 Mitglieder haben soll, hätte der Vorgang an sich nicht viel Bedeutung, wenn hierbei nicht klar zum Ausdruck käme, daß im Osten nach einer bestimmten Tendenz gearbeitet wird. In Königsberg haben Kauff & Co. die Erklärung gemacht, daß der Grundloß: „Leute und Herrsche“ bei den Bauhandwerkern noch mit Erfolg angewandt werden kann. Wer sich als Mittel zu dem Zwecke ergibt, die Einheit und damit die Macht der Arbeiter durch Zersplitterung zu sprengen, ist diesen skrupellosen Herren gleichgültig. Der Zweck heiligt eben die Mittel. In Königsberg wollten die Unternehmern erst eine Streikbrecherorganisation gründen, die sich dann dem „Christlichen“ Verbande angeschlossen; in Schneidemühl hat die katholische Fachabteilung diese unheimliche Rolle übernommen, und in Polen ist es die polnische Organisation, die zu diesem Zwecke mißbraucht werden soll. Damit aber auch dem Germanisationsgedanken und der Religion der Deutschen entgegenzuwirken, ist den Christ-Dunkersch angeboten worden, diesem Vertrage beizutreten. Es würden dann nur Mitglieder dieser Organisationen angestellt und die anderen Organisationen würden unter diesen Umständen einschüchelt sein. Dem „Christlichen“ Verband ist ebenfalls durch ein Mitglied des Arbeitgeberverbandes derselbe Rat erteilt worden. Bisher haben die beiden Organisationen dem Sirenenruf Widerstand entgegengesetzt. Aber alle Organisationszersplitterungen sollten aus dem Vorgänge im Osten die Gefährlichkeit dieses Regimes erkennen.

Die Unternehmern haben Wort gehalten und haben ihren von höherer Stelle erhaltenen Auftrag zur Ausführung gebracht. Am Sonnabend haben sämtliche Kollegen, die dem Zentralverband, dem Christlichen Verband und dem Christ-Dunkersch Gewerkschaft angehören, ihre Entlassung erhalten mit dem Hinweis: tretet in den „polnischen Verband“ ein, dann könnt ihr am Montag wieder kommen. Man denkt, dieses Verlangen stellen „Arbeitgeber“, die sonst zu den unentwerteten Haisfischen gehören und von denen bei patriotischen Gelegenheiten jeder mindestens einen Polen verehrt.

In Wittenberg (Bez. Halle) beantragten die Maurer und Zimmerer eine Lohnhöhung von 5 1/4 pro Stunde. In einer am 8. Februar stattgefundenen Verhandlung machten die Unternehmervorstände den Vorschlag, 2 1/4 in diesem Jahre und weitere 2 1/4 im nächsten Jahre zahlen zu wollen. Die Maurer und Zimmerer nahmen dieses Angebot an, der Arbeitgeberverband lehnte aber den Vorschlag seiner Kommissionsmitglieder ab. Außerdem wurden dem Sinne der Verhandlungen widersprechende Vertragsbestimmungen aller Art verlangt. Als unsere Kollegen dieses Aninnen ablehnten, drohten die Unternehmern mit der Aussperrung zum 2. April. (Auch diese Aussperrung ist inzwischen derest geworden.)

Auch in Wittenberg (bzw. Potsdam) sind die Maurer, Zimmerer und Maler ausgesperrt. Hier verlangen die Unter-

nehmer die Verlängerung des alten Vertrages. Wir forderten 4 1/4 Lohnhöhung. Nachdem die Herren vergeblich versucht hatten, unsere Mitteilung auf Einberufung einer Sitzung zwecks Änderung des bestehenden Vertrages den Charakter einer Vertragsänderung abzusprechen, fand am Abend des 30. März eine nochmalige Verhandlung statt. In zehnter Stunde wurde uns das Ultimatum gestellt, bis Sonnabend Mittag zu erklären, ob wir den alten Vertrag auf ein weiteres Jahr anerkennen. Die Stimmung, das wir nicht im Stande seien, diese Erklärung abzugeben, da wir unsere Mandatgeber nicht mehr betragen können, ließ die Herren kühl, sie beharrten auf ihrem Verlangen. Auch ein Vorschlag, unseren Kollegen zu empfehlen, in diesem Jahre den alten Vertrag anzuerkennen, wenn für ein weiteres Vertragsjahr ein höherer Lohn gleich mit vereinbart würde, lehnten diese Herren ab. Sie wollten nur einmal den Krieg. Nur so ist diese brutale und unehrliche, ja gerade unheimliche Zumutung, die man uns zu stellen wagte, erklärlich. Es ist aber bereits ein offenes Geheimnis, daß die Veranstalter dieser Machination die Aussperrung brauchen wollen, um einige unangenehme Konkurrenten loszumachen und eine Preissteigerung ihrer Produkte herbeizuführen.

Die Kollegen des Schneidemühler Mühlberg a. d. Elbe sind in den Streit eingetreten. Eine Verhandlung, die vorher stattfand, verlief resultatlos, weil sich die Unternehmern mit belanglosen Ausreden um eine Lohnzulage herumdrücken wollten. Kurze Zeit darauf wurden die letzten Kollegen wieder entlassen, obgleich noch täglich andere Maurer eingestellt wurden. Da im Verhandlungsverlaufe die Gewahrgelassen nicht wieder eingestellt wurden, die Konjunktur aber sehr gut einzuwird ist, so soll diese Gelegenheit gleich zur Durchführung der Forderungen benutzt werden.

Die Sperte in Freienwalde a. d. O. beim Unternehmern Meiß ist zu unseren Gunsten erledigt. In der zum Zweigverein Rathenow gehörenden Zählstelle Mühlberg a. d. Elbe ist mit drei Unternehmern des Bezirks ein Vertrag zu Stande gekommen, der die elfstündige Arbeitszeit auf 10 Stunden herabsetzt und den Lohn um 8 1/4 (jetzt 85 1/4) erhöht.

Eingig in seiner Art dürfte das Resultat der Verhandlung in Frankfurt a. M. bestehen. Geordert wurde eine Lohnhöhung auf 60 1/4 und eine neunstündige Arbeitszeit. Im August d. J. stand der Lohn auf 50 1/4, der im Herbst auf 52 1/4 1/2. Das Resultat der Verhandlung ist 60 1/4 und 9 1/2 Stunden für dieses Jahr und 65 1/4 und 9 Stunden für die Zeit vom 1. April 1907 bis 31. März 1908. Die übrigen Vertragsbestimmungen sind ebenfalls gut.

In Erfurt wurde ein Vertrag geschlossen, der für ein Jahr gilt und eine Lohnhöhung von 55 auf 62 1/4 sowie die Herabsetzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden bringt. In Seebitz tritt laut Vereinbarung eine Lohnhöhung von 50 auf 55 1/4 ein.

In Königs ist es etwas ruhiger geworden, als in den ersten beiden Wochen. Die Unternehmern haben allmählich eingesehen, daß Klagen nur kurze Weile haben und daß sie damit nicht allein zum Ziele kommen. Auch die Verbände scheint erkannt zu haben, daß nicht alles wahr ist, was die Unternehmern ihr ausgehen haben, sondern daß die falschen Gerüchte nur von den Unternehmern verbreitet wurden, um ihre hinterlistige Handlung zu verbergen. Der Kriegszustand hat sich bedeutend gemildert, da auch die Kollegen die größte Ruhe bewahrt haben, trotzdem es an Provokationen nicht gefehlt hat. Das „Wortgertum“ ist auch mehr zu der Ansicht gekommen, daß doch wohl etwas Geredetes aus den Forderungen der Maurer sein muß, weswegen auch der Herr Bürgermeister Verhandlungen angebahnt hat. Ob sie ein Resultat zeitigen werden, bleibt abzuwarten, denn den Unternehmern sind nicht die minimalen Forderungen der Kollegen verhaft, sondern die Organisation. Der Herr Scharfmacher Herrmann hat davon geträumt, daß es ihm gelingen werde, die verhasste Organisation wieder loszuwerden, und darum wird er solange an dieser Idee festhalten, bis er selbst eingesehen hat, daß es nur ein Traum und sogar ein schlechter Traum war, der ihn auf diesen Weg gebracht hat. Darum ist es besonders notwendig, daß die Kollegen sich nicht verlocken lassen, nach Königs zu gehen. Eine Veranlassung dazu liegt nicht vor; an Arbeit fehlt es jetzt nicht mehr, und in Königs werden nur Maurer gebraucht, um den Unternehmern als Streikbrecher zu dienen, und dafür muß sich jeder anständige Mensch bedanken.

**Von Stettin.** In Loitz i. P., einem Städtchen von annähernd 4000 Einwohnern, sind die Unternehmern recht hochmütig. Eine im Herbst 1905 eingetragene Forderung wurde scharf abgelehnt. Im März 1906 lehnten sie zunächst jedes Verhandeln ab, später erklärten sie sich bereit. Als es soweit war, wichen sie wieder aus und schrieben folgende Antwort: „Den an uns gestellten Antrag, pro Stunde mit 86 1/4 bei zehnstündiger Arbeitszeit zu zahlen, können wir unmöglich annehmen, da die meisten Arbeiter über Land sind; für den Landmann ist es eine unangenehme Sache, wenn die Maurer um 6 bzw. 1/2 Uhr Feierabend machen, dagegen seine Leute zwischen 8-9 Uhr.“

Die Lohn Differenz beträgt nur 16 1/4, M. 21,60 bei 86 1/4 und M. 21,45 bei 82 1/2 1/4, es handelt sich also nur um die 1 Stunde, da glauben wir mit Recht bei 11 Stunden Arbeitszeit und 82 1/2 1/4 die Stunde zu bleiben. (Unterchristen.)

Am 16. März beschloßen die Kollegen einstimmig den Kampf für kürzere Arbeitszeit. Ohne Wirkung ist das Nachgeheimpel der Unternehmern nicht geblieben. Einige Manöbeln ließen sich durch die Aussicht auf einen „Vollerpoß“ nach kurzer Dauer zum Dabonlaufen bewegen. Den Unternehmern stehen 22 Gefellen und 10 Lehrlinge zur Verfügung. Die Provinzpresse erbarmte sich dieses Falles und behauptete allen Ernstes, der Hausvorstand hätte den Lohn von 30 1/4 pro Stunde für ausreichend erklärt und deshalb keine Genehmigung erteilt. Auf den Quätsch näher einzugehen, ließe ich im Zweifel obere antun. Unsere Kollegen in Loitz waren zu vernünftig, ihre Forderung erst dann geltend zu machen, als Aussicht auf Erfolg vorhanden war. Am 25. März bewilligten die Unternehmern statt der bisherigen elfstündigen Arbeitszeit bei 82 1/4 zehnstündige Stunde und 86 1/4 pro Stunde. Sonnabends ist eine Stunde früher Feierabend. Die Löhnezeit wird bezahlt. Geordert waren zehn Stunden und 88 1/4 pro Stunde. Mit dem Angebot gaben sich unsere Kollegen, aus Rücksicht auf Freiberg und Stargard in der Mark, zufrieden.

Auch in Paris ist man nach einem langen Stillstand einem Streit aus dem Wege gegangen. Am 27. März kam es zur Verhandlung. Statt bisher 10 1/2 Stunden und 84 1/4 bewilligten die Unternehmern 10 Stunden und 87 1/4 für 1906 und 88 1/4 für 1907. Bei Bararbeit 2 1/4 pro Stunde mehr. Mit 40 gegen 8 Stimmen wurde dies in gemeinsamer Versammlung von Maurern und Zimmerern angenommen.

In Sönnemünde legten am 28. März 100 Bauarbeiter die Arbeit nieder. In Mitteldeutschland kommen von 227 Maurern 188. Die Unternehmern hätten dies verhindern können, wenn sie den im November 1905 gestellten Antrag, auch für die Bauarbeiter die Verhältnisse verträglich zu regeln, nachgekommen wären.

In Treptow a. d. Rega steht uns kein Lokal zur Verfügung. Bis vor kurzem waren die meisten ansehnlichen Kollegen interesselos. Den beim Bau der Strenanfalt und der Unteroffizierschule errichteten Verein ließ man eingehen. 1904 wurde der Verein neu errichtet. Wieder ging alles so pflaumendich zu, daß sich die Unternehmern bei elfstündiger Arbeitszeit Klassenlöhne und Willkürakte leisten konnten. Dello überausfender kam im Anstich an die diesjährige Flugblattverbreitung die Einigung der Kollegen und am 26. März der Beschluß, zehn Stunden und 40 1/4 zu fordern. Die Unternehmern schwebelten, König und Fritz bewilligten sofort. Hausmann will vom 1. April zahlen. Wille rechnet auf die alte Schlappheit. Nicht geschmackvoll meinte er: „Die muß man warten lassen, wenn sie hungern, kommen sie schon.“ Ich allein schenke, bewilligte er aber doch am 28. März. Aber Leute erhielt er nicht so schnell. Am 30. März wurde er persönlich beim Bauvorstand vorstellig, und erst auf dessen Veranlassung ging ein Teil der bisherigen Arbeitskräfte zu ihm zurück. Hoffentlich sorgen unsere Kollegen für einen guten Ausbau der Organisation. Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.“

Als Freiheit ist das Vorgehen der Unternehmern in Treptow a. d. Tollense einzuschlagen. 28 1/4 pro Stunde gilt bis heute als Lohn für die besten Kräfte. Im November 1905 stellten unsere Kollegen Anträge auf Verbesserung. Es trat am 23. Januar d. J. zu Verhandlungen. Bewilligt wurden elf Stunden und 32 1/4 pro Stunde. Somit wollten die „Herren“ aus der Verhandlung einen fideles Herrenabend machen mit Murkschen und Freibier. Die Kommission ließ sich nicht fähren. In der Hand der Originalnotizen fertigte der Schriftführer einen Vertragsentwurf aus. Unter 8. März fanden die Unternehmern einen Vertrag, der im großen und ganzen dem Verhandelten Rechnung trägt, aber zweiwährige Vertragsdauer und niederen Lohn für „Minderberufte“ enthalten soll. Höflich teilte man ihnen mit, daß bisher immer nur von einem Jahr die Rede gewesen sei. Man hätte aber sonst nichts dagegen, wenn für zwei Jahre weitere Zugeständnisse gemacht würden. Inzwischen organisierten sich die Zimmerer. Dem Gelbbroten Kriesmann ging dies gegen den Strich. Wegen „Mangels an Arbeit“ entließ er zufällig alle organisierten Zimmerer. Kriesmann ist so halb und halb ein Onkel von Maurermeister Pöschow. Es kann nun folgendes Schreiben nicht mehr wunder nehmen:

An den Vorstand der Maurer von Treptow und Umg.

Die unterzeichneten Arbeitgeber fordern Sie hiermit auf, bis spätestens Montag, den 26. d. M., die schriftliche Erklärung abzugeben, daß die Gesellschaft die von uns unter 4. d. M. aufgestellten Arbeitsbedingungen in allen Punkten annimmt. Gefeht dies nicht, so erfolgt am Sonnabend, den 31. d. M., auf allen Arbeitsstellen der unterzeichneten Arbeitgeber die Einstellung der Arbeiten. Durch dieses Schreiben sind dann sämtliche Maurer zum 31. d. M. gefündigt.

Treptow a. d. Tollense, den 17. März 1906.  
M. Pöschow. Aug. Schmidt. Friedr. Kossow.  
H. Kufjenberg.

Am 25. März beschloß eine Versammlung der Gefellen, mit zwei Jahren einberufen zu sein, wenn im zweiten Jahre ein halbe Stunde weniger Arbeitszeit und dem entsprechende Lohnhöhung eintritt. Im mündliche Verhandlung hierüber wird ersucht. Prompt kam am 28. März die Antwort, daß die Unternehmern jede Verhandlung ablehnen. Sie hätten aus unserem Vorgehen geschlossen, daß wir in den Streit eintreten wollten. Vorher hatte man eine ähnliche Notiz in die Kreisblätter lanciert. Der Zweck ist kein anderer, als sich reinzuwaschen. Zu allem Ueberflus kam an die einzelnen Arbeitsstellen noch folgende Karte:

Treptow a. d. Tollense, den 30. März 1906.  
Morgen ist Schluß der Arbeiten allerwärts; bringen Sie und — Ihr Geld mit nach Hause. Wohnung ist morgen aus. Invidienkarte mitbringen.

Genau so handelten die übrigen Unternehmern. Die Arbeiten hat man aufgeschoben und jammert über Arbeitsmangel. Somit ist die Aussperrung wahr geworden. Herrenbündel und Probentum haben hier aus vielen frommen und fleißigen Knechten mit einem Schlage kampfbere Arbeiter gemacht. Hoffentlich wird man nun bald in anderen Orten von dem frühen Einschreiten der Forderungen aus purer Höflichkeit abgehen.

**Von Lübeck.** In Rönnefeld i. S. ist die Lohnbewegung beendet. Am 1. Mai tritt eine Erhöhung des Stundenlohnes von 40 1/4 auf 42 1/4 ein. Ein Vertrag wurde nicht abgeschlossen.

Eine Aussperrung planen anscheinend die Unternehmern Gütrow. Folgendes Schreiben, das unter dem 21. März einging, läßt diese Vermutung wenigstens zu. „An die Lohnkommission der Maurer zu Gütrow. Wir ersuchen Sie ergebenst, uns bis zum 26. dieses Monats eine bündige Antwort zu geben auf unser Schreiben vom 17. Januar 1906, namentlich, daß der bisherige Lohnsatz für das ganze Jahr 1906 von Bestand bleibt.“

Es sind jetzt Bauten für 1906 mit den Bauherren abgeschlossen auf Grundlage des jetzt bestehenden Lohnsatzes. Achtungsvoll.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für Gütrow und Umgegend.

Aus der Innung, die im Jahre 1904, gelegentlich der Aussperrung der Maurer, durch den Austritt einiger Mit-







Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingeklagt haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Gustav Wiese-Dransleben (Verb.-Nr. 92 782), Karl Otto Herrlich-Dresden (19 570), E. v. v. Schuber-Limbach (217 746), Frdr. Baumann-Weida (217 856), Fritz Jäger-Eisenach (68 388), Paul Appold-Nürnberg (116 647), Jos. Krämer-Herne (59 309), Feinr. Schröder-Bödingen (311 184), Anton Michaelis-Poten (245 464), Fritz Wint-Biesbaden (48 849), Feinr. Giel-Cöln (308 405), Rob. Gold-Breslau (66 228), Kolpar Loh-Breslau (283 932), Albert Schulz-Berlin (45 677), Gust. Janitschke-Berlin (90 709), Aug. Stenzel-Berlin (116 589), Hans Krause-Berlin (348 844), Frdr. Könnemann-Braunschweig (249 838), Aug. Ahrens-Erlde (59 264), Jos. Jäger-München (228 433), Mich. Nieg-München (240 162), Kolpar Baupel-Meiningen (267 614), Herm. Thomas-Dresden (18 543), Carl Brauer-Jena (181 298), Walbert Roldi-Poten (44 709), Rader Gieseler-Strasbourg i. Elsass (124 211), Wilh. Schäfer-Cöln (216 534), Joh. Mannbach-Cöln (260 644), Aug. Vode-Gronau (171 083), A. Raib-Schöber (317 467), Wilh. Schmidt-Essen (34 986), Rügen Vuh-Ker (82 872), Rud. Keller-Oberhausen (212 389), Anton Bomb-Berhausen (180 780), Frdr. Baullig-Chemnitz (241 120), Paul Sauer-Dülledorf (243 667), Otto Schulz-Berlin (103 497).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Greifswald: Franz Schmidt (Verbands-Nr. 74 429), W. Kieselb.-F. Schrader (43 903), E. Schwarz (64 084), O. Bauer (332 551), Solingen: Wilhelm Bierbrauer (226 978), Bremerhaven: Wilhelm Eulendörfer (116 079), Traugott Dannemann (333 407), Erfurt: Karl Aufkate (263 180); vom Verbandsvorstand: Gustav Preis in Kottowitz (80 068).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben. Der Verbandsvorstand.

### Bekanntmachungen der Gauvorkände.

Gau Leipzig. Das Bureau des Gauvorkandes befindet sich jetzt Beigertstraße 82 II. J. A.: Gust. Jacob.

### Berichte.

Berichte über wichtige Veranlassungsbeschlüsse und sonstige Veranlassungen findet man sofort an die Redaktion des Grundsteins. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstadt Morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

**Barmen-Eisfeld.** Sonntag, den 25. März, fand in Barmen ein wichtiger Tag. Eine öffentliche Mauer-Veranstaltung fand, in der Kollege Muth aus Köln über das Thema: „Der Einfluss der gewerkschaftlichen Organisation auf die Lebenshaltung der Arbeiter“ referierte. An der Hand eines reichhaltigen Materials entlegte sich der Referent seiner Aufgabe in bester Weise. Leider war die Versammlung nur schwach besucht, was wohl zum Teil auf den kalten Schneefall, zum größten Teil aber auf die Rauheit und Voreingenommenheit der dortigen Kollegen zurückzuführen sein dürfte. In der Diskussion wies Kollege Baiser auf die unregelmäßigen Arbeitsverhältnisse im Mauerergewerbe in diesem Gau hin und forderte zur eifrigen Agitation und zum Eintritt in den Zentralverband der Mauer Deutschlands auf. Auch einige christliche Mauer waren anwesend, die zwar, trotz mehrfacher Aufforderung, keine Worte finden konnten. Schließlich aber erklärte der Vorsitzende der christlichen Mauer von Barmen, namens Debbé, man solle sich nur organisieren; wenn der freie Verband gefalle, der solle sich frei organisieren; wer es aber mit seinem religiösen Gefühl nicht vereinbaren könne, der solle sich christlich organisieren; man müsse Hand in Hand arbeiten; man solle getrennt marschieren und geschlossen schlagen usw. Auch habe Kollege Muth den Landtagsabgeordneten einen Renommierarbeiter genannt, was ihm gar nicht gefallen wollte. Der zweite christliche Redner, ein gewisser „Kollege“ Koch, wußte an den Ausführungen der Kollegen Muth und Baiser nichts auszusagen, aber er mußte den Kollegen Muth und Drup die Schuld beimeßen, daß vor fünf oder sechs Jahren die Zählstelle des Zentralverbandes in Ronsdorf auseinandergefallen sei. Gleichzeitig behauptete er ferner, gottesfürchtig und dreißig, der „Grundstein“ greife die Religion an. Jeder, der noch ein christliches Gefühl in sich habe, müsse dem Zentralverband den Rücken kehren und sich christlich organisieren. Es war unserem Referenten ein leichtes, die beiden christlichen Redner ad absurdum zu führen. Leider war die Zeit schon zu weit vorgeschritten, da punkt 6 Uhr die Metallarbeiter, die sich dort in einer Wohnbewegung befanden, in demselben Lokale tagen wollten und deshalb die Versammlung geschlossen werden mußte. Wir hätten sonst mit unseren Brüdern in Christo eine gründliche Abrechnung vorgenommen.

**Dresden.** Am 13. März tagte unsere regelmäßige Mitgliedsversammlung. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Affordarbeit“ referierte Kollege Röscher. Er schilderte in eingehender Weise die Affordarbeit und ihre Gefahren. Die Affordarbeit sei an und für sich kein System der Neugier; schon im 14. Jahrhundert sei im Bergbau in Afford gearbeitet worden; auch in der Textilindustrie trat sie markant hervor. Heute sei wohl in fast allen Gewerben die Affordarbeit eingeführt, so daß man wohl mit Recht sagen könne, daß die meiste Arbeit in dieser Art und Weise hergestellt wird. Überall seien bei diesem Modus mehr oder weniger Gefahren vorhanden, aber die größten seien im Baugewerbe zu finden. Hier am Ort sei wohl das Mauern in Afford verschwunden, aber der Innen- und Außenputz werde zu 80 pSt. in Afford ausgeführt.

Redner schilderte die Nachteile, die für die Kollegen daraus entstehen, der größte Fehler sei die Übernahme der Putzarbeit im ganzen; so stellen sich z. B. die Kollegen vor dem Bau hin und sagen sich, das Ding hat so und so viel Fensterfront, also müsse, wenn nach die Höhe und Tiefe des Baues berücksichtigt sind, so oder so viel Mauer dafür gezahlt werden. Auch unterließen sich die Putzer, und die Preise stiegen immer mehr und mehr. Es entsteht ein Gassen und Jagen bei der Arbeit, und es sei ganz erklärlich, wenn die Qualität der Arbeit immer mehr nachläßt. In Leipzig haben es die Kollegen verstanden, die Affordarbeit abzuschaffen, doch machen sich Anzeichen bemerkbar, daß sie dort in der nächsten Zeit wieder eingeführt wird. Obwohl die Abschaffung des Affordsystems eine unabweisliche Notwendigkeit sei, hält Röscher es in der jetzigen Zeit doch nicht für angebracht, die Frage akut werden zu lassen, da die Wautonjunktur gerade jetzt nicht gut zu nennen sei. Auch würde der nächste Verbandstag sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen. Kollege Widra nahm zu dieser Frage eine andere Stellung ein als Röscher. Der Gegenstand sei von so großer Wichtigkeit, daß dazu ein ernstes Projekt unternommen werden müsse. Wenn die Leipziger Kollegen nicht wieder in das Affordsystem zurückfallen sollten, dann müsse dafür gesorgt werden, daß die größeren Städte damit anfangen, dieses System zu beseitigen; die Affordarbeit beim Innenputz müsse sobald als möglich beseitigt werden. Die Kollegen Albrich und Neumann führten an, daß durch das Affordsystem das Solidaritätsgefühl für die Organisation verloren ginge. Als Delegierte zur Konferenz wurden die Kollegen Widra, Albrich, Krause, Waritz und Starf gewählt. Die Verwaltung stellte folgende Anträge zur Konferenz: 1. Daß die Beschlüsse der Konferenz von sämtlichen in Dresden arbeitenden Kollegen innewohnen werden müssen. 2. Regelung der Proportionsfrage, und zwar betriebsf. 10 pSt. an die Zweigvereine. Die Anträge wurden nach heftiger Diskussion, in der die Meinung der Kollegen geteilt war, angenommen. Kollege Widra gab bekannt, daß die Pausen bei Baumgatt aufgehoben worden ist, nachdem Panthaler in Vertretung Baumgatts die Voreinigungen gegen Widra und den Zentralverband der Mauer beiderseitig schriftlich zurückgenommen hat. Widra legte den Kollegen ans Herz, sich an der Flugblattverbreitung rege zu beteiligen. Darauf wurde die Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Zentralverband der Mauer geschlossen.

**Cöln. a. Rh.** Die Cöln Mauer, Putzer und Bauhilfsarbeiter hielten am Dienstag Abend, den 13. März, im Volksbildungslokal eine massenhafte Versammlung ab. Schon vor 9 Uhr waren Saal und Gassen überfüllt. So zahlreich werden die Bauarbeiter Cöln wohl noch nicht zusammen gewesen sein. Es galt, Stellung zu nehmen zu den mit den Unternehmern verhandelten Verträgen in Sachen des am 1. Mai ablaufenden im Jahr 1903 vereinbarten Tarifs. Der Lohn beträgt bei zehnstündiger Arbeitszeit für Mauer 55 pSt. für Hilfsarbeiter 45 pSt. Die Putzer arbeiten nur im Afford. Die organisierten Arbeiter haben nun von den Unternehmern u. a. gefordert: neunzehnhalfstündige Arbeitszeit, 60 pSt. Stundenlohn für Mauer, 50 pSt. für Hilfsarbeiter. Abschaffung der Affordarbeit im Putzergewerbe. Die Unternehmern heben demgegenüber auf dem Standpunkt, daß in diesem Jahre bis 1. Oktober der Lohn überhaupt nicht erhöht werden solle; 1. Oktober an sollen sie 2 pSt. zulegen und am 1. Mai 1907 weitere 3 pSt. Die neunzehnhalfstündige Arbeitszeit wollen sie ebenfalls erst am 1. Mai nächsten Jahres bewilligen. Wenn die Arbeiter auf der Abschaffung der Affordarbeit im Putzergewerbe bestehen, sollen die Unterhandlungen der Abnehmerkommissionen als gescheitert betrachtet werden. Die Affordarbeit der Putzer sollen vom 1. Oktober an ein wenig erhöht werden. Statt der geforderten 20 pSt. Zuschlag pro Ueberstunden sollen die Unternehmern 16 pSt. zahlen. Die geforderten 50 pSt. Zuschlag für Nacht- und 100 pSt. für Sonntagsarbeit wollen sie bewilligen. Im übrigen beabsichtigen sie sogar noch einige Verschlechterungen in den Tarif hinzuzubringen. Die Vertreter der Arbeiter haben ebenfalls beraten und machten der gestrigen Versammlung folgende Vorschläge: Die Arbeiter fordern sofortige Einführung der neunzehnhalfstündigen Arbeitszeit am 1. Mai dieses Jahres bei 55 pSt. Stundenlohn, der am 1. Oktober dieses Jahres auf 60 pSt. steigt. An der Abschaffung der Affordarbeit ist unter allen Umständen festzuhalten, um die dadurch herbeigeführten unheimlichen Zustände im Putzergewerbe zu beseitigen. Zur Begründung dieser Forderung wird auf die Lebensbedürfnisse, die hinter den Erwerbslosen anderer Großstädte, wie Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Kiel usw. weit zurückbleiben, und die einer Begründung überhaupt gar nicht erst bedürfen, wiesen die einzelnen Redner auf die unersättlich hohen Lebensmittel- und Wohnungspreise hin und darauf, daß die Lebensbedürfnisse in der nächsten Zeit infolge der am 1. März in Wirksamkeit getretenen agrarisch-gewerblichen Handelsvertragspolitik der Regierung und der herrschenden Parteien noch eine weitere Verteuerung erfahren werden. Auch was die Bauarbeiter heute fordern, entspricht lange nicht dem, was zum bescheidensten menschenwürdigen Dasein unentbehrlich ist. Nach wie vor müssen sie sich plagen und schinden bei Mauer bis in den Abend, von Tag zu Tag, und wenn sie sich dann bescheiden, was sie am Ende des Jahres zugelegt bekommen haben, dann ist es im günstigsten Falle gleich Null, wenn nicht gar Schulden vorhanden sind. Von einem erträglichen Dasein sind die Mauer- und Bauhilfsarbeiter noch sehr weit entfernt. Es wurde in der Versammlung auch von mehreren Rednern betont, daß man ganz andere Forderungen aufstellen würde und gar nicht daran dachte, jetzt etwas von den geringen Sätzen nachzulassen, wenn man nicht mit der „christlichen“ Gegenorganisation rechnen müsse. Der Referent Muth gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Unternehmertum den Frieden mit der organisierten Arbeiterkraft nicht wolle, und daß es nicht nur in Cöln, sondern in ganz Deutschland über kurz oder lang in einem Kampfe um die Organisation komme. Da sei es am Ende besser, wenn dieser Kampf doch nicht zu umgehen sei, ihn gleich jetzt auszufechten. In den nächsten Tagen müsse eine Agitation entfaltet werden, wie Cöln sie noch nicht gesehen habe. Hunderte seien noch zu gewinnen. Auch der letzte Mauer- und Bauhilfsarbeiter müsse aufgeführt und

dem Verbande zugeführt werden. Je geschlossener die Organisation, um so größer und sicherer wird der Erfolg sein. Die Versammlung beschloß einstimmig die folgende Resolution: „Die am 13. März im Volksbildungslokal, von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung der Mauer-, Putzer und Bauhilfsarbeiter nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der Abnehmerkommission. Die Anwesenden beklagen das geringe Entgegenkommen der Unternehmern in Bezug auf die Forderungen der Arbeiter. Angehts der reichen Verteuerung aller wichtigen Lebensmittel und Bedarfsartikel erwartet die Versammlung von den Vertretern der Arbeiter in der Abnehmerkommission, daß sie mit aller Energie die von den Organisationen aufgestellten Forderungen, die bei der heutigen Lebenshaltung als äußerst minimal bezeichnet werden müssen, vertreten und ihnen zur Durchführung verhelfen. Die Versammlung erklärt ferner, daß die Affordarbeit im Putzergewerbe, weil äußerst schädlich, beseitigt werden muß, und die Versammlung erwartet trotz der bisher abweisenden Haltung der Unternehmern, daß diese die Gründe der Arbeiter anerkennen und sich zur Beseitigung der schädlichen Wirkungen bereit finden. Zum Schluß betont die Versammlung die Notwendigkeit, daß jeder Mauer-, Putzer oder Hilfsarbeiter, überhaupt jeder Bauarbeiter, der freigeigenschaftlichen Organisation angehören muß. Die Anwesenden verpflichten sich, in diesem Sinne auf den Arbeitsplätzen tätig zu sein.“

**Dortmund.** In der zahllose Menge tagte am 14. März die regelmäßige Mitgliedsversammlung, die jedoch nur schwach besucht war. Als Referent war Kollege Müller erschienen. Er sprach über die Entwicklung der Organisation. Zum Schluß seiner Rede machte Kollege Müller noch darauf aufmerksam, daß jeder Kollege sich an der Ausbreitung der Organisation beteiligen müsse. Im weiteren Verlaufe der Versammlung kamen verschiedene Vorschläge zu den. Bitten zur Erörterung. Nachdem alsdann noch einige Maßnahmen zwecks Verbreitung von Flugblättern getroffen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Dresden.** Am 28. März fand hier eine auf beschäufte Mauer-Veranstaltung im „Lianon“ statt. Zunächst ehrten die Anwesenden das Ableben der Kollegen Johann Friedrich und Hugo Wende in der höchsten Weise. Der als erster Punkt angesehene Vortrag: „Die Weltpolitik und die Arbeiterklasse“ konnte leider nicht gehört werden, da der Referent, Herr Abgeordneter Goldheim, nicht erschienen war. Kollege „Gewerkschaftlicher“ erläuterte der Vertrauensmann. Unter den Bürgern, die §§ 18, 26, 28 und 32 des Statuts. Im § 18 ist ausgesprochen, daß ausgetretene und ausgeschlossene Mitglieder im ersten Falle ein Eintrittsgeld von 1,50, im wiederholten Falle ein solches von 3 zu zahlen haben. Wer wegen Schulden gestrichen wurde, hat außerdem neun Wochen, im wiederholten Falle 18 Wochen, Fristen zu entrichten, auch kann eine besondere Buße bis zu einem Jahresbetrag verhängt werden. Viele Kollegen sind nun der Meinung, daß beitragsfreie Zeit (September, Januar, Februar) nicht als rückständig gilt, wenn vorher nicht voll bezahlt ist; dem ist aber nicht so. Die Kollegen gehen vielmehr ihrer Rechte als Verbandsmitglieder verlustig, wenn sie nicht mindestens um Stundung ihrer rückständigen Beiträge nachgesucht haben, wie § 26 c des Statuts vorsehe § 26 b nicht zutrifft. Im weiteren wurde auch auf § 26 c des Statuts hingewiesen. Nach diesem hat sich jedes Mitglied im Krankheitsfall innerhalb acht Tagen unter Vorlegung eines ärztlichen Attestes und des Mitgliedsbuches zu melden, wenn es Anspruch auf Krankentüchtigkeit erhebt, und nur in außerordentlichen Fällen darf die Meldung innerhalb dreier Wochen erfolgen. Einwendungen dagegen wurden nicht gemacht. Ferner wurde ein Antrag an den Verbandsvorstand auf Aufschub des Kollegen Robert Arno Kranke angenommen. Kranke ist bei dem letzten Streik in der Hammerischen Schabfabrik Streikbrecher geworden und hat sich trotz mehrmaliger Einladung nicht zur Versammlung eingefunden. Scharf gerügt wurde es, daß einige Kollegen im Afford arbeiten und selbst Dresdener Kollegen in Freiberg Lohnbrüder sind. Auch die neuerrichtete Streikbrecherorganisation wurde ins rechte Licht gerückt. Im weiteren wurde betont, daß die Meldung arbeitsloser Kollegen nur während der Arbeitszeit und mindestens wöchentlich einmal zu erfolgen hat. In der weiteren Umgang können die „Grundstein“-Mitglieder die Arbeitseinstellung bestätigen. Nachdem Kollege Paul noch aufgefordert hatte, die reichhaltige Bibliothek fleißig zu benutzen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Ermühle.** Eine Versammlung mit Hindernissen. Die Leitung des hiesigen Zweigvereins hatte beschlossen, auch einmal in dem benachbarten Großböhmen, wo mehrere christliche Verbandskollegen ihr Zomigil haben, eine Versammlung abzuhalten. Es war hierzu ein Lokal gemietet, aber dorthin wurde mit dem Wirt ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach er verpflichtet wurde, die gesamten Lokale zu tragen für den Fall, daß er in letzter Stunde sein Lokal verweigern sollte. Am Tage der Flugblattverbreitung zur Bekanntgabe der Versammlung, die am 18. März stattfinden sollte, kam unserm Kassierer zur Kenntnis, daß am selben Tage, also am 18. März, in dem gleichen Lokale eine Versammlung des katholischen Arbeitervereins stattfinden werde. Daraus ging schon hervor, daß der Wirt bereitwillig worden war, uns sein Lokal zu der Versammlung nicht zur Verfügung zu stellen. Um aber sicher zu gehen und die Versammlung unter allen Umständen zu verhindern, ließ der Wirt Demmer durch das christliche Arbeitersekretariat im Namen der freien Gewerkschaften, dem als Referenten bestellten Kollegen Engelhardt aus Nürnberg, telegraphisch die Mitteilung gehen, daß er nicht zu kommen werde. Aber Kollege Engelhardt ließ sich nicht beirren; er kam doch. Unsere Gegner mochten wohl gerührt haben, daß ihre Vorbereitungen zur Verhinderung der Versammlung noch nicht ausreichend seien, denn noch am Morgen des Versammlungstages ließ der Pfarrer ein Flugblatt verbreiten, das den Titel trug: „Die Sozialdemokratie als billiger Jakob“. Außerdem mußte auch noch der Gesangsverein in dem von uns gemieteten Lokal eine Versammlung abhalten; ferner ließ man in dem nahen Lentein eine Gemeindeversammlung abhalten, um die Besucher von unserer Versammlung abzuhalten, und zum Ueberflus hat man auch noch den Saal abgeschlossen. Die Agitation des Herrn Pfarrers bewährte sich denn auch ganz vortrefflich, aber in anderem Sinne, als sie gedacht worden war. Schon eine Stunde vor der festgesetzten Zeit war das Wirtschaftszimmer unseres Lokals überfüllt, um



den „Landsknecht“ zu hören. Nun wurde der Wirt interessiert, ob er die Verweigerung seines Lokals anerkennen sollte. Er erklärte dies. Als Kollege Engelhardt ihn dann auf den Vertrag aufmerksam machte, stellte er uns das Gastzimmer zur Verfügung. Wir wollten uns bereits auflösen, die Tische zu entfernen, um Platz zu bekommen, als „Hochwürden“ auf dem Plan erschien. Dieser aus dem Wohl noch einmal auf den Wirt eingewirkt haben, denn das Sprechen wurde dem Kollegen Engelhardt auch im Gastzimmer nicht vom Wirt erlaubt. Bei dieser Gelegenheit konnten wir auch von der Frau des Wirts erfahren, daß der Herr Wirtler es war, der das Telegramm nach Nürnberg sandte. Nun war die Sache für uns geklärt. Der Vorlesende forderte nunmehr die Anwesenden auf, in die hiesige Wirtschaft nach Erlaubnis zu gehen. Diesem Ruf wurde allseitig Folge geleistet und der Umzug begann; auch einige Frauen schlossen sich an. Der Meierhof konnte somit vor einer blickigen Verfallung sprechen. Das Vortrags-thema lautete: „Zweck und Nutzen des Zentralverbandes der Maurer, Steinbauhandwerker und ihre Gegner.“ In kurzen Zügen schilderte der Referent Entstehung und Entwicklung unseres Verbandes und verbreitete sich über seine Errungenschaften und Bestrebungen. Er führte aus, daß die Errungenschaften zwar sehr erfreuliche sind, doch sei es uns noch nicht gelungen, die erste Stufe des arbeitenden Wohlstandes zu betreten. Die bezugslose Wirtschaftliche Lage trifft den Arbeiter besonders schwer, zumal durch eine übertriebene Konkurrenz um das Leben ist zur Unmöglichkeit gemacht wird. Deshalb sei es notwendig, die Arbeiterkraft zusammenzuführen zu gemeinsamen Denken, Fühlen und Handeln. Als Gegner können in unseren Kämpfen zunächst die gleichfalls organisierten Unternehmer in Betracht. Weiter verwies auf die Ausbeuter und die Arbeiter. Ein anderer Gegner sei derjenige Teil der Arbeiterkraft, der noch in Gleichgültigkeit und Apathie dahinkommt, bezugslos auch die auf christlicher Grundlage organisierte sein wollen. Arbeiter resp. deren Führer, die bei beträchtlichen Lohnrückfällen schon des öfteren ein recht niederrückendes Verhalten gezeigt haben, wofür der Referent eine Anzahl Beispiele anführte. Als einen sehr intriganten Gegner bezeichnet er auch den hiesigen Wirt, wofür sein Verhalten zum heutigen Tage genügt. Beweis liefere. Als ehrlichen Gegner könne man denjenigen betrachten, der sich auf zufälliger Stelle aufstellen geriet, aber nicht jene, die recht weit vom Schuß entfernt ihre Einkünfte loslassen. Zum Schluß forderte der Referent zur regen Agitation für den Verband auf. Den Sonderorganisationen, besonders den christlichen, wisse er zu bewiesen werden, daß für sie bei uns kein Vorbehalt ist. Dieser Vorfall wurde dem Meierhof zu teil. Nachdem der Vorlesende auch den zahlreich anwesenden Kollegen vom Schloßhof für ihren Besuch den Dank abgab und einige belehrende Worte an die Versammelten hatte ergeben lassen, schloß er die imposante verlaufsene Versammlung. Dem Wirt wurde das Gericht gezeigt, wie man schließlich eingegangene Verträge zu halten hat; beim Herrn Wirtler mag er sich dann bedanken.

**Essen a. d. Ruhr.** Am 20. März tagte eine Sitzung der Baudeputierten für das Vertragsgebiet Essen-Stadt in der „Vorruia“. Sie war im Vergleich zu den früheren Sitzungen gut besucht. Doch muß auch jetzt noch konstatiert werden, daß die Zahl der anwesenden Deputierten in seinem gesunden Verhältnis zu der Zahl der im Vertragsgebiet beschäftigten Maurer und Bauhelfer steht. Hier muß unbedingt eine Wendung zum Besseren eintreten. Die Gleichgültigkeit, die die Essener Maurer dem Baudeputierten gegenüber entgegenbringen, muß abgeklippt werden, soll nicht die Organisation unter der Fäustel der Mitglieder leiden. Noch ist nicht aller Tage Abend, und die Maurer des Industriegebietes, vor allem die Essener Kollegen, haben Veranlassung genug, die Mittel, die zum weiteren Ausbau des Verbandes sowie zur Aufrechterhaltung des Arbeitsvertrages geboten werden, zu benutzen. Die zwei Jahre des Friedens, die jetzt vor uns liegen, müssen zur Stärkung der Organisation benutzt werden, damit wir den kommenden Kämpfen auch gewachsen sind. Dazu ist das Baudeputatensystem da. Deshalb die Laubzeit abgeklippt und dafür gejogt, daß in der nächsten Sitzung, die am 12. April in der „Vorruia“ stattfindet, alle Bauhelfer vertreten sind. Die Sitzung nahm zunächst die Berichte der Deputierten entgegen. Nicht sonderbare Sachen kamen da an Tageslicht, die verdienen der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Eine recht sonderbare Auffassung über den § 4 des Vertrages hat der Unternehmer von Essen-West. In diesem Paragraphen ist festgelegt, daß der Lohn für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr und für Junggefellern im ersten und zweiten Gefellenjahr innerhalb der ersten sechs Tage nach Beginn des Arbeitsverhältnisses der freien Vereinbarung unterliegt. Von verlangt jetzt von den schon fast längerer Zeit bei ihm beschäftigten Maurern den Gehalts und einen Nachweis, wo sie die letzten zwei Jahre gearbeitet haben. Abgegeben davon, daß von zu diesem Vorgehen nach dem klaren Wortlaut des Vertrages gar nicht mehr berechtigt ist, riefte sein Verlangen doch etwas stark nach Provokation. Die bei ihm beschäftigten Maurer haben das Ansehen denn auch mit Recht energisch abgewiesen. Bemerkenswert sei noch, daß auf dieser Baupresse die Baubude zu klein ist und auch die Unfallversicherungsbedingungen fehlen. Die Firma Oberberg-Küttenscheid weigert sich, den Maurern den vertragsmäßig festgesetzten Abzug zu zahlen. Statt 1/30, die die Kollegen erhalten müssen, werden nur 1/15 gezahlt. Woldrings und Fischer verdrängen den Kollegen die Agitation während der Pausen und drohen bei Zwangsverhandlungen mit Entlassung, obwohl das Einigungsamt in einem Fall seine Ansicht dahin zum Ausdruck brachte, daß die Arbeiter in den Pausen ruhig ihre Organisationsinteressen vertreten dürfen. Die Stadt Essen, die Maurer in eigener Regie an der Anlage beteiligt, zahlt gleichfalls den vertragsmäßigen Lohn nicht, und doch verurteilt die Oberbürgermeister Zweigert während der Aussprache mit Recht das vertragsbrüchige Verhalten der Essener Unternehmer. Und jetzt? — Ja, Bauer, das ist noch anders! Die Firma Kästchen & Berger, die bis auf vier Maurer, die dem Zentralverband angehören, nur „christliche“ Maurer beschäftigt, kümmert sich aus dem Grunde, weil die Maurer genau so handeln, den Verkauf um den Preis. Statt an den Samstag, den vorgeschrieben, um 6 Uhr, wird um 7 Uhr Feierabend gemacht. Auch scheint diese Firma eine Maurerzeitung eingerichtet zu haben. Die Zahl der Belegschaft soll manchmal größer sein als die Zahl der beschäftigten Gesellen, und

dabei soll nach Ostern ein weiterer Transport von Belegschaft vom Eisfeld herangeholt werden. Beim Unternehmer Weder, Oberdorfstraße, machen die dort beschäftigten Gesellen ohne zwingenden Grund Überstunden. Am 7. März, wenn Feierabend ist, machen sich diese „Kollegen“ noch etwas zu tun, und wenn dann die hiesigen Zentralverbändler fort sind, geht es lustig an die Arbeit. Der Unternehmer Kienbrink-Redeney hat unseren Baudeputierten entlassen, weil er in der Baubude einen Handzettel, der zu einer Maurerverammlung einladet, aufgehängt; außerdem hat er ihn mit einer Klage wegen Sachbeschädigung bedroht. Wer laßt da? Antworte! Ist nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes. Zur gegebenen Zeit werden wir ihm schon die notwendigen Klitoris beibringen. Auf einer ganzen Anzahl Baustellen der Unternehmer Sawig, Goffmann, Wenzhufen & Daniel, Kleinjohann, Woldrings & Fischer, Tappe & Ritter und Götte sind die Baubuden zu klein oder die Gerüste zu mangelhaft, die Baustellen schlecht abgedeckt, der Verbandstafel fehlt oder die Unfallversicherungsbedingungen sind nicht vorhanden. Aus dieser kleinen Blütenlese ist ersichtlich, wieviel Arbeit noch notwendig ist, um die Verhältnisse auf den Baustellen zu einigermaßen geordneten zu gestalten. Wären die Essener Kollegen, und vor allem die Mitglieder unseres Verbandes, sich nur ihr Urteil bilden und dann alle tatkräftig mitzugreifen, daß wir endlich auch von Essen berichten können: die Organisation ist auf und die Zustände auf den Baustellen sind mangelhaft. Nachdem dann der Vorsitzende die anwesenden Kollegen zur energischen Agitation für die am 8. April, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Post in Essen-West, Altenborststraße, stattfindende öffentliche Maurerverammlung aufgefordert hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

**Frankfurt a. M.** Am 11. März tagte im Vereinslokal „Zum Tunnel“ unsere Mitgliederversammlung. Kollege Finke erstattete Bericht über die mit den Unternehmern abgelaufene Sitzung und gab bekannt, daß diese vom 1. April 1906 ab die zehnjährige Arbeitszeit und 87 und 88 3 Stundenlohn anerkennen wollen. Für Überstunden in der Zeit von Abends 8 Uhr an wird ein Aufschlag von 10 3 pro Stunde und für Sonntagsarbeit ein solcher von 6 3 pro Stunde bezahlt. Hierauf entpinn sich eine lebhafteste Debatte, worauf dann der Vorsitzende angenommen wurde, in der ersten und zweiten Woche im April eine Statistik aufzunehmen, inwieweit der vereinbarte Lohn und die Arbeitszeit eingehalten wird. Dann erstattete der Vertrauensmann des Gewerkschaftsbereichs, Unter-Gewerkschaftsleiter, gab der Kollege Salin bekannt, daß eine Arbeitslosenstatistik aufgenommen wurde. Betragt wurden 64 Kollegen; 45 davon waren 2 bis 20 Wochen arbeitslos (insgesamt 330 Wochen) und 9 Maurer waren in der glücklichen Lage teils in Fabriken Beschäftigung zu finden. Mehrere Kollegen beurteilten scharf, daß die hiesigen Unternehmer, die zugleich Stadträte und Stadtverordnete seien, fast nur Auswärtswohnende beschäftigten, während die hiesigen Maurer mit hohen Steuern belastet würden. Nachdem noch ein Süßstickerer gewandt war, forderte der Vorsitzende die Maurer auf, am 1. April auf dem Posten zu sein und die erste Stunde zu verweigern, damit die zehnjährige Arbeitszeit auf jedem Bau zur Geltung komme.

**Frankfurt a. M.** In Langenfelde tagte Sonntag, 11. März, eine gut besuchte Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Die nächste Aufgabe der Organisation und welche Rechte erhalten die Kollegen durch die Vertragsgesetze?“ Kollege Güttmann, Galleiter aus Frankfurt, führte in seinem anerkennend-bildlichen Vortrag aus, daß wir in den letzten zehn Jahren, seitdem die Organisation in den Reihen der Kollegen Platz gegriffen hat, ganz erhebliche Fortschritte gemacht hätten. Allein in Frankfurt hätten wir eine Lohnsteigerung von 17 3 und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Redner betonte weiter, daß auch die Kollegen hier am Orte eine Lohnsteigerung von 3 bis 9 3 und ebenfalls Verkürzung der Arbeitszeit erhalten hätten, so daß wir in dem nächsten Jahre genau gleich ständen. Dies alles konnte nur dadurch erzielt werden, daß es in den Reihen der Kollegen klarer wurde, so daß sie sich der Organisation angeschlossen. Redner führte weiter aus, daß es aber noch sehr dunkle Gegenden gebe, wo die Maurer noch nicht zielbewußt sind und nicht den Mut haben, der Organisation beizutreten; denn nur durch die Arbeiterpresse können die Arbeiter Aufklärung erhalten. Daher müsse gegen jedes arbeitereindliche Blatt Front gemacht werden. Am Schluß des Vortrages angelangt, forderte Kollege Güttmann die Kollegen auf, festzuhalten an dem ertillten Aufschlag von 10 3; denn ohne Opfer könne kein Fortschritt gemacht werden. In der Diskussion sprach Kollege B. S. zu dem ertillten Aufschlagbeitrag. Am Schluß wurde über die Vertragsfrage abgestimmt. Es wurde beschlossen, den Aufschlagbeitrag von 10 3 beizubehalten.

**Frankfurt a. d. Oder.** Dienstag, den 20. März, hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab, die etwas besser als sonst, aber immerhin nur schwach besucht war. So waren beispielsweise von den 44 Kollegen aus Talschönholz keiner zur Stelle, was vom dem Vorsitzenden in scharfen Worten gerügt wurde. Um nun den in Berlin arbeitenden Kollegen die Möglichkeit zu gewähren, auch an den Versammlungen teilzunehmen, wurde beschlossen, an jedem ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 2 Uhr, eine Versammlung abzuhalten, und zwar findet die nächste Versammlung am 1. April, Nachmittags 2 Uhr, im „Vorwärts“ statt. Vom 2. April ab werden die Versammlungen und Kaffeestunden im neuen Gewerkschaftshaus, Oberstraße, zu den bekannten Tageszeiten abgehalten. Der Vorsitzende legte den Kollegen aus Herz, daß die in der Frankfurter Gewerkschaftsgründung neue Geist tatkräftig zu unterstützen und lebensfähig zu erhalten, wobei es in jedermanns Kräften steht. Nachdem noch für den 7. Bezirk der Kollege Winkler als Süßstickerer gewählt worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Commern.** Sonnabend, den 10. März, tagte hier eine öffentliche Steinbrucharbeiterversammlung. Als Referent wurde der Genosse Fliege aus Waddebyr anwesend. Nach dem Referat entwickelte sich eine lebhafteste Diskussion, in der die Lage der Steinbrucharbeiter besprochen wurde. In scharfen Worten kritisierten die Redner die schlechten Löhne, die den Steinbrucharbeitern gezahlt werden. Es wurde

allseitig gefordert, eine Lohnforderung an die Unternehmer zu stellen. In diesem Sinne wurde denn auch beschlossen. Über die Höhe der Forderung wurden die verschiedenen Vorschläge gemacht. Schließlich einigte man sich dahin, einen Stundenlohn von 32 3 zu fordern. Vorstand und Lokalkommission wurden beauftragt, diese Forderung sofort den Unternehmern zu unterbreiten. An den Kollegen ist es nun, in die Agitation für die Erhaltung unserer Organisation einzutreten. Niemand darf uns fernsehen. Wenn wir also handeln, so dürfen wir frohen Mutes in die Zukunft blicken.

**Gotha.** Am 27. März tagte hier eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, um die Lage über das am 22. März eingelaufene Antwortschreiben der Baugewerkschaft zu fassen. Die Unternehmer boten den Maurern und Zimmerern 2 3 Zulage, wollten dagegen die Organisation der Bauhilfsarbeiter nicht anerkennen und dieken nach ihrem Gutdünken zulegen. Außerdem verlangten die Unternehmer den Austritt der Arbeiter aus dem Verband. Den Zimmerern wollten sie Kontraktbuch vor, obgleich die Arbeiter die Kündigung am 17. statt 1. Oktober angenommen haben. Die Organisation der Hilfsarbeiter erkennen sie überhaupt nicht an, trotzdem daß 60 33. derselben organisiert sind. Die Versammlung war von etwa 350 Personen besucht. Die Arbeiterabstimmung ergab, daß 293 Kollegen das Angebot der Meister ablehnten, während 34 Kollegen dafür waren; die übrigen waren nicht stimmberechtigt. Es muß nun der Moment abgewartet werden, um den Meistern die gebührende Antwort zu geben.

**Grauburg.** Hier sind seit einigen Jahren fast alle Maurer im Zentralverband organisiert, wodurch einigermaßen erträgliche Verhältnisse geschaffen sind. Aber trotzdem konnten es sich die christlichen Stimmstärker nicht verheißeln, hier Zurückzutreten zu lassen. Besonders hatten es einige Pfaffen darauf abgesehen, „christliche“ Organisationen zu schaffen. Es wurden Versammlungen über Versammlungen abgehalten, worin der Herr Pfarrer selbsthaftig erschien und seine sozialpolitische Weisheit verzapfte. Im Schweige seines Angeichts ist es dem Herrn dann auch gelungen, einige räumliche Schafe zu finden, die gewillt waren, die Fahne der Arbeitergepöhlerei zu schwingen. Nach einer halbjährigen, schweren Arbeit ist dann, wie in Nr. 9 der „Baugewerkschaft“ zu lesen ist, eine Zahlstelle mit einem Duzend Mannen gegründet worden. Aber auch selbst diese sorgfältig gebildeten und dressierten Kollegen haben nicht lange standgehalten, sondern den Wolf im Schafspelz erkannt. Der Kollege Unrau, der zum Schriftführer bei den Brüdern auserkoren war (er war darum längere Zeit aus dem Zentralverbande ausgeschieden, weil er glaubte, daß seine Interessen besser im christlichen Verbande gewahrt wurden), hat sich mit folgendem Schreiben zwecks Wiederaufnahme in den Zentralverband, an den Vorsitzenden gewandt:

„Lieber Kollege!  
Ich erlaube mir, Dir einiges über meine Person mitzuteilen. Vor kurzer Zeit schrieb ich, daß ich aus dem Zentralverband ausgeschieden sei, ich meiste Dir aber die Schuld zu. Denn die Pflicht wäre es gewesen, mir jenseitig Kollegen die richtige Anschauung über Deinen Verband klarzulegen. Wir zu sagen, daß es sich für mich als Handwerker doch bloß darum handelte, meine wirtschaftliche Lage zu heben. Lieber Kollege! Ich habe jetzt die Erfahrung gemacht, daß der christliche Verband meine wirtschaftliche Lage nicht fördern kann. Du wußtest es ganz gut, daß ich mich bis dahin nur in christlichen Kreisen ausgebalgt hatte und niemals an die wirtschaftliche Lage gedacht hatte. Ja, Du wirst sicher gewußt haben, daß der christliche Verband nur die Interessen unserer Gegner fördert, das alles hättest Du einem jungen Kollegen beim Austritt aus einem nach Licht und Recht strebenden Verband auseinanderzusetzen müssen. Falls Du und die Mitglieder des Zweigvereins geneigt sind, mich wieder in ihre Reihen aufzunehmen, werde ich mit aller Energie für die Interessen Deiner Organisation eintreten.“

Nachdem der Kollege Lena der Versammlung diesen Brief vorgelesen hatte, beschloß diese, den Kollegen Unrau wieder in den Verband aufzunehmen. Auch wollen die Grauburger Kollegen dafür sorgen, daß der junge Kollege, der noch so viel Verband besessen hat, um seine Feinde zu erkennen, die nötige Aufklärung erhält, damit er sich nicht wieder auf einen solchen Weg locken läßt und dann wieder unter die Klauen des christlichen Konfusionswagens gerät. Auch für andere Kollegen wird es notwendig sein, daß sie genau prüfen, ob der sogenannte christliche Verband nur christliche Interessen oder Unternehmerinteressen vertritt. Material liefert dazu die Maurerbewegung im Osten in Hülle und Fülle.

Am 26. März tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung, die wegen der wichtigen Tagesordnung stark besucht war. Die Lokalkommission erstattete Bericht über die Verhandlung mit den Unternehmern. Unsere Forderung lautete auf 45 3 bei einjähriger Vertragsdauer. Die Unternehmer wollten den Vertrag auf drei Jahre abschließen und boten für 1906 gleich 40 3, für 1907 42 3 und für 1908 44 3. Nach reger Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige, gut besuchte öffentliche Maurerverammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen und spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Unternehmer nur 40 3 bewilligen wollen. Da dieser Lohn den heutigen Verhältnissen nicht entspricht, verpflichtet die heutige Versammlung die Lokalkommission, weitere Verhandlungen anzubahnen, und zwar auf der durch unsere Forderung geschaffenen Grundlage.“ Der Galleiter, Kollege Schwarz-Danzig, wies in längeren Ausführungen auf die Kollegen der umliegenden Städte hin, die um in der Lohnfrage weit überflügelt haben. Pflicht eines jeden Kollegen sei es, falls nur zum Kampfe getrieben werden, fest und treu zur Organisation zu halten, dann würde der Sieg auch unser sein. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Ouben.** Am 21. März tagte hier eine Mitgliederversammlung, deren Besuch bedeutend war. Es wurde Bericht erstattet über die Verhandlungen mit den Unternehmern betreffs der von uns gestellten Forderung. Nach langwierigen Verhandlungen und langem Sträuben der Unternehmer ist ein Vertrag zu Stande gekommen, wodurch



ein Lohnaufschlag von 4 1/2 pro Stunde, und die Veseitigung der Mordarbeit erreicht wurde. Der erhöhte Lohn ist bereits vom 10. März an gegolten worden.

**Salle a. d. S.** In der Mitgliederversammlung vom 20. März wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen A. B. aus Bielefeld in der üblichen Weise geehrt. Aufgenommen in den Verband wurde der Kollege G. H. nach dem er das Statut anerkannt und versprochen hatte, nie mehr Streikbrecherdienste zu leisten. Der Kollege G. H. wurde nicht aufgenommen; er soll in der Versammlung persönlich erscheinen. Zu einer heftigen Debatte gestaltete sich der Punkt: „Weshalb sind die Maurerarbeiten an der Genossenschaftsdruckerei, die in eigener Regie ausgeführt wurden, zu teuer?“ Hierzu waren die Genossen Groß, Jähns und Neumann eingeladen. Sie hatten ihr Erscheinen auch zugesagt. Alle Kollegen, die mit am Bau tätig waren, nahmen Bezug auf die Verfügungen der Geschäftsführer, daß durch die Bauzeit der Mauer der Bau um 10 000 teurer geworden ist. Die Verleuerung des Baues sei darauf zurückzuführen, daß der Leiter des Baues, der Architekt G. H., durch seine praktische Unkenntnis nur viele überflüssige Arbeiten veranlaßte. Jeder Maurer habe seine volle Pflicht und Schuligkeit getan. Besäße in dem Glauben, daß die Geschäftsführung diese Anerkennung getan hat, wurde die Versammlung durch das Nichterscheinen der Genossen, und wurde ihre Handlungsweise scharf beurteilt. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die am 20. März tagende Versammlung erklärt die von dem Vorstand der Genossenschaft ausgesprochene Verschuldung als einen Akt der größten Gemeinheit, und beschließt deshalb, dem Vorstand der Genossenschaftsdruckerei ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Ferner fordert die Versammlung, daß die Maurerarbeit an dem Neubau des Volksbades in Regie ausgeführt wird.“ Bei der Neuwahl der Bauarbeiterkommission wurde an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Baum der Kollege Dege gewählt. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde vor dem Maurer Franz Hennig gewarnt, da er falsche Angaben gemacht und seit 1902 kein Mitglied mehr ist. Am 1. April findet bei Frau Korth zur Feier des 80-jährigen Bestehens der Maurerherberge ein Vergnügen statt, und sind die Kollegen hierzu eingeladen. Auf die nächste Versammlung, die in „Bielefeld“ nach Feierabend stattfinden, und die sich mit der Mordarbeit befassen soll, wurde aufmerksam gemacht.

**Kaiserlautern.** Am 4. März fand in Hockspacher eine Mitgliederversammlung statt, um die Frage zu prüfen, ob die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Hockspacher einer Remedur unterworfen werden können. Ein eingehendes Referat hierüber gab Kollege Jörg aus Kaiserlautern. Der Referent schlug vor, für dies Jahr die zehnjährige Arbeitszeit von 42 1/2 Lohn zu fordern. Nach dessen Ausführungen wurde die Angelegenheit dem Bauvorstande zur Prüfung übermitteln und für den nächsten Sonntag abermals eine Versammlung anberaumt, um die Sache im Einvernehmen mit dem Bauvorstande ihrer Verwirklichung entgegenzuführen. Nachdem die Sache nochmals durchgesehen war, wurden Karle nicht Vergleichen an die Unternehmer abgelehnt und als Termin der Antwort der 14. März gesetzt. Ebenfalls wurde eine Lohnkommission von drei Kollegen gewählt. Leider erhielten wir bis zu dem festgesetzten Termin keine Antwort; erst als wir am Donnerstag die Arbeit niederlegten, erklärten zwei Meister durch Unterschrift, daß sie unsere Forderung anerkennen. Die anderen zwei Meister hatten es nicht so eilig, denn sie hatten noch keine Stellen in Arbeit. Wir legten dem auch nicht viel Wert bei und nahmen uns vor, dort dann in Aktion zu treten, wenn die Zeit uns günstig sei. Während aber wendete sich das Blatt. Die vier Meister, die sich vorher wie Hunde und Hasen bekämpften, schiffen nun durch ein Loch. Wir erhielten ein Ultimatum zugesellt, wonach sich die Meister bereit erklärten, 40 1/2 bis Oktober, und von da ab bis zum 16. März 88 1/2 zu bezahlen. Als Antworttermin legten sie den 17. März an. Sollte keine Antwort eintreffen, so würden sie ihren Bedarf an Maurern von auswärts decken. Wir berieten für Samstag Abend eine Versammlung ein, um kurz das Angebot der Meister zu besprechen und danach mit den Meistern zu unterhandeln. In letzter Minute jedoch lehnten sie es ab, noch Abends mit uns zu unterhandeln, und so wurde die Angelegenheit auf Sonntag, den 18. März, verschoben. Bei dieser Verhandlung war auch Kollege Jörg zugegen, was den Meistern anfänglich nicht paßte; als aber die Kollegen erklärten, daß sie ohne Jörg nicht unterhandeln würden, lassen sie sich veranlassen, sich zu fügen. Die Unterhandlung selbst währte eine Stunde und verlief resultatlos. Die Herren wollten gar nicht begreifen, daß eine Stunde im Winter ebenso lange sei als im Sommer. Eine überaus unerschämte Zumutung, im Winter bei kurzer Arbeitszeit noch weniger pro Stunde zu bezahlen als im Sommer. Da wir keine Einigung erzielen konnten, beschließen wir das Lokal. Nach Verlauf einer Viertelstunde erhielten wir dann die mündliche Einladung, wiederzukommen, und nun ging's dann auch besser. Das Resultat der Unterhandlung war, daß wir einen Vertrag für das Jahr 1906 mit zehnjähriger Arbeitszeit und 40 1/2 Stundenlohn abschließen. Da die Unternehmer nicht einwilligten, einen Zuschlag für Lieberstunden zu bezahlen, so wurde festgelegt, daß unter keinen Umständen solche gearbeitet werden. Der Vertrag ist am 1. Oktober 1906 kündbar, und soviel steht fest, daß er aus an diesem Tage gelündigt wird. „Mit einem!“, Ab, bis zum Winter gehen wir uns wieder!“ schrien wir von den Herren. „Was den Erfolg angeht, so können wir für das erste Mal zufrieden sein. Betrag doch unser Lohn vorher 4 380 bei elfstündiger Arbeitszeit, was einen Stundenlohn von 34 1/2 bedeutet. Wir haben also eine Lohn-erhöhung von 6 1/2 zu verzeichnen. Wir geben uns der höheren Erwartung hin, daß für nächstes Jahr abermals eine Aufbesserung vorgenommen wird.“

**Rangensalga.** In einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung am 13. März, wurde nach einem Referat des Kollegen G. H. beschlossen, die zehnjährige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 40 1/2 für Maurer und 40 1/2 für Bauarbeiter zu fordern. Die Zimmerer stellten keine Forderungen. Die Lohnforderung soll mit dem 1. Mai dieses Jahres in Kraft treten. Nach einer Erwähnung des Vorstehens, die Versammlungen zuger zu selbsten, erfolgte Schluss.

**Landshut.** Sonntag, den 25. März, tagte hier eine öffentliche Maurerverversammlung mit der Tagesordnung: „Die gegenwärtige Lage der Maurer-Landshuts und wie können wir dieselbe verbessern?“ Als Referent war Kollege P. H. erschienen; der Saal war dicht gefüllt von Maurern, die mit Hufe das über eine Stunde andauernde Referat anhörten. Nebenher kam hauptsächlich auf die Lebensunterhaltung zu sprechen. Es wurde auch konstatiert, daß den hiesigen Bauarbeitern eine warme Speise fast gänzlich fremd ist, es sei denn, sie schenken ihre Kinder um die übliche Klosterkuche. Man sieht auch den Kollegen ihren Beruf schon am Gesicht an. Es ist daher kein Wunder, daß endlich auch die hiesigen Maurer be- griffen haben, wie notwendig eine tüchtige Organisation hier am Platze ist. In Bezug auf die Lohnbewegung wurde beschlossen, vorerst Baudelegierte zu wählen, um die uns noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke wurden 12 Kollegen gewählt. Kollege W. H. forderte die Kollegen, die unserer Organisation noch nicht angehören, zum Beitritt auf, worauf 12 Kollegen ihren Beitritt erklärten. Kollege P. H. ernannte zum Schluss die organi- sierten Kollegen zur Agitation und schloß mit einem drei- fachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutsch- lands die gut besetzte Versammlung.

**Selbstig.** Die hiesigen Maurer beschäftigten sich am 20. März in einer Versammlung im „Volkshaus“ mit den diesjährigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hierzu hatte Kollege Jacob das Referat übernommen. Er führte einleitend aus: Das Einkommen der Kollegen ist bei verschiedenen Gewerkschaften unterworfen. Die Ursache liegt darin, daß wir im Baugewerbe, weil Saisongewerbe, mit Unterbrechungen zu rechnen haben. Ueber die Bauzeit ist in vorigen Jahren folgende Zahlen. Im Jahre 1906 wurden 3451 Wohnungen hergestellt, 706 abgebrochen; verbleiben demnach 2745 Wohnungen; vermittel wurden 3097 Wohnungen. Das ist ein Mehr von 851 Wohnungen. Im Jahre 1904 wurden 4911 Wohnungen hergestellt; davon wurden verbraucht 4218. Das ergibt einen Ueberschuß von 693 Wohnungen. Im ganzen wurden im Jahre 1905 4718 fertiggestellte Wohnungen gezählt; davon sind in alten Gebäuden 3582 und in Neubauten 980 vorhanden. Die meisten fertiggestellten Wohnungen, 6,82 pZt., sind im Westen der Stadt, in Schürig's gar 11 pZt., in Sellenhausen dagegen nur 0,74 pZt. Allgemeines Interesse dürfte folgende Statistik über fertiggestellte Wohnungen haben. Es fanden Wohnungen leer:

Im Jahre 1890 .....	5896	= 6,75 pZt.
„ 1891 .....	5168	= 6,23
„ 1892 .....	5654	= 6,32
„ 1893 .....	4688	= 5,40
„ 1894 .....	8992	= 4,62
„ 1895 .....	2921	= 3,29
„ 1896 .....	1874	= 1,51
„ 1897 .....	762	= 0,82
„ 1898 .....	990	= 1,03
„ 1899 .....	1152	= 1,17
„ 1900 .....	1710	= 1,68
„ 1901 .....	2042	= 1,97
„ 1902 .....	3078	= 2,88
„ 1903 .....	4457	= 3,99
„ 1904 .....	4864	= 4,20
„ 1905 .....	4718	= 3,96

Nach dieser Statistik sind 1905 165 fertiggestellte Wohnungen weniger vorhanden als im Jahre 1904. Gleichzeitig sei auch der Steigerung der Mietpreise Erwähnung getan. 1904 betrug der Durchschnittspreis M. 515, im Jahre 1905 aber M. 534. Obwohl die Löhne innerhalb der letzten Jahre um 10 pZt. gestiegen sind, so habe diese Steigerung, wie triviallich an- genommen wird, rein gar nichts mit der Steigerung der Miet- preise zu tun, sondern sie sei auf ganz andere Ursachen zurück- zuführen. Durch den Mangel der Bauqualität werde die wirtschaftliche Lage der Maurerschaft recht ungünstig beein- flußt. Durch die in den letzten Jahren erfolgte Lohnsteigerung sei keineswegs eine Besserung der Lebenslage eingetreten. Die fortgesetzte Steigerung der Preise für die notwendigen Lebensmittel habe die Lohnsteigerung vollständig aufgeho- ben. Eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise habe man durch die am 1. März in Kraft getretenen Handelsverträge zu erwarten. Am 30. Juni läuft der Vertrag mit den Unternehmern ab; wir haben deshalb heute dazu Stellung zu nehmen. Die hiesigen Unternehmer gehören bis auf einige wenige der Organisation an. Diese nichtorganisierten Unter- nehmer sind meistens solche, wo die Kollegen öfter auf ihren Lohn warten müssen. Auch haben sich bei solchen Unternehmern zur Erringung des verdienten Lohnes Bauhütten notwendig gemacht.

Nebenher weist auf die Gleichgültigkeit und Lässigkeit der Kollegen als bedauerliche Erscheinung, bei dem Mangel der Konjunktur hin. Ein solches Verhalten seitens der Arbeiter habe immer eine Schwächung der Organisation zur Folge, das müsse aber gerade jetzt vermieden werden. Unter allen Umständen sei jetzt der Zusammenhalt der Kollegen notwendig. Jeder Kollege müsse nicht mit Widerwillen, sondern freiwillig, mit Lust und Liebe seine Beiträge zahlen. Diese doch eine starke Organisation dazu, um die Unternehmer in Schach zu halten, von denen nicht zu erwarten sei, daß sie die Löhne der Arbeiter freiwillig aufbessern werden. Wenn auch die Konjunktur einmal nicht so glänzend ausfällt, so dürfte man sich unter keinen Um- ständen von den bisherigen Erregungen etwas nehmen lassen. Die diesjährige Lohnbewegung, die nicht nur ein genügend Geld vorhanden, sondern, daß auch die genügende Zahl von Kämpfern vorhanden ist. Dazu bedürfte es noch weiterer Aufführung der Kollegen, was durch eifriges Lesen der Partei- und Fachliteratur erreicht wird. Wir müssen heute Stellung nehmen, um fertig zu sein, wenn, wie bei der letzten Lohn- bewegung, die Unternehmer mit uns verhandeln wollen. Nebenher empfiehlt zu diesem Zweck eine dreigliedrige Kommission zu wählen. Ueber die Forderung selber soll in der heutigen Versammlung nicht geredet werden. Von verschiedenen Kollegen ist die Errichtung eines Arbeitsnachweises gewünscht worden. Diesen Wunsch könne von der Kommission insoweit Rechnung getragen werden, daß sie die Unternehmer zur Stellungnahme zum Arbeitsnachweise drängt. Nebenher stellt mit dem Appell an die Anwesenden, umsogetreuer für die Stärkung der Organisation tätig zu sein. In die neue Lohnkommission wurden die Kollegen Busch, G. H., K. H. und der Vertrauensmann, Kollege Berthold, gewählt. Hierauf wurde Kollege Berthold wieder als Vertrauens- mann in Vorschlag gebracht. Unter „Innere Berufsangelegen- heiten“ besprach der Vertrauensmann die bestehenden Bau- hütten, die sich dort notwendig machen, wo die Kollegen ihren Lohn nicht erhalten haben. Bei dem Baumeister K. H. in G. H., der einen Bau in Markberg ausführt, legen sämtliche Kollegen die Arbeit nieder, weil der Unternehmer den ordentlichen Stundenlohn nicht zahlen wollte. Die Sperre ist jetzt aufgehoben, weil K. H. den Tarif anerkannt hat. Ferner wurde angeregt, daß die Kollegen die Lokalfisten besser beachten. Zum Beispiel sollen am 17. März beim Vergnügen der Maurer- und Zimmerpoliere im Zoologischen Garten organisierte Arbeiter anwesend gewesen sein, obwohl diese Männer der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Versammlung brauchte das Agitationskomitee, die Aufnahme einer Statistik über die Ver- breitung der „Volkszeitung“ in den Kollegenkreisen vorzunehmen. Kollege K. H. erhob noch gegen den Artikel „Partei und Gewerkschaft“ in Nr. 11 des „Grundstein“ verschiedene Ein- wendungen. Kollege Jacob verteidigte die Haltung des „Grund- stein“. Da ein Beschluß in dieser Angelegenheit nicht gefaßt wurde, erregte die Versammlung ihr Ende.

Nach einer regen Bauteinigung fand hier Sonntag, den 11. März, ein überaus stark besuchte Maurerverversammlung statt. Unser neuer Vertrauensmann, Kollege Schön aus Speyer, referierte über: „Die Lage der Maurer in Meß und wie verbessern wir sie?“ Nebenher schil- derte in trefflichen Worten die traurigen Zustände, die hier im Baugewerbe noch herrschen. Meß sei heute die einzige Großstadt unseres Landes, wo noch elf Stunden und dar- über gearbeitet wird; ebenso entspreche der Lohn nicht im entferntesten den hiesigen Verhältnissen, wie auch in Bezug auf Bauarbeiterlöhne und Behandlung der Kollegen viel zu wünschen übrig wäre. Hier könne nur eine starke Organisation Abhilfe schaffen. Nebenher forderte die an- wesenden Kollegen, soweit sie noch nicht Mitglieder sind, auf, dem Verbandsbeitritt. Alle Verbandskollegen er- mühten sich aufzutreiben, um mitzuwirken; jeder sollte gewisser- maßen zum Agitator werden, dann wären die Maurer auch hier in der Lage, andere Zustände herbeizuführen. Nach- dem sich noch einige italienische Kollegen zum Worte ge- meldet und sie im Sinne des Referenten gesprochen hatten, wurde beschlossen, die in einer früheren Versammlung auf- gestellten Forderungen jetzt an die Unternehmer einzu- reichen. 32 Kollegen ließen sich während der Versammlung aufnehmen.

Nachmittags 8 Uhr fand im nahen Rombach eine öffentliche Maurer- und Hilfsarbeiterversammlung statt. Kopf an Kopf gedrängt standen die Leute im großen Reitschänke Saale, nahezu 600 Mann, und viele mußten vor der Tür und auf der Straße mit einem Plätschen vorlieb nehmen. Ursache dieser Massenversammlung war: Sonntag, den 8. März, legten die Hockspacher Arbeiter des Rombach- Stahlwerkes die Arbeit nieder, nachdem sie auf ihre Forderungen von der Hüttenleitung einen abschlägigen Bescheid erhalten hatten. Dieser Streit wäre nun für uns weniger von Bedeutung gewesen, hätte nicht ein Herr Ingenieur Schneider unseren auf dem Werke als Maurer arbeitenden Kollegen bescholen, an Stelle der Ausführenden angestrichen und die Baumgrube zu markieren. Man stellte ihnen frei, entweder Streikarbeit zu verrichten oder sofort das Werk zu verlassen. Zur Ehre unserer meist italienischen Kollegen aber sei gesagt, daß sie es vorgezogen, lieber das Werk zu verlassen, auf dem sie zum größten Teile schon fünf und sechs Jahre gearbeitet, als die traurige Rolle eines Streik- brechers zu übernehmen. Nach drei Tagen, am 6. März, wurde der Streik beigelegt; auch unsere Kollegen konnten wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, aber nur, um im Laufe der Woche ihre Kündigung zu erhalten, sobald Erfolg für sie da war. Unter diesen Zeichen nun stand unsere Versammlung. Als erster Redner hielt Kollege Schön, trotz der guten polizeilichen Ueberwachung und trotzdem die Hütte ihre Stenographen entlastet hatte, gründ- liche Abrechnung mit den Beschäftigten und Güttemagazinen, die während der Arbeit von hohen Dividenden der Arbeiter in den traurigen Verhältnissen dahingegen- gieren ließen und die sich dann nicht scheuten, als diese Ar- beiter von ihrem guten Rechte der Arbeitseinstellung Ge- brauch machten, sofort größere Abteilungen Militär und Gendarmen nach Rombach kommen zu lassen, um die hun- grigen Massen eventuell mit blauen Bönen abzuspeisen. Auf ein solches Vorgehen gebe es nur eine Antwort, der Masseneintritt der Arbeiter in die Organisation. Als zweiter referierte Kollege Rottmann auf Französisch. Hierbei sei ein kleiner Zwischenfall bemerkt, der über- wachende Gendarm hielt es nach dem Gesche für unstat- haft, daß hier Französisch gesprochen werde. Er mußte erst von unserem Versammlungsleiter, Kollegen G. H., eines anderen belehrt werden. Zum Schluß sprachen noch zwei italienische Kollegen. Die größte Aufmerksamkeit nur sie und da unterbrochen durch hümisches, langanhaltende Weisheitsbezeugungen, befandete den vier Rednern, daß sie den Anwesenden so recht aus dem Herzen gesprochen hätten. Das zeigte auch das Resultat; konnten wir doch nach der Versammlung 56 Aufnahmen für uns und die Bauhülfs- arbeiter machen. Kollegen, der 11. März, hat uns gezeigt, daß bei reger Agitation etwas erreicht werden kann. Daß die Leute gewillt sind, sich zu organisieren, davon zeugen die 88 Aufnahmen; darum hand es Werl! Jeder muß mit- arbeiten; fort mit der Sonderbündel! Keiner bündel sich mehr als der andere, aber auch keiner weniger. Jeder halte fest an der Organisation; sie wird uns zum Siege führen.

**Mittelschleife.** Am 25. März tagte hier eine außer- ordentliche Maurerverversammlung mit der Tagesordnung: „Festlegung der neuen Lohnforderung“. Kollege E. H. mann aus Charlottenburg referierte hierüber und empfahl, auch auf die Verärgerung der Arbeitszeit hinzuwirken. Die Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen des Re- ferenten einverstanden und beschlossen, die Arbeitszeit von acht auf neun Stunden, zuzugewinnen, sowie einen Stunden- lohn von 60 1/2 zu fordern. Zu Punkt „Agitation“ ergriffte Kollege Hermann Büttner, eine strengere Kontrolle auf den Bauten zu führen, da auf den meisten Bauten noch große Mißstände herrschen. Auch müsse auf jedem Bau ein Delegierter gewählt werden, der für Ordnung und Be- seitigung der bisherigen Mißstände zu sorgen hat. Unter „Verschiedenes“ sprach der Vorsitzende G. H. Büttner über die Veranstaltung zur Kaiserfeier.

Nachmittags 8 Uhr fand im nahen Rombach eine öffentliche Maurer- und Hilfsarbeiterversammlung statt. Kopf an Kopf gedrängt standen die Leute im großen Reitschänke Saale, nahezu 600 Mann, und viele mußten vor der Tür und auf der Straße mit einem Plätschen vorlieb nehmen. Ursache dieser Massenversammlung war: Sonntag, den 8. März, legten die Hockspacher Arbeiter des Rombach- Stahlwerkes die Arbeit nieder, nachdem sie auf ihre Forderungen von der Hüttenleitung einen abschlägigen Bescheid erhalten hatten. Dieser Streit wäre nun für uns weniger von Bedeutung gewesen, hätte nicht ein Herr Ingenieur Schneider unseren auf dem Werke als Maurer arbeitenden Kollegen bescholen, an Stelle der Ausführenden angestrichen und die Baumgrube zu markieren. Man stellte ihnen frei, entweder Streikarbeit zu verrichten oder sofort das Werk zu verlassen. Zur Ehre unserer meist italienischen Kollegen aber sei gesagt, daß sie es vorgezogen, lieber das Werk zu verlassen, auf dem sie zum größten Teile schon fünf und sechs Jahre gearbeitet, als die traurige Rolle eines Streik- brechers zu übernehmen. Nach drei Tagen, am 6. März, wurde der Streik beigelegt; auch unsere Kollegen konnten wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, aber nur, um im Laufe der Woche ihre Kündigung zu erhalten, sobald Erfolg für sie da war. Unter diesen Zeichen nun stand unsere Versammlung. Als erster Redner hielt Kollege Schön, trotz der guten polizeilichen Ueberwachung und trotzdem die Hütte ihre Stenographen entlastet hatte, gründ- liche Abrechnung mit den Beschäftigten und Güttemagazinen, die während der Arbeit von hohen Dividenden der Arbeiter in den traurigen Verhältnissen dahingegen- gieren ließen und die sich dann nicht scheuten, als diese Ar- beiter von ihrem guten Rechte der Arbeitseinstellung Ge- brauch machten, sofort größere Abteilungen Militär und Gendarmen nach Rombach kommen zu lassen, um die hun- grigen Massen eventuell mit blauen Bönen abzuspeisen. Auf ein solches Vorgehen gebe es nur eine Antwort, der Masseneintritt der Arbeiter in die Organisation. Als zweiter referierte Kollege Rottmann auf Französisch. Hierbei sei ein kleiner Zwischenfall bemerkt, der über- wachende Gendarm hielt es nach dem Gesche für unstat- haft, daß hier Französisch gesprochen werde. Er mußte erst von unserem Versammlungsleiter, Kollegen G. H., eines anderen belehrt werden. Zum Schluß sprachen noch zwei italienische Kollegen. Die größte Aufmerksamkeit nur sie und da unterbrochen durch hümisches, langanhaltende Weisheitsbezeugungen, befandete den vier Rednern, daß sie den Anwesenden so recht aus dem Herzen gesprochen hätten. Das zeigte auch das Resultat; konnten wir doch nach der Versammlung 56 Aufnahmen für uns und die Bauhülfs- arbeiter machen. Kollegen, der 11. März, hat uns gezeigt, daß bei reger Agitation etwas erreicht werden kann. Daß die Leute gewillt sind, sich zu organisieren, davon zeugen die 88 Aufnahmen; darum hand es Werl! Jeder muß mit- arbeiten; fort mit der Sonderbündel! Keiner bündel sich mehr als der andere, aber auch keiner weniger. Jeder halte fest an der Organisation; sie wird uns zum Siege führen.



**München.** Mittwoch, den 7. März, hielt die Sektion der *Maßstabpoker* und *Spanner* in München, *„Betriebsstellen“* ihre Mitgliederversammlung ab. Zunächst erhaltene Kollege Schärer in eingehender Weise Bericht über die Tarifauslegung vor dem Einigungsamt in München. Er führte aus, daß bei dem Abschluß unseres Tariffs am 18. und 19. August v. J. am Gewerbeamt München, trotz energischen Protestes der Verwaltung der Maurer, in den Tarif die Bestimmungen aufgenommen wurde: „Nach freier Vereinbarung“. Die Unternehmer legten die Fassung des Tariffs so aus, daß die Spezialbranche teilweise nur einen Pfennig mehr Lohn als die anderen Maurer erhielten. Dieses führte zu verschiedenen Differenzen, so daß sich die Verwaltung veranlaßt sah, zur Auslegung dieser Bestimmung die Schlichtungskommission anzurufen. Es wurde dort eine Einigung nicht erzielt. Die Verwaltung war daher gezwungen, das Einigungsamt, Gewerbeamt München, anzufragen. In dieser Unterhandlung hielten die Unternehmer an der Fassung des Tariffs fest. Nach zweifelhafter Unterhandlung und dreistündiger Beratung erhielt die freitellige Bestimmung die Fassung, daß namentlich Fassaden-, Maß- und Feuerungsarbeiten nach freier Vereinbarung ausgeführt und besser bezahlt werden als bisher. Die Bestimmung ist nun so aufzufassen, daß sich die freie Vereinbarung auf Mauer oder Tagelohn bezieht, die betreffenden Branchen aber an der Lohnsteigerung, wie im Tarif festgelegt, teilzunehmen haben. Galt also eine Branche im Jahre 1904 55  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn wie die Maßstabpoker, so fand vom 1. April 1906 an 60  $\frac{1}{2}$  zu beziehen. Ferner betonte noch, daß die übrigen Maurer bei Abschluß des Tariffs im Jahre 1905 2  $\frac{1}{2}$ , 1906 3  $\frac{1}{2}$ , 1907 2  $\frac{1}{2}$ , also eine Stundenlohnsteigerung von 5  $\frac{1}{2}$  bis Frühjahr 1908 erzielten. Diefelbe Lohnsteigerung gilt auch für die betreffenden Branchen. Ferner richtete noch den Appell an die Kollegen, den im Tarif festgelegten Stundenlohn festzuhalten. Weicht ein Unternehmer von diesem Tarif ab, so ist dieses sofort dem Geschäftsführer zu melden. Kollege Baustenhuber stellte hierauf den Antrag, daß wir bei den vier Meistern den Tarif aufrechterhalten und unsere Unterschrift nicht zurücknehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**Niederhonne.** Sonntag, den 18. März, fand in Eschwege eine öffentliche Maurerverammlung statt, die gut besucht war. Der Gaudobesitzer, Kollege Hahn, war als Referent erschienen. Zunächst berichtete er über den in seinem Referat auf die schlechten Löhne, die in Eschwege und Umgebung gezahlt werden. Ferner erinnerte er daran, daß in den umliegenden Städten wie Alzenau, Göttingen u. a. der Lohn in den letzten Jahren durch unsere Organisation sehr gestiegen ist. Sein Antrag auf Lohnsteigerung fand eine einstimmige Annahme. Gleichzeitig wurde eine Kommission gewählt und beauftragt, den Unternehmern einen Lohnsatz von 34  $\frac{1}{2}$  auf 40  $\frac{1}{2}$  aufzusetzen.

**Oberhul.** Am 25. März sollte hier eine Versammlung zwecks Gründung eines Zweigvereins stattfinden. Auf Verreiben der hiesigen Behörde war jedoch ein Lokal zu einer solchen Versammlung nicht zu haben, so daß sich die Kollegen mit einer Versprechung begnügen mußten. Vom Gaudobesitzer war der Kollege Steinbrück aus Gassel angewand, der auf die Notwendigkeit der Organisation hinwies. Einstimmig wurde beschlossen, trotz aller behördlichen Schwierigkeiten sofort einen Zweigverein zu gründen, dem dann auch sofort 30 Kollegen beitreten. Wir werden dafür sorgen, daß die jetzt noch fernstehenden Kollegen recht bald der Organisation zugeführt werden.

**Münch.** Sonntag, den 25. März, tagte hier eine vom Bauhilfsarbeiterverband einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in der Redakteur Bruno Kuhn von der *„Münchener Volkszeitung“* über: „Die verkehrte Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital“ referierte. Anwesend waren 135 Kollegen und Genossen. Nachdem Redner die Notwendigkeit der Organisation nachgewiesen hatte, legte er an der Hand von Tatsachen klar, daß die ungeheuren Erfolge, die die deutsche Industrie erlangen hat, nur durch die Arbeiter möglich war. Die Frauen-, Kinder- und Gefährdungsbeurteilung wurde vom Referenten gebührend gebührend. Der reiche Beifall, der dem Referenten gezollt wurde, zeigte, daß seine Ausführungen allseitig verstanden waren. In der Diskussion forderten einige Redner kräftig zum Eintritt in den Verband und zur Unterstützung der Arbeiterbewegung auf. Die Versammlung schloß in begeistelter Stimmung. Sie war von fast allen in Betracht kommenden Gewerkschaften stark besucht, mit Ausnahme der Zimmerer, von denen nur ein Mitglied anwesend war.

**Sollingen.** (Bühnle Haan.) Vor kurzer Zeit hatten wir hier in Haan wieder eine Sitzung mit den Unternehmern, um über die neuen Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Die Unternehmer hätten gern gesehen, wenn wir den alten Tarif verlängert hätten, aber die Kollegen von Haan waren damit nicht einverstanden. Die von den Kollegen gewählte Lohnkommission hatte anfänglich einen schweren Stand. Die ersten beiden Sitzungen waren vergebens; erst in der dritten gelang es, einen halbwegs befriedigenden Abschluß zu erzielen. Es wurde vereinbart: Der alte Tarif bleibt bis zum 1. September 1906 bestehen. Von da an steigt der Lohn bis zum 1. September 1907 auf 52  $\frac{1}{2}$ , dann bis zum 1. September 1908 auf 53  $\frac{1}{2}$  und von da an bis zum 1. September 1909 auf 55  $\frac{1}{2}$ . Für Überstunden sowie für Nacht-, Wasser- und schmutzige Arbeiten 50 pzt. Zuschlag. Diese Vereinbarung fand die Zustimmung der Kollegen.

**Ulm.** Am 11. und 13. März fanden hier öffentliche Versammlungen statt. In der ersten, die in der Vorhalle des Söllingen tagte, referierte Kollege Bernhard über den Nutzen der Organisation und in der letzteren der Kollege Konfession über die nächsten Aufgaben unserer Organisation. In dieser Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 13. März, im Gaudobesitzer *„Zum Söbentwiel“* tagende öffentliche Maurerverammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Kollegen verpflichten sich, von nun an überall agitatorisch für die Organisation zu wirken. Weiter verpflichten sich die Kollegen, das Baulegitimationssystem auf allen Bauten

korrekt durchzuführen und den Pflichten des Baulegitimierten nachzukommen, so daß auf jedem Bau jeder indifferente Maurer der Organisation zugeführt wird.“

**Weimar.** Am 22. März tagte hier eine öffentliche Maurer- und Bauarbeiterversammlung, die sich mit der Antwort der Unternehmer auf unsere eingereichten Forderungen beschäftigte. Kollege Schmidt, als Mitglied der Lohnkommission, erstattete den Bericht. Unter Bezugnahme auf die aufgenommenen Statistik schilderte er die Art der bisherigen Entlohnung. Es werden Maschinenlöhne gezahlt von 28 bis 45  $\frac{1}{2}$ . Der Durchschnittslohn betrug im Jahre 1904 37  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  und 1905 37  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ . Man müsse nun versuchen, um der allgemeinen Leistung entgegenzutreten zu können, den Lohn zu erhöhen. Deshalb hätten wir auch den Unternehmern Forderungen auf 42  $\frac{1}{2}$  Lohn für Maurer und 35  $\frac{1}{2}$  für Bauarbeiter unterbreitet. Die Unternehmer hätten nun auch eine Lohnsteigerung von 3  $\frac{1}{2}$  bewilligt. Die vom Gesellschaftsausschuss einberufene Versammlung habe jedoch das Angebot abgelehnt aus dem einfachen Grunde, weil 42  $\frac{1}{2}$  bei den heutigen Verhältnissen das Geringste darstelle, was wir fordern müßten. Nachdem die Unternehmer die Ablehnung erfahren haben, hätten sie versucht, dadurch eine recht fleißige Maße zu nehmen, daß man ihn (Schmidt) aus der Arbeit zu bringen versuchte. Darauf habe die Leitung der Innung an sämtliche Unternehmer ein Schreiben geschickt, wonach sie sich alle verpflichten sollten, nicht mehr Lohn als 39  $\frac{1}{2}$  für Maurer, 36  $\frac{1}{2}$  für Zimmerer und 30  $\frac{1}{2}$  für Bauarbeiter zu zahlen. Diese Abmachung sollte dadurch besonders bekräftigt werden, daß jeder Unternehmer eine Konventionalstrafe zu zahlen habe, wenn er davon abweiche. In demselben Schreiben werden dann noch die Weimarer Kollegen als mündelbareitsfähig geschildert, die einen höheren Lohn nicht verdienen. Das ganze Maßwerk erregte den lebhaften Unwillen der Versammlung, der sich in entrüsteten Protestrufen äußerte. Kollege Schmidt war der Meinung, daß es einwilligen noch nicht angebracht sei, in den Kampf einzutreten; davorläufig könne es noch besonders darauf an, die Organisation zu stärken, damit man dann zur gegebenen Zeit auch alle Chancen des Sieges für sich habe. In der Debatte äußerten sich andere Kollegen in dem Sinne, daß man hierauf mit der Arbeitsniederlegung zu antworten habe; dem wurde aber von Schmidt und anderen Kollegen widersprochen. Der Kassierer des Zweigvereins, der Mitglied des Gesellschaftsausschusses ist, gab dann bekannt, daß ihm ein Schreiben der Innung zugegangen sei, wonach diese ihr Angebot der Lohnsteigerung von 3  $\frac{1}{2}$  wieder zurückzieht. Die Versammlung einigte sich dann auf eine Resolution, die alle Kollegen verpflichtet, für die Stärkung der Organisation zu wirken. Diefelbe Angelegenheit, nämlich die fernere Taktik in der Lohnbewegung beschloß am 27. März die Mitgliederversammlung des Zweigvereins, die aber sehr schwach besucht war. Als Vertreter des Gaudobesitzers war der Kollege Gaudobesitzer erschienen, der gleichfalls ermahnte, nicht vorzeitig zu sein, sondern zunächst die Organisation auf die zum Kampfe nötige Höhe zu bringen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde die strikte Durchführung des Baulegitimationssystems bekräftigt und dann der Zweigvereinsvorstand beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Zählstelle der Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ zu gründen.

**Wobeg.** i. Meckl. In einer Versammlung, die hier am 4. März tagte, beschloß der hiesige Zweigverein eine Forderung von 38  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn und zehnstündiger Arbeitszeit den Unternehmern zu überreichen. Der jetzige Lohn betrug bei elfstündiger Arbeitszeit 32  $\frac{1}{2}$ . Die Forderung wurde den Meistern am 19. März zugestellt mit der Bemerkung, und bis zum 24. März Antwort zukommen zu lassen. Der Gesellschaftsausschuss wurde beauftragt, mit den Meistern zu unterhandeln. In der Versammlung am 26. März gab der Gesellschaftsausschuss die Mitteilung, daß die Meister gewillt wären, bei elfstündiger Arbeitszeit einen Lohn von 35  $\frac{1}{2}$  zu geben. Dieser Antrag wurde, weil alle Kollegen zustimmen hielten, einstimmig abgelehnt. Es wurde nochmals mit den Meistern unterhandelt. Das Resultat ergab 10  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn und 36  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn. Diese Abmachung wurde vorläufig angenommen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende noch, daß die Kollegen auch fernerhin so einig sein möchten wie heute. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

## Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 25. bis 31. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hofmannsdorf 200, Hübner 200, Leipzig 200, Wibel i. Hofmannsdorf 200, Halberstadt 150, Rauen 140, Magdeburg 118, Prietke 106,72, Rothe 100, Pflaum (Gabel) 100, Wöbbel 100, Marusch i. b. M. 70, Gr. Martenber 55, Göttingen 54,52, Summa M. 1794,24. Zugelassen: Steinlein M. 800, Hensberg 400, Mannheim 300, Groß-Neundorf 300, Dresden 300, Kiel 400, München 200, Rerwinzig 200, Dortmund 200, Faulbach 200, Güttaart 200, Ditterberg 150, Murnau 100, Haidhufschheim 100, Gumbin 100, Gufon 100, Nürnberg 100, Gensbach 100, Jordan-Paradies 100, Eimburg 100, Freudenau 80, Gesele 80, Schweißmeister 60, Weinsleben 50, Niesleben 50, Gorgast 50, Reuland 40, Bremerbach 40. Summa M. 4880.

Altona, den 2. April 1906.

Rael Reif, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Zur Beachtung!

Die Abrechnungsformulare für das I. Quartal d. J. nebst dem neuen Abrechnungsbogen sind an die örtlichen Verwaltungen verandt; sollten sie in einer Verwaltungsstelle noch nicht angekommen sein, so eruchen wir um sofortige Benachrichtigung.

Der Vorstand.

## Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Berlin. Donnerstag, den 29. März, fiel auf dem Bau der Unternehmer Wosbau & Maurer in der Wollschauerstraße der Maurer Fritz Schiesje aus der dritten

Etage in den Treppenturm hinunter und sog sich mehrere Armbüchse und innere Verletzungen zu. Das Unglück konnte nur geschehen, weil das Treppengeländer zwar das vorgeschriebene Schutzgitter hatte, aber das notwendige Fußbrett vermisst ließ. Beim Betreten der Treppe konnte man über auf derselben liegende Steinstücke sehr leicht stolpern oder aber durch ein Verschleiden der Geländerbretter und Verfehlen des Fußbrettes zu Fall kommen. Nach dem Unfall wurde das Fußbrett sofort angebracht.

**Essen-Dorbeck.** Ein schweres Baumglatz ereignete sich am 29. März auf dem vom Unternehmer Rothmann-Dorbeck ausgeführten Neubau der Dorbeck-Bräuererei, S. m. b. H. Bei dem Nachmittags herrschenden Schneegestöber hatten eine Anzahl Arbeiter hinter einer frisch gemauerten Giebelwand Schutz gesucht, als plötzlich infolge des heftigen Sturmes die Mauer nachgab und zusammenstürzte. Während einige Arbeiter, die Gefahr rechtzeitig erkennend, sich noch in Sicherheit bringen konnten, wurden die Arbeiter unter den Mauertrümmern begraben. Infolge der sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten gelang es nach kurzer Zeit, die vier Verunglückten unter den Mauerresten hervorzuholen. Während zwei mit leichten Verletzungen davongekommen waren, hatten die beiden anderen schwere innere Verletzungen davongetragen, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Beide sind ihren Verletzungen bereits erlegen, und zwar der Maurer Jakobal noch an demselben Abend und der Zimmermann Kalowski am anderen Vormittag. Beide sind verheiratet.

**Essen.** Herr Karl Johannes Götze in Essen, der frühere Badermeister und jetzige Bauunternehmer, dessen Namen wir nennen mußten, als wir einen Unglücksfall meldeten, der sich in seinem Betriebe ereignet hatte, hat einmal etwas vom Preßgesetz läuten hören und dabei jedenfalls auch erfahren, daß man auf Grund dieses famosen Westfälischen deutschen „Rechts“ allerlei aus der Welt beschreiben kann. Und da wir bei der Meldung des Unfalls (der ein Menschleben und Fortes) behauptet hatten, die Schutzvorrichtungen an seinem Neubau seien außerordentlich mangelhaft, so hat er sich schleunigst hingesetzt und eine „Berichtigung“ fabriziert. Von diesem Dinge können wir nur sagen, wenn die Wadwars des Herrn Götze auch nicht besser geraten sind, wie seine „Berichtigung“, dann können wir verstehen, warum er den Beruf gewechselt hat. Aus dem ganzen Wust schälen wir das heraus, was er an tatsächlicher, halbwegs formgerechter Berichtigung enthält. Es lautet:

„Die Schutzvorrichtungen waren und sind nach Aussagen der polizeilich benommenen Maurer an meinen Neubauten vollständig den polizeilichen und Unfallversicherungsvorschriften entsprechend angebracht, was ja auch zweifellos die Untersuchung ergeben wird.“

Dazu geben wir unserem Gewährsmann das Wort:

Zu der vorstehenden Berichtigung des Badermeisters Karl Johannes Götze ist zu bemerken, daß das in Nr. 12 des „Grundstein“ Gesagte in seinem ganzen Umfange unrichtig zu halten ist. Wir sind in der Lage, für alle unsere Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Daran ändert auch die augenscheinliche Tatsache nichts, daß jetzt auf den Baustellen des Herrn Götze vier oder fünf freigelegte Maurer und Bauarbeiter beschäftigt sind. Was die Gerüste anbelangt, so wurden die baupolizeilichen Vorschriften bisher nicht befolgt. Ob es jetzt, nach dem Unglücksfall, besser wird, muß die Zukunft lehren. Daß auf der Baustelle auch nicht alles so sein konnte, wie es vorstehend war, wird dadurch bewiesen, daß ausreichendes Gerüstholz nicht vorhanden war. Für 18 Maurer waren nur sechs bis sieben lange Gerüstpfähle vorhanden. Auch Bretter waren im Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Arbeiter zu wenig da, so daß z. B. die Maurer auf einer Kiste im zweiten Stock des Treppenhauses ohne Schutzgerüst beschäftigt waren. Zum Bau von kleineren Kisten mußten in Ermangelung von kurzen Gerüstbäumen und Gabeln Kanthölzer verwendet werden. Nach dem Unglücksfall wurde das Gerüst auf dem der Verunglückte beschäftigt war, ausgebaut. Warum wohl? Etwa weil es den baupolizeilichen Anforderungen entsprach? Der Staatsanwalt, der die Unglücksstelle in Augenschein nahm, ist nicht auf den Bau gegangen, sondern hat sich die Sache von unten besehen. Unter solchen Umständen kann von einer Befolgung der baupolizeilichen Unfallversicherungsvorschriften keine Rede sein, und Herr Götze wird sich unserer Kritik noch so lange zu erfreuen haben, bis er für andere Baustellen auf seinen Baustellen sorgt. Damit wäre auch diese Berichtigung auf ihren wahren Wert zurückgeführt.

Schon wieder müssen wir von hier einen Unfall mit tödlichem Ausgang melden. Das Opfer ist unser treuer Verbandskollege Anton Gisel aus Bippfingee. Er stand am Neubau der Rheinischen Bank (ausführende Firma Baugewerksmeister L. Diehl-Essen) in Arbeit. Am Unglücksstage war G. in einer Höhe von 18 m mit dem Herauswinden von T-Eisen beschäftigt. Zu diesem Zweck waren zwei Gerüstbäume nebeneinander befestigt. Ein dritter Gerüstbaum, an dem der Flaschenzug befestigt war, war auf einen der nebeneinanderstehenden Bäume gesteckt und damit verbunden. Die Spitze der dritten Gerüststange ragte etwa 2,50 m über das Mauerwerk hinaus. Diefelbe war unseres Erachtens nach zu dem Zweck, auf dem sie verankert wurde, viel zu schwach. Letzteres hätte auch der Polier wissen müssen. Schließlich, als G. einen hochgehenden Träger abschwenden wollte, brach die Spitze der Gerüststange, an der der Flaschenzug befestigt war, und rief unsere Kollegen mit in die Tiefe. Der Tod trat sofort ein. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch bemerken, daß die baupolizeilichen Vorschriften auch an dieser Baustelle wenig oder garnicht beachtet werden. Die Abdeckungen der verschiedenen Balkenlagen, sowie die Gerüste sind außerordentlich mangelhaft. Der Leiter der hiesigen Baustelle hat sich veranlaßt, als das Gerüst an der Vorderfront des Neubaus fertiggestellt war, es zu photographieren, um an der Hand der Photographie den Baupolizisten zu demonstrieren, wie ein Gerüst nicht befestigt sein soll, wenn es, wie im vorliegenden Falle, zum Transport von schweren Baumsteinen verwendet wird.

**Sieda.** Zwei Baumfälle ereigneten sich hier in der vergangenen Woche. Am Neubau der Gebrüder Rieh am Neumarkt brach ein Gerüstbaum. Der Maurer Tölle stürzte



hierbei ab und erfüllt erhebliche Verletzungen, so daß er für einige Zeit arbeitsunfähig sein wird. Der zweite Unfall ereignete sich am Neubau des Unternehmers Buer in der Rangstraße. Der Maurer G. Wegner, beim Gerüstbau beschäftigt, stürzte aus der zweiten Etage und fiel auf unten liegendes Gerüstgitter. Die Verletzungen sollen nicht allzu schwer sein, jedoch wird auch hier Arbeitsunfähigkeit auf längere Zeit die Folge sein. Die Kollegen werden ersucht, alle Unfälle sofort dem Zweigvereinsvorstand zu melden. Der Bauarbeiterchor läßt hier noch viel zu wünschen übrig.

**Leipzig.** Donnerstag, den 29. März, ereignete sich hier ein schrecklicher Unglücksfall, bei dem ein Menschenleben verlor. Auf einem Grundstück in der Dittcherstraße in Schütz hat der 46 Jahre alte Bauunternehmer Ernst Schwarzbürger den Abbruch mehrerer alter Villen übernommen. Mit sieben Arbeitern war er dabei, den letzten Rest der fünf Meter langen und drei Meter hohen Mauer an der Straßenfront einzuräumen. Als die Mauer umfiel, rief Schwarzbürger: „Geh schnell weg, die Mauer fällt!“ Da stürzte diese auch schon um und begrub Schwarzbürger, seinen 67 Jahre alten Bruder Gustav Schwarzbürger und den 24 Jahre alten Arbeiter Martin Gisch aus Wismar unter ihren Trümmern. Ernst Schwarzbürger ist tot, sein Bruder und Gisch wurden schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Alle drei sind verheiratet. Zwei Arbeiter kamen mit leichten Verletzungen davon.

**Münsterhausen.** Am Bau der Werra-Werke zu Beda a. d. Werra brach am 20. März ein Teil des Gerüstes zusammen, wodurch drei Maurer und ein Bauarbeiter aus einer Höhe von 4 m in die Tiefe gerieten. Der eine Maurer erlitt so schwere Kopf- und innere Verletzungen, daß er in das Krankenhaus zu Beda überführt werden mußte, der andere Maurer kam mit leichten Verletzungen davon und der Bauarbeiter blieb aufjenseitig unverletzt. Schutzvorrichtungen waren nicht vorhanden.

**Wo und was gebaut wird. Stuttgart.** Zum Bau eines Hauptbahnhofes hier bewilligte die württembergische Abgeordnetenkammer 8 200 000 zu Vorarbeiten. — **Burgburg.** Das Gemeindevorstandskollegium hat die Erbauung eines städtischen Krankenhauses in Verbindung mit der neu zu errichtenden Universitätsklinik beschlossen. — **Wollheim i. Rosen.** Die Stadtgemeinde wird im Sommer mit dem Bau einer Realschule, Kosten 130 000, beginnen lassen. — **Alpolda.** Die Stadt wird im Herbst dieses Jahres mit dem Bau eines Sparkassengebäudes, Kosten 200 000, beginnen lassen. — **Neumünster.** Im Frühjahr soll mit dem Bau eines neuen Garnisonkaserne begonnen werden; ferner ist der Bau einer Badeanstalt vorgesehen. — **Kattowitz i. Oberschlesien.** Die Stadt wird ein neues Stadttheater erbauen lassen zum Kostenanschlag von 500 000. Bauleiter ist Regierungsbaumeister Moritz, Cöln a. Rh. — **Phalsheim i. C.** Die Gemeinde wird im Juni d. J. mit dem Bau eines Rath- und Rathhauses beginnen lassen. Die Kosten betragen 150 000. — **Karlstadt i. B.** Der Finanzausschuß zu Wünnen bewilligte 84 000 für ein neues Rentamtsgebäude. — **Altona.** Hier soll der Bau einer Badeanstalt mit einem Kostenansatz von 800 000 an der Kaiserstraße in Angriff genommen werden. — **Leih.** Die Stadtgemeinde wird am 1. Juli d. J. mit einem Erweiterungsbau des Rathhauses mit Zentralheizung beginnen lassen. Die Kosten betragen 440 000. — **Walsdorf i. Posen.** Die Stadt wird Anfang April mit dem Bau eines Rathhauses, Kosten 60 000, beginnen lassen. — **Welschauer (M.).** Die Justizverwaltung wird hier am Markt ein neues Amtsgerichtsgebäude errichten lassen. — **Wabiau, Ostpr.** Die Stadt plant die Erbauung einer Volksbadeanstalt. — **Speyer.** Der Staat wird hier ein neues Postgebäude am Rheinhafen erbauen lassen. — **Neu-Ulm.** Die städtischen Kollegien haben den Bau eines neuen Rathhauses beschlossen zum Kostenanschlag von zwei Millionen Mark. — **Essen.** Die Eisenbahnverwaltung Frankfurt a. M. plant die Erbauung eines Stationsgebäudes. — **Edwigsburg.** Die Postverwaltung plant die Erbauung eines neuen Postgebäudes. Der Bau soll demnächst begonnen werden. — **Bremen.** Der Erweiterungsbau des städtischen Museums für Natur-, Vögel- und Gendelstein in Bremen wird jetzt zur Ausführung kommen. Kostenanschlag 925 000. — **Sulzbach.** Der Justizminister hat einen Bauplan für 72 000 angekauft zur Errichtung eines Gerichtsgebäudes. — **Gesemünde.** In der Gemeinderatsitzung wurde der Bau eines neuen Realschulhauses zum Kostenanschlag von 880 000 beschlossen. — **Essen a. d. Ruhr.** Der Kreisbauausschuß hat beschlossen, dem Kreisrat vorzuschlagen, ein neues Kreishaus mit Wohnung für den Landrat zu bauen. — **Stuttgart.** In der Sitzung des Gemeinderats wurde die Errichtung einer Markthalle an der Oberharthstraße beschlossen. — **Niedlingen.** Das württembergische Bezirksbauamt Wünnen wird hier ein neues Amtsgerichtsgebäude errichten zum Kostenanschlag von 108 000. — **Dresden.** Die sächsische zweite Kammer genehmigte den Vertrag der Regierung mit der Stadt Dresden über den Neubau der Augustusbrücke. Die Baukosten betragen 6 700 000.

**Eine Submissionsklage des Sandwerkes.** Die Meister der Wasser-Ladereiarbeit zu Hannover sind keine — Rechenschaft. Eine wunderbare aber, je nachdem, Entlegen erregende rechenschaftliche Haltung haben sie — jenseitig bei einer Submission für Wasserarbeiten an der städtischen Markthalle vollbracht. Die Mindestforderung betrug M. 200, die Höchstforderung M. 2600. Sogar bei der Wasser- und Ladereiarbeit zu Hannover hat es davon ein allgemeines Schütteln des Kopfes gegeben. Die Sitzung erklärt in der Presse:

Bei der ganz außergewöhnlichen Verschiedenheit der für die ausgeschriebene höchst einfache Arbeit geforderten Preise nehmen wir Veranlassung, hiermit zu erklären, daß alle Offerten unter M. 600, sowie die über M. 900 jeder gesunden geschäftlichen Berechnung entbehren und deshalb geeignet erscheinen, das Ansehen unseres Gewerbes schwer zu schädigen. Damit hat die Sitzung die Klage ihres Gewerbes nur noch größer gemacht. Natürlich haben wir es hier nur mit Untergangssymptomen des Handwerkertums zu tun, das den Kampf ums Dasein nicht mehr auf „gesunder geschäftlicher Berechnung“ führen kann.

## Aus anderen Berufen.

**Eine Ausperrung der Metallarbeiter in Hannover** ist in Sicht. Die Formner hatten bei allen in Betracht kommenden Berufen Forderungen eingereicht, die in der Hauptsache solche auf höheren Lohn bezogen. Sicherung der Arbeitsplätze erhielten. Eine Einigung kam nicht zu Stande und so kündigten am 24. März die Formner zunächst in den vier größten Betrieben, wo sie tätige Kündigung haben. Die Kündigung der Formner beantworteten die Fabrikanten mit der Kündigung aller beschäftigten Arbeiter, deren Gesamtzahl reichlich 13 000 betrug. Wenn nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erzielt wird, so werden also am 9. April 13 000 Arbeiter im Kampfe stehen.

**Die Ausperrung der Mithäuser Textilarbeiter** ist beendet. Die Fabrikanten haben unter Ausübung der Ausperrung die 105 stündige Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnerhöhung bewilligt. Die Verammlung der Ausperrten beschloß, die Arbeit am 2. April wieder aufzunehmen.

**Der Verband der Bankhelfer** veröffentlicht in der Nummer 12 seines Organes seine Jahresabrechnung. Die Mitgliederzahl des Verbandes hat um fast 20 000 zugenommen. Sie betrug am Schlusse des 4. Quartals, 68 225 gegen 99 027 am Schlusse des Jahres 1904. Die Situation ist noch ganz außerordentlich klar, denn an Einnahmen waren im Jahre 1905 über 63 000 zu verzeichnen, das sind also mehr, als am Schlusse des Jahres Mitglieder überhaupt vorhanden waren. Die Finanzen des Verbandes haben sich in Anbetracht der vielen Kämpfe, die er führen mußte, sehr günstig entwickelt. Die Einnahme betrug infolge eines Kassenbestandes von M. 106 264,12 M. 779 333,58. Davon machten die wöchentlichen Beiträge und Eintrittsgelder M. 689 646,05 aus. Die Ausgaben betrugen sich auf M. 547 214,01. Davon entfallen auf Streiks, Ausperrungen usw. im eigenen Beruf M. 340 566,51, auf Agitation in den Gauen und Zweigvereinen M. 41 738,37, außerdem machte die Hauptkasse noch M. 4472,41 für Agitation des Hauptvorstandes aus. Das Verbandsorgan erforderte M. 61 774, für Gehalte an die Beamten des Hauptvorstandes M. 9244,50 gezahlt. Der gesamte Kassenbestand betrug am Schlusse des Jahres M. 897 987,40, wovon in der Hauptkasse M. 232 119,57 sind. Das Vermögen ist gegen das Vorjahr um M. 177 989,70 gestiegen. Die Zahl der Zweigvereine beträgt 301, das ist eine Zunahme von 34 gegenüber dem Vorjahre; sie wäre aber bedeutend größer, wenn nicht verschiedene Orte zu einem Zweigverein zusammengelegt worden wären.

## Aus Unternehmerkreisen.

### Siebte Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Die Herren vom Bau hatten sich in diesem Jahre das hiergelegene und an Kunstschätzen reiche München als Tagungsort für ihre Generalversammlung ausgesucht. Im Gegensatz zu früheren Jahren, wo die Bundesversammlungen am Ende der Saison abgehalten wurden, fand die diesjährige schon Mitte März statt.

Nach dem Geschäftsbericht gehörten dem „Bund“ am Jahreschluß 1905 139 Verbände (Bezirks- und Lokalverbände) mit 8400 Mitgliedern an; etwa 5500 in anderen Vereinen, organisierte Bauunternehmer gehören dem „Bund“ nicht an. Herr Felsch stimmte wieder die bewegliche Frage an, daß der „Bund“ noch keine politische Kampfsorganisation sei, mit der man den selbständigen Organisationen der Arbeiter entgegenzutreten könne, daß er es aber werden müsse, um bei all seiner „Friedlichkeit“ den ihm aufgedrungenen Kampf führen zu können. Eine erfreuliche Ausrufung hat der früher als tüchtender Feind der Arbeiterorganisationen auftretende Bundesvorsitzende infolgedessen durchgemacht, als er neben einer starken Unternehmerorganisation namentlich auch die Notwendigkeit starker Arbeiterorganisationen anerkennt. — Eine längere Debatte entspann sich um die Frage: Einrichtung von Arbeitsnachweisen und Einführung von Entlassungsscheinen. Diese beiden Einrichtungen werden hauptsächlich von den Schachtmachern an der Wasserlinie (Hamburg, Bremerhaven) propagiert. Diesen hat sich in den letzten Jahren der Ober- und untere Königsberg zugesellt, der mit Hilfe imperialistischer Arbeitsnachweise und „christlicher“ Streikbrecherorganisationen die ewige Herrschaft der Unternehmer zu bewahren gedenkt. Diesen Anschauungen steht Herr Helm-Stettin, der über diesen Punkt referierte, sehr pessimistisch gegenüber. Er wies darauf hin, daß auf das bezügliche Mandatschreiben des Vorstandes trotz mehrfacher Erinnerung nur 51 Verbände die Fragen beantwortet hätten, und zwar fast ausschließlich in dem Sinne, daß die Einrichtungen wohl sehr erstrebenswert und notwendig seien und daß sich die Verbände ernstlich bemühen müßten, wo es die Verhältnisse irgend gestatten, die Einrichtungen ins Leben zu rufen. Teilweise gingen die Anträge aber zu weit und es sei nicht möglich, kurzerhand deren Ausführung zu dekretieren. Ein derartiges Vorgehen könnte nur Schaden und möglicherweise zur Sprengung des Bundes führen. In Stettin, so führte Redner weiter aus, habe man diese Einrichtungen bereits vor längeren Jahren getroffen, sie hätten aber so große Nachteile für den Fortbestand des Verbandes im Gefolge gehabt, daß die Beschlüsse der ständigen Versammlung der Bestimmungen nach und nach wieder aufgegeben werden mußten. — Von anderen Rednern wurden die Anträge der Schachtmacher entschieden abgelehnt, besonders mit dem Hinweis, daß man die Arbeiterorganisationen als berechtigt anerkennen und Verträge mit ihnen schließen müsse. Beschlossen wurde schließlich, den Bundesverbänden freie Hand zu lassen, ihnen aber zu empfehlen, Arbeitsnachweise zu errichten, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten.

Zu einem vorläufig negativen Resultat führte auch die Beratung des Punktes: „Verfälschung gegen Streikschäden“. Nach einem Referat des Herrn Wahl-Stettin, der absparend über die derzeitigen Verhältnisse unternehmen urteilte, wurde folgende Resolution beschlossen:

Die siebte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hält die Frage der Streikversicherung für zur Zeit noch nicht genügend geklärt, um sie mit der notwendigen Erfolgssicherheit

praktisch lösen zu können. Sie beschließt daher, von der Einführung einer Streikversicherung für das Baugewerbe Deutschlands noch so lange Abstand zu nehmen, bis die einschlägigen Verhältnisse eine sichere Urteilsbegündung und Minderung des Risikos gewährleisten. Sie beauftragt die Bundesleitung, die Frage auch fernerhin mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und zu studieren und das weitere Ergebnis der nächstjährigen Generalversammlung zur erneuten Beschlußfassung zu unterbreiten.

Die Streikversicherung, die anderen Unternehmern noch immer viele Bedenken verursacht, soll vom Bundesvorstand neu redigiert und dann den Verbänden mit einem besonderen Rundschreiben bekannt gemacht werden. — Bei der Berichterstattung über die letzten Jahre der „Arbeits“-einstellungen regte Herr Felsch, Frankfurt a. M., Tarifverträge möglichst nur bis Ende März 1906 abzu schließen. Dieser Matador des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes ist natürlich nicht zufällig in das Frühjahr 1906 verfallen, sondern er hat seine ganz besonderen Gründe. Um diese Zeit laufen nämlich neben den Verträgen für den Waiung noch die Verträge in einigen anderen größeren Orten ab, und Felsch, der immer leicht mit Ausperrungsdrohungen bei der Hand war, wünscht, daß der „Arbeitgeberbund“ gegebenenfalls für eine möglichst große Anzahl bedeutender Orte freie Hand für die Ausperrung hat. — Ach Felsch, Du Schelm vom Maie, darauf gehen die Maurer nicht ein!

Der alte Bundesvorstand, mit Felsch an der Spitze, wurde wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung soll in Köln tagen.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

**Aus der Vergarbeiterbewegung.** In mittel- und deutschen Braunkohlengruben haben die Vergarbeiter auf einer Revierversammlung zu Leih beschlossen, an den bergbaulichen Verein Forderungen zu stellen. Am 7. März sind diese eingereicht; eine Antwort haben die Vergarbeiter bis zum 20. März verlangt. Die Forderungen lauten:

Einführung der achtstündigen Schichtzeit für alle bei der Kohlengrube tätigen Arbeiter unter und über Tage. Zum Uebergang soll die Arbeitszeit vom 1. Juli 1906 ab neun Stunden, vom 1. Januar 1908 ab acht Stunden betragen. Die Ein- und Ausfahrt ist in die Arbeitszeit einzurechnen. Abkündigung aller Frauenarbeit. Ueberstunden und -stunden, soweit nicht Gefahr für das Leben von Arbeitern oder die Sicherheit des Betriebes in Frage steht, sind nicht zulässig. Bei notwendigen Ueberstunden muß ein Aufschlag von 50 pSt. gezahlt werden. Abkündigung aller Prämien und der getrennten Beiträge. Garantierung von Mindestlöhnen und zwar für Sauer M. 4,50, für Schlepper M. 4,20. An alle übrigen Arbeiter sind zu zahlen: unter 18 Jahren M. 3, über 18 Jahre M. 3,50 und von 21. Jahre ab M. 4. Abänderung der neuen Arbeitsordnung. Holz zu Stempeln und zum Verzimmern ist bis an alle Entlastungen in genügender Menge und zu geringster Kosten zu liefern. Ausreichende Badeanstalten. Ausreichende Trinkwasser und Sicherung der Gruben. Frisches gutes Trinkwasser ist jederzeit auch unter Tage bereit zu halten. Aufhebung aller Sperren. Humane Behandlung der Arbeiter durch die Beamten. Anerkennung der Vergarbeiterorganisation. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung dürfen nicht vorkommen.

Die Vergarbeiter sind entschlossen, diese Forderungen eventuell durch einen Streik durchzusetzen.

Im Ruhrgebiet hatte die am 11. und 12. Februar in Essen abgehaltene Revierversammlung ebenfalls gleichfalls beschlossen, den bergbaulichen Verein Forderungen auf Erhöhung des Lohnes usw. zu unterbreiten. Das war demgemäß geschehen. Jetzt haben die Herren auch geantwortet. Bei der Siebenerkommission lief folgendes Schreiben ein:

Unter höflicher Bezugnahme auf unser Schreiben vom 28. dieses Monats teilen wir Ihnen mit, daß Ihr Antrag auf baldige Aufhebung der Löhne in der heutigen Sitzung unseres Vorstandes zur Berlegung gekommen ist.

Der Vorstand hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, in Ihnen und den mitunterzeichneten Herren die Vertreter der Bergbaulichen im Ruhrkohlengebiet nicht erblicken zu können.

Auch ist der Vorstand nicht in der Lage, den Mitgliedern des Vereins in Bezug auf die Arbeitslöhne irgendwelche Vorschriften zu machen, es schließt vielmehr jede Beidenverwaltung selbständig die Schichtlöhne und Gebühre mit den einzelnen Arbeitern und Kameradschaften ab. „Glück-Auß!“

Verein für die bergbaulichen Interessen.  
Müne. Bingel, Kunze.

Die „Vergarbeiter-Zeitung“ schreibt dazu: „Die Herren fühlen sich nicht verpflichtet, die Siebenerkommission, und damit die Vergarbeiterorganisationen als Vertreter der Kameraden anzuerkennen.“ Belegschäftsverhandlungen müssen den Grubenproben nun zeigen, daß das, was die Siebenerkommission in ihrer Eingabe forderte, Tausch und Bille der Belegschäften war, und die Herren müssen eben dann die Löhne erhöhen, ohne die Siebenerkommission anzuerkennen. Da der dritte Absatz des Schriftstückes klar zeigt, daß auch die Arbeiterauschüsse zum Einreichen von Lohnforderungen im Namen der Belegschäfte für die Beidenherren nicht maßgebend sind, so werden die Kameraden in den Belegschäften, versammlung einen Mann zu wählen haben, der ihre Forderungen überbringt. Die Grubenmagazine haben aus dem letzten Streik nichts gelernt, sie, die keinen Zentner Kohlen einzeln verkaufen, die großen Spindkaten zu ihrem Nutzen angegeschlossen sind, hupen der Kameraden, indem sie nur mit „einzelnen“ verhandeln wollen, um diese über das Ohr zu haben.

Es ist wahr, die Beidenbesitzer und ihre Interessenvertretung haben wirklich nichts gelernt. Statt durch kluges Einlenken die Spannung im Ruhrgebiet zu lösen, beharren sie auf dem Standpunkt, der schon den großen Verzweiflungskampf des vorigen Jahres verschuldet. Wollen sie abermals einen katastrophalen Ausbruch provozieren? Was wird die Regierung nun tun, wird sie wieder so lange tatenlos zusehen, bis es zu spät ist? Den Vergarbeitern des Ruhrgebietes wird es mit schonungslosster Deutlichkeit demonstriert, daß sie nur im Kampf mit dem



Kapital, im Klassenkampf, ihre Menschenrechte erzwingen können, aber wie schwer ist ein solcher Kampf unter den heute obwaltenden Organisationsverhältnissen! Wohl sind die vier bestehenden Organisationen noch von den Reichen des großen Kampfes her in einer Spitze, in der Siebenerkommission vereinigt. Aber auch dort scheint ein jetzt offenbar geordneter Verrat alle Hoffnungen für die Zukunft vernichten zu wollen. Und zwar hielt der Verrat zur selben Zeit, als die Siebenerkommission den Auftrag der Konferenz ausführte, seinen Einzug. An Ausführgliedern des Christlichen Gewerkevereins wurde ein gedruckt Birkular verfaßt, das Lohnforderungen enthielt und den Rechenverwaltungen überreicht werden sollte. Das Birkular trug die Unterschrift Köster. Köster heißt auch der Vorsitzende des Christlichen Gewerkevereins. Hat er wirklich das Birkular verfaßt? Das wäre ungeheuerlich! Der Vorstand des Christlichen Gewerkevereins wird sich baldig äußern müssen. Aber es ist noch mehr geschehen: In dem an die Ausführglieder verfaßten Birkular, das auch den Rechenverwaltungen überreicht worden ist, heißt es mit Selbstbrut: Wir akzeptieren in Zukunft den Verband und die Siebenerkommission nicht mehr. Man bedenke: Während die Siebenerkommission, in der nach wie vor zwei Gewerkevereinsmitglieder sitzen, unter Zustimmung des Gewerkevereins in Tätigkeit getreten ist und eine Eingabe auf Lohnherabsetzung eingereicht hat, überreichen die Ausführglieder des Christlichen Gewerkevereins den Rechenverwaltungen eine Eingabe: „Wir akzeptieren den Verband und die Siebenerkommission nicht mehr!“

Die Sache ist so ungeheuerlich, daß man sie beinahe nicht fassen kann. Aber die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ hat Bezeugen zur Hand, die die Eingabe in Händen gehabt und gelesen haben. Sie weiß auch ferner mitteilen, daß die Eingabe der christlichen Ausführglieder von den Rechenverwaltungen ebenso beifällig aufgenommen worden ist, wie es der Vergewaltigte Verein mit der Eingabe der Siebenerkommission getan hat. Der Verrat hat also nichts gefürchtet. Auf die völlige Aufklärung dieser dunklen Affäre darf man gespannt sein. Das wäre eine Treulosigkeit, wie man sie bisher selbst dem christlichen Gewerkeverein der Vergewaltigten nicht zugestanden hat.

Nachträglich befreit zwar die Leitung des Christlichen Gewerkevereins diesen Verrat. Aber sie hat ja schon so manches bestritten, was sie hinterher zugeben mußte, so daß sie es sich schon gefallen lassen muß, daß man ihren Demutstisch großes Mißtrauen entgegenbringt.

In Frankreich hat das grausige Massengrab in den Kohlengruben von Courrières noch gewaltige Folgen für den gesamten Bergbau gehabt. Das kann nicht wundernehmen. Bei dieser Katastrophe sind wenigstens 2000 Menschenleben unter den gräßlichsten Qualen vernichtet worden. Nach dem Urteil maßgebender Sachleute trägt die Grubenverwaltung die Schuld an diesem Unglück; die ganze Einrichtung der Grube soll völlig veraltet und veraltet sein. Trotzdem die Kohlenausbeute in den Gruben von Courrières besonders stark gewesen ist, ist es noch zweifelhaft, ob überhaupt eine Verletzung der Grubenstatuten vorliegt. Zur ganzen Grubenanlage gehören 13 Schächte. Auf dem Schacht 8 wühlte schon vor der Katastrophe ein Felsabhang, der dann in den anderen Schächten gewaltige Schlagwetterschöpfungen herbeiführte. Es ist sicher, wäre der brennende Schacht sicher und vollständig abgesperrt gewesen, dann hätte das nicht eintreten können. Der Einbruch des Unglücks ist so stark, daß selbst die engagierten Journalisten-Sandwiches des Grubenkapitals die offensichtlich vernünftigen Maßnahmen auf den Gruben von Courrières nicht zu leugnen vermögen. Und dabei hat diese Gesellschaft fast 50 Jahre hindurch geradezu fabrikartige Profite eingesackt. Die Gesellschaft von Courrières wurde 1852 gegründet mit einem Kapital von nominal Frs. 6.000.000, eingeteilt in 2000 Aktien zu Frs. 3000. Es wurden aber auf jede Aktie nur Frs. 300 eingezahlt, so daß sich das eingezahlte Kapital auf nur Frs. 600.000 beläuft. Und das Unternehmen wurde zu einer Goldgrube!

Im 5. Jahre (1857) brachte eine Aktie von Frs. 300 Frs. 150 = 50 pzt. Im 13. Jahre (1865) Frs. 300 = 100 pzt., 1867 schon Frs. 600 = 200 pzt., 1890 aber Frs. 2000 = 666 2/3 pzt., 1891 Frs. 2300 = 766 2/3 pzt. In den 39 Jahren erbrachte jeder Anteil von Frs. 300 einen Gewinn von Frs. 85 7/8 oder durchschnittlich pro Jahr Frs. 918, das heißt in jedem Jahre wurde mehr als das Dreifache des Gründungskapitals an Ausbeute verteilt!

Die Gesamtsumme der auf Frs. 600.000 Gründungskapital verteilten Ausbeute befreit sich auf Frs. 71.450.000. Das eingezahlte Kapital ist also schon einhundertundzwanzigmal zurückgezahlt, aber für die Sicherheit der Arbeiterleben hatte man trotzdem das nötige Geld nicht übrig. Der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft und Produktionsordnung offenbart sich hier in höchster Potenz. Eine unermesslich reiche Fülle des Segens quillt durch die Arbeit der Vergewaltigten den Schächten, aber sie bleiben arm, elend, reichlos, faullos! Der durch sie geschaffene Wohlstand bringt den „Eigentümern“ der Grube Wohlstand, Reichtum, Lebensgenuss — den Himmel auf Erden, und sie selber sind an die harte Grubenfront gekettet, bis sie durch die Gewissenlosigkeit ihrer Ausbeuter von einer gewaltigen Katastrophe gemaht werden. Wissen die hochgebildeten Staatslenker, die „wissenschaftlichen“ Herren des Unternehmertums eine andere gerechtere Lösung dieses schrecklichen Widerspruchs als die Umwandlung des Privatbesitzes in ein Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, als die Sozialisierung der Gesellschaft!

Die aufreizende Wirkung dieser Enttarnung der wahren Gestalt des Kapitals hat sich bereits in einer blühend aufsteigenden Streikbewegung der französischen Bergarbeiter geäußert. Im Departement Pas de Calais sind gegen 88.000 Bergleute ausstehend. Soweit ihre Forderungen bekannt geworden sind, fordern sie eine Lohnerhöhung auf Frs. 7,10. Auch man aus dem gewerkschaftlichen Standpunkt solche unvorhersehbaren Ausbrüche verurteilen, weil sie erahrungsmäßig gewöhnlich ebenso schnell wieder zusammenbrechen, wie sie entzündet sind, so erscheinen sie als Reaktion gegen die oben geschilderte Ausbeute der Arbeiter.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika bereitet ein Ausstand sämtlicher Kohlenbergleute vor. Die unterirdischen Sklaven des Kapitals wollen sich ein menschenwürdiges Los erkämpfen. Da hat der Präsident Roosevelt demütig, diesen Streik zu verhindern. Er schrieb an den Präsidenten der Berg-

arbeitervereinigung Mitchell, ein Ausstand der Bergarbeiter, wie er angefangen ist, würde den allgemeinen Frieden und die Wohlfahrt des Landes bedrohen. Es wäre notwendig, weitere Anstrengungen zu machen, um ein solches Unglück zu verhindern. Er sei bereit, jedwede Einigung zu vermitteln. Da ist der Herr Präsident bei den Kapitalisten aber nicht gut gefahren.

Die „Morning Post“ meldete dieser Tage aus Washington, daß ihm in ziemlich scharf gehaltener Form von den Kohlengrubenbesitzern der Wink gegeben worden ist, daß er nicht den Versuch machen solle, zwischen ihnen und den Bergleuten zu vermitteln, falls ein Ausstand ausbrechen sollte. Wenn die Leute zum Ausstand entschlossen wären, so müßten sie auch die Folgen ihres Vorgehens tragen.

Das sind dieselben absoluten Herren, die beim letzten Bergarbeiterstreik vor einigen Jahren verurteilt, ihre Herrschaft sei so gut, wie die eines Monarchen „von Gottes Gnaden“. Gott habe die Unternehmer zur Vormundschaft über die Arbeiter bestellt. Und auf dieses „göttliche Recht“ würden sie nicht verzichten. Nun, die Zeit kommt gewiß, wo die Arbeiterklasse diesem Hochmutswahnsturm ein Ende macht. Am Ende seiner eigenen Herrschaft wird der Mammonismus zu grunde gehen.

Der vorstehende Artikel war bereits für eine frühere Nummer bestimmt, so daß nun noch einiges nachzutragen ist. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, sowohl im Weiskener als im Zeig-Weiskener, haben die Bergarbeiter die Arbeit eingestellt. Am 30. März betrug die Zahl der Streikenden etwa 4000. Dabei hat es den Anschein, als wenn sich der Ausstand noch auf andere Reviere ausbreiten wollte. Der Geschäftsgang beginnt bereits unter dem Verfallmangel stark zu leiden. Offenlich kämpfen die Bergarbeiter diesmal nicht umsonst.

Auch in Nordamerika wird es beim Erscheinen dieser Nummer bereits zum Ausstand gekommen sein. Die Bergarbeiter stellen den Minenbesitzern ein Ultimatum, worin sie 55 pzt. Lohnerhöhung fordern. Die Minenbesitzer lehnten das ab. Somit ist mit Gewißheit auf einen Mißstand zu rechnen, an dem gegen 400.000 Arbeiter beteiligt sein dürften.

Die Entlassung am Morgen bei Mühlengangs-ausbruch und der „Anlauf“. Der Maurer V. v. v. durch das Jahr beim Berliner Gewerkegericht vom Maurermeister Lucas den Lohn für den 3. Februar, an dem er Morgens entlassen zu sein behauptete. In der Verhandlung vor der Kammer 3 stellte der Kläger den Sachverhalt so dar: Nachdem die Maurer am Dienstag ausgeföhrt hätten, sei er am Mittwoch früh mit den anderen wieder gekommen, um zu sehen, ob jetzt das fehlende Material heran sei. Er sei zur Arbeit bereit gewesen. Der Polier habe gesagt: „Warten wir bis früh!“ Er habe auch gewartet, bis 10, bis 11, und sei schließlich, als er den Polier nicht fand, nach Hause gegangen. Am Donnerstags, den 8. Februar, sei seine Entlassung mit den Worten erfolgt: „Wer gestern nicht gearbeitet hat, braucht heute auch nicht zu arbeiten.“ — Der Polier als Zeuge bestritt die Entlassung überhaupt und betonte, daß er am Mittwoch sehr wohl auf dem Bau zu finden gewesen wäre, und daß er an diesem Tage den Kläger nach Einteilung der Arbeit habe beschäftigt wollen, ihn aber nicht mehr gesehen habe. — Der Widerspruch zwischen den ganz bestimmten Angaben des Klägers und des Zeugen ließ sich in der letzten Sitzung der Kammer 3 nicht auflösen. Der Gerichtshof wies den Kläger mit folgender Begründung ab: Selbst wenn, wie der Nachweis fehle, der Kläger am Morgen des 8. Februar entlassen worden wäre, hätte er doch keinen Lohnanspruch für diesen Tag. Gewiß entstehe bei Mühlengangs-ausbruch ein Entschädigungsanspruch für den betreffenden Tag, wenn am Morgen ohne jeden Anlaß die Entlassung ausgesprochen werde. Hier liegt aber ein berechtigter Anlaß zur Entlassung am Morgen darin, daß der Kläger am Mittwoch vom Bau entfernt habe, ohne den Polier zu benachrichtigen. Wenn der Kläger sage, er habe sich nach dem Polier umgesehen und ihn nicht gefunden, so wäre dem entgegenzuhalten, daß er den Polier auf jeden Fall hätte finden müssen und ihm Kenntnis geben.

#### Streikbrecherprügel = rentenberechtigter Betriebsunfall.

Die sozialpolitische Rechtssprechung des Reichsversicherungsamts hat eine Bereicherung erfahren, die um der grundlegenden Ursache wegen die weiteste Beachtung in allen Arbeiterkreisen und darüber hinaus verdient.

Der Sachverhalt ist kurz der folgende: Während der großen Bauarbeiterausperrung in den Unterwerkstätten im Sommer 1904 wurde eines Morgens ein arbeitstüchtiger Maurerpolier arg verprügelt, so daß er längere Zeit krank lag und seine fernere Erwerbsfähigkeit eingeschränkt worden ist.

Der von ihm erhobene Anspruch auf Gewährung einer Unfallrente wurde von der hannoverschen Bauwerks-Versicherungsgesellschaft abgelehnt, da sie in dem vom Polier veranfaßten Prügel einen Betriebsunfall nicht erblickte, sondern eine gewöhnliche Gefahr des alltäglichen Lebens sah. Auf einen ähnlichen Standpunkt scheint sich das von dem abgewiesenen Arbeitstüchtigen angereichte Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Bremen gestellt zu haben, denn der Polier hat Mehr als das Reichsversicherungsamt eingeleitet, worin er von der Landesversicherungsanstalt Hannover unterstützt wurde, die ihrerseits anführte, daß in dem vorliegenden Falle ein Betriebsunfall anerkannt werden müsse, obwohl die Verletzung des Klägers auf dem Wege zur Arbeit stattgefunden habe, und begründet wird dies von der Landesversicherungsanstalt damit, daß die Veranlassung zu den Tätlichkeiten der Streikenden gegen den Kläger in dessen Betriebsfähigkeit gelegen habe, die verletzende Handlung sich daher als ein Ausfluß der Betriebsgefahr darstelle.

Die Berufsversicherungsgesellschaft machte zur Begründung ihres Antrags auf Zurückweisung des Mehrbetrags mit Recht geltend, daß sich der Kläger weder im eigenwirtschaftlichen Interesse noch im Interesse des Betriebs dem Streik nicht angeschlossen und auch die Mißhandlung nicht in seiner Eigenschaft als Polier, sondern als unliebsamer wirtschaftlicher Konkurrent der streikenden Arbeiter habe erdulden müssen.

Auf den eingelegten Mehrbetrags hin hat das Reichsversicherungsamt noch darüber Beweis erhoben, ob zur Zeit des Unfalls in den Unterwerkstätten ein streikwilliger Streik über eine Aussperrung der Arbeiter des Bauwerkes stattgefunden habe, und ist dazu gekommen, die Bauwerks-Versicherungsgesellschaft zur Zahlung einer Rente für die Prügel an den Polier zu verurteilen. Aus der Begründung dieses Erkenntnisses sei hervorgehoben:

Der Kläger ist zu Bremerhaven auf dem Wege zur Arbeit von zwei ihm unbekannten, offenbar (1) dem Arbeiterstande angehörigen Männern überfallen und gewaltsam behandelt worden. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen hatte damals eine Aussperrung aller Bauarbeiter und Poliere der Unterwerkstätte stattgefunden. . . nur wenige Arbeiter und Poliere, unter letzteren der Kläger, hatten sich der Forderung der Arbeitgeber unterworfen. . . muß angenommen werden, daß die Mißhandlung durch ausgesperrte Bauarbeiter erfolgt ist und zwar weil sie in ihm . . . einen Arbeitstüchtigen erkannten. Der Kläger ist daher keineswegs einer Gefahr des alltäglichen Lebens erlegen, er ist vielmehr einer besonders gearteten Gefahr zum Opfer gefallen; der andere Streikpassant nicht ausgesperrt waren, sondern gerade ihn wegen seiner Betriebsfähigkeit bedrohte. In Zeiten des Streiks oder der Aussperrung tritt erfahrungsgemäß für die Arbeitstüchtigen zu den technischen Gefahren des Baubetriebes noch die weitere Gefahr, von den streikenden Arbeitern bedroht und angegriffen zu werden. In solchen Zeiten erstreckt sich daher der Gefahrenbereich des Betriebes über die Betriebsstätte hinaus, weil seine Arbeiter alsdann auch außerhalb der letzteren infolge ihrer Betriebsfähigkeit besonderen, nur ihnen drohenden Gefahren ausgesetzt sind. Der Umstand, daß der Kläger die Betriebsstätte im Augenblick des Überfalls noch nicht erreicht und seine Arbeit noch nicht aufgenommen hatte, steht daher der Annahme eines Betriebsunfalls nicht entgegen. Dazu kommt, daß, während im allgemeinen der Weg zur Betriebsstätte überwiegend im eigenwirtschaftlichen Interesse des Arbeiters unternommen wird, bei den zur Zeit des Unfalls herrschenden Arbeitsverhältnissen der Betriebsunternehmer in mindestens gleich hohem Grade daran interessiert war, daß die wenigen Arbeitstüchtigen sich zur Arbeit einfanden. Es entfällt daher vorliegendesfalls auch der Grund, der hauptsächlich dafür bestimmt gewesen ist, die den Arbeitern auf dem Wege von und zur Arbeit ausstehenden Unfälle von der Versicherungsspflicht auszunehmen. . . Die Verletzung war zur Entschädigung des Klägers zu beurteilen.

So die Begründung dieses Erkenntnisses, das die sozialpolitische neue Rechtsprechung, Arbeitstüchtigenprinzip fern von der Betriebsstätte als rentenberechtigter Betriebsunfall zu betrachten. Dieses Erkenntnis muß namentlich dann Befremden erregen, wenn man die Tatsachen ins Auge faßt, die meist bei Rentenherabsetzungen bzw. gänzlichen Entziehungen als Gründe besonders bei den in den letzten Jahren sich immer mehr häufenden Fällen solcher Art geltend haben.

Wie in der Strafrecht, mehrten sich auch auf sozialpolitischem Gebiet jene Erkenntnisse, die dem natürlichen Rechtsempfinden widersprechen. Hierzu gehört die Anerkennung eines Betriebsunfalls, wenn eine Keilerei auf dem Wege zur Arbeitsstätte vorliegt. Wenn Streikende begangen, ausgesperrte oder Arbeitstüchtigen bedroht worden wären, hätte selbstredend ein Betriebsunfall nicht anerkannt werden können.

#### Eine neue Epoche im Brückenbau?

Die gewaltigen Umwälzungen, die sich in den letzten Jahrzehnten in der Industrie vollzogen haben, sind auch im Vorgehen der Baukunst wahrnehmbar. Wie früher Holz und Stein, ist heute Eisen und Beton das am meisten gebrauchte Material im massiven Bau. Die größten Veränderungen im Vorgehen hat zweifellos der Brückenbau aufzuweisen. Man vergleiche z. B. die Jahrhunderte alte Steinbrücke in Mainz und die, einige hundert Meter stromauf liegende Eisenbrücke über den Rhein. Welch ein Kontrast in der Konstruktion und im Material!

Eine neue Rheinbrücke wird gegenwärtig zwischen Murbach und Homburg gebaut. Der ungeheure Bedarf in dieser Gegend macht den Bau zur Notwendigkeit. Eine Eisenbahnbrücke soll jener ebenfalls noch gebaut werden. Unsere Leser dürfte es interessieren, näheres über den Bau zu erfahren. Das Gelingen der Ingenieure steht unteres Wissens bisher einzig da. Eine Spannweite von 203,5 m soll frei überbrückt werden, d. h. ohne jegliches Gerüst im Strom. Die Gesamtlänge der Brücke beträgt von Brückenkopf zu Brückenkopf 625 m. Fünf Hauptpfeiler tragen den ganz aus Eisen bestehenden Bau. Der Kern der Pfeiler ist Beton. Die Ummauerung über dem Wasserpiegel zeigt ein der Vajallaaba ähnliches Material. Zum Untermauern wird Murbachstein gebraucht. Die Brückendeckelung ist aus demselben Material hergestellt. Nur die Eckquadern, Gurthölzer und die Solbänke in den fensterartigen Öffnungen sind aus rotem Sandstein. Die Entwurfe der beiden Brückendeckelungen sind von Professor Dilling in Karlsruhe i. B. Die Architektur erinnert lebhaft an die alten Naumburger am Rhein. Auf der Murbacher Seite soll auch tatsächlich eine Kassemaße eingebaut werden. Die Abstützungen zu den Zugängen, sowie Sprengstoffe für den Kriegsfall sollen darin Platz finden.

Zu der Lösung der schwierigsten Frage am Brückenbau hat die Montagefirma eigens einen Strahl konstruiert, wonach die auszubauenden Elemente an ihren Verankerungsort dirigiert und sofort vernietet resp. angebaut werden. Erklärend ist hier einzufügen, daß die Konstruktion eine Öffnung von 100 m für den Schiffverkehr frei von Gerüst lassen muß. Nun sollen mit dem Strahl 100 m vorgebaut werden, die dann, wenn das durch das Gewicht entstandene Gefälle von 80 bis 90 cm durch hydraulische Kraft gehoben ist, durch einen starken Eisenbolzen abgelenkt werden, wonach die folgenden 143 m ebenso freitragend angebaut werden sollen. Der Rasthafen (ca. 120 m) muß ebenso ohne Gerüst überbrückt werden. Falls dies Experiment gelingt, dürfte eine neue Ära im Brückenbau vorbrechen.

Die Gesamtarchitektur der Brücke ist eben. Sehr schön präsentieren sich die schmiedeeisernen Gitter an den Rampen für Fußgänger. Da der Unterbau ziemlich fertig ist, wird die Brücke zum Frühjahr 1907 fertig sein können. Projektiert ist eine Straßenbahnverbindung über die Brücke. Die Firma



„Guthausberg“ „Maling“ führt den Bau aus. Die Maurer- sowie Betonarbeiten wurden von Italienern ausgeführt. Da auf der linken Abseite tiefe Kothlen und Salzlagern gefunden sind, dürfte der Schwerpunkt der Industrie bald nach dort verlegt werden. Die A.G. „Nordhorn“ und die „Solwaywerke“ (Salzwerke) haben enorme Landankaufe gemacht und sind schon teilweise am „Geschäft“.

Größere Unglücksfälle sind beim Bau der Brücke noch nicht vorgekommen. Eine ist für uns von besonderem Interesse: die Kaimaueranlage. Welch ein Widerstand! Tausend fleißige Hände regen sich jetzt, um dem Verkehrsdilemma abzuhelfen, und die Könige von Mannions Gnaden lassen durch ihre Trabanten dem Treibenswert den Stempel der Gewalt aufdrücken!

L. V.

## Polizei und Gerichte.

**Streikurteile.** In keiner Stadt des Industriegebietes sind infolge der Ausperrung sozialer Strafen außer unsere Kollegen verbannt worden, wie in Dortmund. Am schwersten sind die Kollegen Beller und Jambowski gestraft. Beller hat wegen Streikvergehens einen Monat und Jambowski drei Monate erhalten. Drei Kollegen wurden freigesprochen, in der Sache gegen den Kollegen Göpfert wurde ein neuer Termin angesetzt. Dieser fand am 28. März statt. Am 12. August kam es in der Frühe bei dem Erweiterungsbau des evangelischen Krankenhauses zu einem Aufritt zwischen Streikpolen und Streikbrechern. Am tragischen Tage vor 6 Uhr Morgens gingen ein Kölner Drücker und ein zugereister Maurer namens Steljes zu dem erwähnten Neubau. Steljes, der damals aus Emmerich kam, hatte acht Tage vorher von dem hiesigen Streikbureau das Fahrgeld für die Fahrt nach Emmerich erhalten, so daß er ganz zweifellos moralisch verpflichtet war, während der Dauer der Bewegung am hiesigen Plage keine Streikarbeit zu verrichten. Wie erzählt, fiel er trotzdem seinen freitenden Kollegen in den Rücken. Einer der Maurer, die am 12. August 1908 in der Nähe des Hauses Streikpolen fanden, war bei der Auszahlung des Fahrgeldes an Steljes zugegen gewesen und geriet, als er den Steljes nun doch zur Arbeit gehen sah, in eine durchaus verständliche Erregung. Zunächst machte man dem Streikbrecher Vorhaltungen. In ihrer Erregung ließen sich die bereits verurteilten Maurer aber hinreißen, den Steljes zu schlagen. Unmittelbar hierauf will Steljes dann noch von einem Maurer mit einem Messer gestochen worden sein. Der Messerstecher soll nun der heutige Angeklagte, der vollständig unbefangene Maurer Karl Göpfert gewesen sein. Göpfert bestritt jede Anteilnahme an dem fraglichen Vorfall. Er hat zwar Streikpolen gestanden, aber an einer anderen Baustelle. Der Streikbrecher Steljes bezeichnete Göpfert unter seinem Eid als einen der Streikenden, die ihn mißhandeln, dahingegen glaubt der Zeuge nicht, daß Göpfert mit dem Messer gestochen hat. „Herr“ Kölner Drücker, der, ohne daß der Ausdruck vom Vorliegen gerügt wurde, von den Streikenden immer als von „dieser Gesellschaft“ sprach, glaubte, daß Göpfert einer der Streikpolen sei. Die Beweisaufnahme, zu der ein großer Zeugenapparat aufgerufen war, ergab weiter nichts Belastendes mehr für den Angeklagten. Obwohl nun der sich durchaus glaubwürdigen Behauptung des Angeklagten nur das eidlische Zeugnis des Verletzten, der einmal sagt, er habe niemanden gesehen, weil der Vorgang nur eine Sekunde gedauert und er die Augen zugemacht hätte, das andere Mal dahingegen positiv die Täterhaftigkeit des Angeklagten bezeugt, gegenüberstand, beantragte der Staatsanwalt in seinem fünf Worte entfalteten Plaidoyer („Ich beantrage zwei Monate Gefängnis“) die genannte Strafe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, getreu seiner bisherigen Praxis, daß den Arbeitswilligen der weitgehendste Schutz des Gesetzes gewährt werden müßte, zu einem Monat Gefängnis.

**Streikführer.** Vor dem Schöffengericht in Reddinghausen hatte sich der Maurer Kaline wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Er war im vorigen Jahre als Kolier bei dem Bauunternehmer Schneider in Döcklar beschäftigt und soll versucht haben, auf die mit ihm beschäftigten Maurer bezugs Erziehung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch ArbeitsEinstellung einzuwirken. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß K. nur auf die Innehaltung des bestehenden Vertrages hingewirkt hatte. Auf Antrag des Staatsanwalts erfolgte Freisprechung.

Die Notiz ist etwas unklar, selbst wenn K. im Sinne der Anklage, wie er hier wiedergegeben wird, gewirkt hätte, hätte ihn kein Gericht verurteilen können.

## Eingegangene Schriften.

„Die Nervosität, die Minderkrankheit unserer Zeit, ihre Ursachen, die Selbstvergiftung und ihre Heilung durch ein erprobtes Unternehmungs-Verfahren.“ Von Dr. med. Walter. 2. Aufl. (M. 1,20). Verlag von Edmund Demme, Leipzig. — Unsere heutige raschlebige Zeit mit ihren vielfachen geistigen Anstrengungen an der Geist und die Nerven des Einzelnen, mit ihrem aufsteigenden Kampf um Dasein bedingt einen starken Verbrauch von Nervensubstanz, welche den Nerven, dem Gehirn und Rückenmark entzogen wird. Durch Leistungsunfähigkeit des Darms entstehen Selbstgifte, welche erregend auf das Zentrum der Blutgefäßbewegung wirken, so daß beständige Blutwallungen nach dem Kopfe stattfinden; hier heißt es, rechtzeitig die Kraftgefahr abstellen. Entfernt die Selbstgifte aus dem Blut, sagt der Autor, „und ihr werdet glückliche Menschen, denen das Leben Mal zweimal erblickt!“

„Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, herausgegeben von Dr. Subekum. Eine geradzu vernichtende Abrechnung mit der eingeprägten und kurzschäftigen Klassenpolitik, die der deutsche Freisinn in den Gemeinden zu führen pflegt, wo er das Heft in der Hand hat, hält in der neuesten Nummer der „Kommunale Praxis“ Genosse Edmund Fildner. Er beleuchtet zu diesem Ende einmal die Laten des „Kommunalbolschewismus“ in der reichen Stadt Zittau.

und man muß sagen, daß er dabei geradezu unerhörte Zustände, z. B. auf dem Gebiete der gemeindlichen Besteuerung ans Licht zieht. Die Lehre der „Kommunale Praxis“ ist allen Parteigenossen, die sich mit Gemeindepolitik befaßen oder gar Gemeindefortschrittler sind, dringend zu empfehlen. Probenummern kann man kostenlos von der Geschäftsstelle der „Kommunale Praxis“, Berlin W. 15, beziehen. Der Verlag der „K. P.“ ist jetzt an B. Singer übergegangen, die Erscheinungsweise soll dadurch jedoch in keiner Weise berührt werden.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 97 des 24. Jahrganges.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Wahre Jacob“, Nummer 7, des 23. Jahrganges. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Werner Combari, Sozialismus und soziale Bewegung, Verlag von G. Fischer, Jena, 229 S. Preis M. 2, geb. M. 2,80. Das bekannte Werk des Breslauer Professors ist in der uns vorliegenden, 6. Auflage bedeutend vergrößert. Was in der ersten Auflage oft nur andeutungsweise angedeutet, ist hier in fesselnder Darstellung des Näheren ausgeführt. Das Werk läßt sich nicht mit wenigen Worten fassen; vielmehr werden wir später einmal von seinem Inhalt einige charakteristische Proben geben. Aber selbst wollen wir auf Grund eingehenden Studiums sagen: kein Sozialist, kein Gewerkschafter, der hier in das Wesen der treibenden Kräfte der Arbeiter- oder sogar der Bauernbewegung eindringen will, sollte an diesem Werke achtlos vorübergehen. Wir behaupten, seit langer Zeit ist kein so bedeutendes und interessantes Werk dieser Art erschienen, wie „Somboris Sozialismus“. Aus diesem Grunde können wir es den Kollegen, die in der Gewerkschaft des Sozialismus zu Hause sind, wärmstens empfehlen.

Die Neue Gesellschaft, Sozialistisches Wochenblatt, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15). Heft 14. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr M. 1,20, Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert. Aus dem Inhalt erwähnen wir: Max Weyersbach: Wohnungsfragen. — Friedrich Stampfer: Weltgeschichte und Volksrecht. — Heinrich Mann: Tullio und Linda. — Helene Voigt-Wiederich: Mutter und Tochter. — Gertrude Färth: Trog den Willkür!

Rurt Eisner hat unter dem Titel „Der Sultan des Weltkrieges. Ein marokkanisches Seitenbild deutscher Diplomaten-Politik“ im Verlage von Kaden & Co. in Dresden (Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“) eine interessante Broschüre erscheinen lassen, die einen tiefen Einblick in die Welt-politik gewährt und allen Arbeitern zu empfehlen ist. Die Schrift umfaßt 72 Seiten und ist zum Preise von 40 Pf. durch alle Parteibuchhandlungen und Parteipostreure zu beziehen.

## Briefkasten.

Berlin, S. O. Am 7. März tagte die Versammlung, und den Bericht darüber schicken Sie uns so spät zu, daß er erst in der Nummer vom 7. April, also einen vollen Monat später, erscheinen konnte. Derzeit, wie wenig Sie auf keine Begründung legen. Wir sind nun der Meinung, daß der Bewegung wohl nichts verloren geht, wenn wir die Aufnahme jetzt unterlassen.

Amberg, West. S. B. Deinen Wunsch können wir leider nicht mehr erfüllen, denn der Bericht ist längst den Weg gegangen, von dem es kein Wiederkommen gibt. Im übrigen gratulieren wir zur wiedergewonnenen Freiheit.

Zeidenitz, W. S. Das Manuskript über den Lohnvertrag war vollständig unbrauchbar, indem Sie die einzelnen Zeilen so eng aneinander gedrückt hatten, daß die Schrift kaum zu lesen war; noch weniger war es möglich, Korrekturen daran vorzunehmen.

S. W. Die Anmeldung bei der Berufsgenossenschaft muß der Bauherr belegen; er kann dies durch den Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft, Zimmermeister Dehrens in Neumünster, bewerkstelligen lassen.

## —\* Anzeigen. \*

### Aufforderung.

Kollege August Joll, geb. am 7. April 1879 zu Stolp, wird ersucht, sofort seine Adresse dem Kassierer in Bitterfeld, Joh. Schyball, anzugeben. [M. 1,50]

### Zittau.

Die Wohnung des Vertrauensmannes befindet sich ab 1. April Goldbachstr. 37, 1. Et. [M. 1,20]

### Frankfurt a. M.

Alle Briefe und sonstige Sendungen sind von jetzt ab an Wilh. Schneider oder Karl Schneider, alle Geldsendungen nur an den Kassierer Karl Schneider, Bureau der Maurer, Gewerkschaftshaus, Am Schreinweg 8—10, 8. Etage, zu senden. [M. 2,10] Karl Schneider.

### Spandau.

Die Wohnung des Kassierers Mess ist vom 1. April ab Götrestr. 15. [M. 1,20]

### Kahla.

Meine Wohnung befindet sich vom 1. April an Heimbürgerstr. 8. [M. 1,20] Ernst Kunze, Kassierer.

### Stendal.

Der erste Vorsitzende Adolf Alt wohnt jetzt Gertrandenstr. 2. [M. 1,20] Der Vorstand.

## Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilebe steht 10 Pf.)

Burg a. F. Am 14. März machte unser Kollege F. Martinsen nach langem, schwerem innerlichen Leiden infolge Gefäßstörung seinem Leben im Alter von 28 Jahren freiwillig ein Ende.

Dresden. Am 19. März verstarb nach langem Leiden unser Verbandsmitglied, der Kollege Johann Friedrich im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs. — Am 26. März verstarb unser langjähriges Verbandsmitglied, der Kollege Hugo Mende im Alter von 61 Jahren an Kehlkopfgeschwulst. — Am 27. März verstarb im Alter von 34 Jahren unser Verbandskollege Adam Reichert an Lungentuberkulose.

Essen. Am 23. März verstarb unser Mitglied Wilh. Zipp im Alter von 29 Jahren an Hirnverwundung. — Am 29. März verstarb unser treues Verbandsmitglied, Kollege Karl Kande im Alter von 56 Jahren an Herzleiden.

Glogau. Am 28. März verstarb nach langem Leiden unser Mitglied Karl Kasper im Alter von 49 Jahren an Herz- und Lungenerkrankung.

Novawes. Am 26. März verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandskollege Albert Müller im Alter von 60 Jahren an Nierenerkrankung.

Münster. Am 20. März verstarb unser Kollege Joh. Schwarzkopf an Lungenerkrankung im Alter von 56 Jahren.

Prign. Am 28. März verstarb unser treues Verbandsmitglied Karl Tessmer im Alter von 38 Jahren an Lungenschwund.

Welsch. Am 28. März verstarb unser Verbandsmitglied, Kollege Heinrich Lüder im Alter von 53 Jahren an Lungenerkrankung.

Wiesbaden. Am 28. März verstarb unser treues Mitglied Karl Mühl im Alter von 28 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

## Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntags, den 7. April.

Königsbrunn. Mitgliederversammlung.

Lüdenscheid. Abends 8 Uhr bei Fendler. Vöcher sind mitzubringen.

Sonntag, den 8. April.

Annaburg. Mitgliederversammlung.

Bolzlig. Nachmittags 4 Uhr.

Dellitzsch. Nachm. 4 Uhr im „Eldenhof“. Wichtige Tagesordnung.

Frankenhausen-Kyffh. Nachm. 4 Uhr im „Baderhofgasthaus“.

Gransow. Nachmittags 3 Uhr im Franziskanerhof.

Nebra. Nachmittags 3 Uhr im „Rathshaus“. T.O.: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Stellungnahme zur Wohnfrage.

Rendsburg. Nachm. 4 Uhr in der „Neuen Welt“ Generalversammlung.

Strausberg. Nachmittags 4 Uhr bei Kührsch.

Völkershausen. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Zur Krone“. Mitgliederversammlung.

Zerbst. Nachmittags 2 1/2 Uhr.

Montag, den 10. April.

Altenburg. Im „Wirt“.

Bitterfeld. Abends 6 Uhr im Restaurant „Hofgasthaus“.

Liegnitz. Abends 6 1/2 Uhr.

Sonntag, den 15. April.

Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr in der „Schloßkeller“.

Teuchern. Nachm. 4 Uhr im Gasthof „Zur Sonne“. T.O.: 1. Die Erfolge der Arbeitsbewegung. 2. Die Abrechnung vom 1. Quartal.

Werder. Nachm. 4 Uhr bei Koch.

Montag, den 16. April (2. Osterfeiertag).

Neuhardenberg. Nachm. 1 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Pödeldorf. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Wiesenburg. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Freitag, den 20. April.

Berlin. Section der Eise- und Gemeindevorte. Abends 6 1/2 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Weg 18. Vortrag: „Der politische Massenstreik“.

### Öffentliche Maurerversammlungen.

Sonntags, den 7. April.

Schleiz. Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gartengasse 23. Referent: Kollege Jock.

### Zentral-Frankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 8. April.

Bautzen. Nachm. 1 1/2 Uhr im Gasthaus „Zur Hoffnung“. T.O.: Abrechnung und Bericht.

Sonntag, den 22. April.

Gr.-Lichterfelde. Nachm. 3 Uhr bei H. Reichen, Gausstr. 104. T.O.: Bericht vom ersten Vierteljahr 1908 und Bericht des Vorstands.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.